



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Politisch korrekt“, nichtdiskriminierend, inklusiv:
Text vs. Diskurs“ /

„Politically correct“, non-discriminative, inclusive:
Text vs. Discourse“

verfasst von / submitted by

Myroslava Korenevych

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 060 331 342

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Übersetzen UG2002
Deutsch Englisch

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Larisa Schippel

Ich versichere, die vorliegende Arbeit selbständig verfasst zu haben. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt. Alle von mir für direkte und indirekte Zitate benutzten Quellen sind nach den Regeln des wissenschaftlichen Zitierens angegeben. Mir ist bekannt, dass beim Verstoß gegen diese Regeln eine Positive Beurteilung der Arbeit nicht möglich ist. Ich habe die Arbeit bzw. Teile davon weder im In- noch im Ausland zur Begutachtung als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Wien, im Dezember 2016

Myroslava Korenevych

INHALTSVERZEICHNIS

0.	EINLEITUNG.....	1
1.	Kapitel. THEORETISCHE GRUNDLAGEN DES DISKURSIVEN CHARAKTERS DER SPRACHE.....	4
1.1.	Sprache vs. Diskurs.....	4
1.1.1.	Korrelation zwischen Diskurs und Sprache bei Michel Foucault.....	4
1.1.2.	Ökonomie des sprachlichen Tausches bei Pierre Bourdieu.....	7
1.1.3.	Diskurs: Kontrolle und Macht.....	10
1.2.	Diskursanalyse als neuer wissenschaftlicher Ansatz.....	13
1.2.1.	Kritische Diskursanalyse als neues Paradigma.....	13
1.2.2.	Politische Diskursanalyse und Translationswissenschaft.....	15
1.2.3.	Das kausale Modell von Andrew Chesterman.....	17
2.	Kapitel. DISKURS: DIACHRONISCHE UND SYNCHRONISCHE ASPEKTE „POLITISCHER KORREKTHEIT“	20
2.1.	Der Diskurs der Identitäten.....	20
2.1.1.	Ein politisch gefangener Diskurs.....	20
2.1.2.	„Neue“ alte Gegenstände.....	24
2.1.3.	Diskursiver Mechanismus und Institutionalisation.....	27
2.2.	Expansion und Weigerung.....	32
2.2.1.	„Gutmensch“, „Historische Korrektheit“ und inklusive Sprache.....	32
2.2.2.	„Politische Korrektheit“ vs. Höflichkeit.....	38
2.3.	Schlussfolgerung zum Kapitel 2.....	45
3.	Kapitel. TEXT: DIE VEREINTEN NATIONEN UND DER NICHTDISKRIMINIERENDE SPRACHGEBRAUCH.....	48
3.1.	„Politische Korrektheit“ und die Vereinten Nationen.....	48
3.1.1.	Englisch als lingua franca bei der UNO.....	48
3.1.2.	Nichtdiskriminierender Sprachgebrauch und „politische Korrektheit“ im Kontext der Vereinten Nationen.....	52
3.1.3.	Einhaltung der UNO-Standards.....	56
3.2.	Vergleichsanalyse.....	60
3.2.1.	Vergleichsanalyse der Paralleltexte.....	60

3.2.2. Vergleichsanalyse themenverwandter Texte.....	68
3.3. Schlussfolgerungen zum Kapitel 3.....	72
4. SCHLUSSFOLGERUNGEN.....	75
5. BIBLIOGRAPHIE.....	79
ANHANG. Vergleichstabelle der analysierten Lexeme.....	88
ZUSAMMENFASSUNG.....	93
ABSTRACT.....	94

0. EINLEITUNG

Ein Produkt der 1990er Jahre, die „politisch korrekte“, auch als nichtdiskriminierende und inklusive bezeichnete Sprache, scheint längst zum Alltag der politischen, medialen und akademischen Diskurse zu gehören. Zahlreiche Richtlinien, Leitfäden oder einfach verbal vermittelte Hinweise deuten darauf hin, dass das noch vor fünfzehn bis zwanzig Jahren hochemotionell diskutierte Thema zumindest für Englisch und Deutsch abgeschlossen ist. Die Klarheit der Richtlinien zu „politisch korrekten“ Äußerungen wird weniger deutlich, wenn es um Texte im Russischen geht. Es fehlen nicht nur Leitfäden für „richtige“ Ausdrücke im Russischen, sondern präskribierende, diskursiv-linguistische Rahmen, die der Gleichstellung aller Mitglieder der Gesellschaft dienen sollen, werden vielmehr heftig abgelehnt.

Aber ist die Diskussion über neutrale Lexeme und Ausdrücke, die die Kommunikation und Verständigung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verbessern sollen, tatsächlich beendet? Geht es eigentlich ausschließlich um einen modifizierten Sprachgebrauch? Zahlreiche Medienberichte, Blogs, aber auch die am 4. Juni 2016 erschienene Ausgabe von „The Economist“ lassen dies bezweifeln. Ein Leitartikel des Economist, eine der einflussreichsten internationalen englischsprachigen Zeitschriften, die sich selbst als liberal bezeichnet, brachte unter dem Titel „Under Attack“ und dem dazugehörigen Bild eines männlichen Gesichts mit einem Schloss an den Lippen unter anderem das Thema des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs vs. Redefreiheit auf die Tagesordnung. Die heiklen Diskussionen und noch mehr die Taten, die die „richtige“ Äußerung der Meinung sichern sollen, ob es um politische Verhältnisse, Kriminalität oder die Einstellung zu einer bestimmten sozialen Gruppe geht, deuten alle darauf hin, dass es nicht nur um sprachliche Feinheiten, sondern um Diskurse geht, die sehr polarisierend wirken.

In diesem Kontext erscheint die Untersuchung des Phänomens der „politisch korrekten“ Sprache bzw. des Sprachgebrauchs aktueller denn je. Diese Aktualität wird auch durch die Tatsache verstärkt, dass fast alle zeitgenössischen medialen Ereignisse und der Informationsaustausch eng mit der Übersetzung verbunden sind. Dadurch wird die Frage des Umgangs mit „politisch (in-)korrekten“ Ausdrücken in einer anderen Kultur umso relevanter.

Im Hinblick auf die unbestreitbare Aktualität des Themas untersucht die vorliegende Arbeit das Phänomen des „politisch korrekten“ Sprachgebrauchs aus dem Blickwinkel der Translationswissenschaft in der englischen, deutschen und russischen Sprache im Kontext der Mitteilungen der Vereinten Nationen (weiter UNO). Die UNO ist ein internationaler politischer Akteur, dessen Mitteilungen oft in mehreren Sprachen gleichzeitig erscheinen und auf nationalen Ebenen kommentiert werden. Das Mandat der Organisation umfasst sowohl die Friedenserhaltung, als auch die Förderung der Menschenrechte und den Kampf gegen alle

Formen der Diskriminierung. Dadurch scheint es nur konsequent, dass die UNO über ein nichtdiskriminierendes Vokabular verfügt. Dies wird auch dadurch verstärkt, dass die UNO, wie viele andere Institutionen, über eigene institutionelle Sprachkonventionen verfügt, die auch den Sprachgebrauch innerhalb der Organisation regeln. Aufgrund ihrer öffentlichen internationalen Position wird die in UNO-Dokumenten und -Publikationen verwendete Sprache oft als Vorbild und Lösung in Zweifelsfällen angesehen.

Die genannten Sprachen stellen nicht nur die Sprachkombination der Verfasserin dieser Arbeit dar, sondern bieten ein interessantes Dreieck als Untersuchungsobjekt an: Englisch als die Sprache, die einen hohen Grad an nichtdiskriminierendem Sprachgebrauch demonstriert, und eine der offiziellen sowie Arbeitssprachen der UNO ist, die die Organisation überwiegend für ihre interne und externe Kommunikation verwendet; Deutsch als die Sprache, die über einen eigenen nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch verfügt, und die zwar nicht zu den offiziellen UNO-Sprachen gehört, aber im UNO-Kontext oft als Zielsprache auftritt; und Russisch als die Sprache, die dem „politisch korrekten“ Diskurs widersteht, aber im Kontext der UNO als eine der offiziellen und Arbeitssprachen der Organisation determiniert ist, und die einige Kompromisse hinsichtlich des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs erfordert.

Die vorliegende Arbeit befasst sich daher mit folgenden Fragen: Was beinhaltet die Definition des „politisch korrekten“ Diskurses und des nichtdiskriminierenden/inklusive Sprachgebrauchs? Welche Mechanismen dienen der Erhaltung und der Institutionalisation des „politisch korrekten“ Diskurses? Wie werden die Konventionen des „politisch korrekten“ Diskurses in den Zielkulturen verbreitet, etabliert und/oder differenziert? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen dem in den USA entstandenen „politisch korrekten“ Diskurs und dem nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch der UNO? Und inwieweit können UNO-Dokumente und -Publikationen, insbesondere Übersetzungen in andere Sprachen, den diskursiven Rahmen des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs gewährleisten und/oder Einfluss auf die Zielkultur ausüben?

Das Ziel dieser Arbeit ist zu verifizieren, dass der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch nur einen Teil des komplexen und kontroversen politischen Diskurses darstellt, dessen Entstehung durch historische, soziale und politische Faktoren in den USA bedingt ist. Darüber hinaus ist die Etablierung oder die Differenzierung des Diskurses in anderen kulturellen und sprachlichen Räumen, die sich durch den entsprechenden Sprachgebrauch zeigt, auch im historischen, sozialen und politischen Kontext zu betrachten. Die UNO als eine der einflussreichsten internationalen Organisation mit ihrem Hauptquartier in New York verleiht dem Diskurs einen institutionellen Rahmen und trägt zu seiner Verbreitung durch Übersetzungen bei. Einerseits üben solche Übersetzungen im Hinblick auf die Verbreitung des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs einen bedeutenden Einfluss auf die Zielkulturen aus. Andererseits zeigen sie auch die Grenzen der Etablierung bzw.

Differenzierung des Diskurses in den Zielkulturen auf, weil sich die Übersetzungen in einem komplexen interkulturellen, interlingualen und diskursiven Spannungsfeld befinden, das zusätzlich durch den institutionellen Rahmen der UNO verstärkt wird.

Das Festhalten oder das Abweichen von den Konventionen des „politisch korrekten“ Diskurses zeigt sich am besten anhand eines kontrastiven diskursiv-linguistischen Vergleichs der UNO-Dokumente und -Publikationen im Englischen, Deutschen und Russischen. Als methodologische Grundlage der diskursiv-linguistischen Analyse wird das kausale Modell von Andrew Chesterman herangezogen. Dabei wird ein Korpus aus Originaltexten zum Thema „Gesundheitswesen“ in der Ausgangssprache (Englisch), ihren Translationen in die Zielsprachen (Deutsch, Russisch) und zu themenverwandten Originaltexten und/oder Übersetzungen in den Zielsprachen (Deutsch, Russisch) hergestellt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der vorliegenden Arbeit richten sich auf den diskursiven Charakter des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs, seine Konventionen und Kontrollmechanismen und ebenso auf seine Rezeption, Etablierung oder Differenzierung auf den institutionellen und/oder gesellschaftlichen Ebenen der Zielkulturen. Dabei wird der Zusammenhang zwischen dem Diskurs und der UNO als legitimer Sprecher festgestellt und werden die UNO-Texte als Maßstab für die Analyse der Etablierung bzw. Differenzierung des Diskurses in den Zielkulturen verwendet.

Die Arbeit folgt den beschriebenen Schwerpunkten und gliedert sich in drei Kapitel. Das erste Kapitel, das als theoretischer und methodologischer Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit dient, behandelt die philosophisch-theoretischen Grundlagen des diskursiven Charakters der Sprache mit Bezug auf die konzeptuellen Werke von Michel Foucault und Pierre Bourdieu und die Diskursanalyse als neuer methodologischer Ansatz der Geisteswissenschaften mit dem Augenmerk auf die kritischen und politischen Diskursanalysen, die methodologisch für die Translationswissenschaft relevant sind und die von den translationswissenschaftlichen Methoden profitieren können.

Das zweite Kapitel erörtert die Entstehung des „politisch korrekten“ Diskurses in der anglophonen Kultur, vor allem in den US-amerikanischen Universitäten, und geht seiner Etablierung im Deutschen und seiner Differenzierung im Russischen nach. Eine wichtige Stellung kommt dabei den vorhandenen Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch als Mechanismen der diskursiven Durchsetzung und Kontrollpraktiken zu.

Das dritte Kapitel untersucht den Zusammenhang zwischen dem akademischen und dem internationalen nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch am Beispiel der UNO und stellt eine diskursiv-linguistische Analyse des aus englischen, deutschen und russischen Texten bestehenden Korpus dar. Die Analyse ihrerseits erlaubt, den Grad der Etablierung oder Differenzierung der Konventionen des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs und somit auch des Diskurses in den Zielkulturen festzustellen.

1. Kapitel. THEORETISCHE GRUNDLAGEN DES DISKURSIVEN CHARAKTERS DER SPRACHE

Das vorliegende Kapitel stellt eine Übersicht des theoretischen Fundaments des durch verbale oder schriftliche Inhalte ersichtlichen Zusammenhangs zwischen der Sprache bzw. dem Sprachgebrauch einerseits und dem Diskurs andererseits dar. Der Begriff des Diskurses wird auf der Grundlage des Werkes „*L'archéologie du savoir*“ von Michel Foucault, „einer der theoretischen 'Paten' der kritischen Diskursanalyse“ (Wodak&Meyer 2009:10), dargelegt. Weitere Erläuterungen zum diskursiven Charakter der Sprache werden aus der soziologischen Sicht des Werkes „*Ce que parler veut dire. L'économie des échanges linguistiques*“ von Pierre Bourdieu erörtert. In weiterer Folge wird die kritische und politische Diskursanalyse in Anknüpfung an die von Foucault und Bourdieu unter anderem begründete wissenschaftliche Methodologie behandelt, die auch produktive Aufschlüsse für die Translationswissenschaft und vice versa bietet. Anschließend wird die Methodologie der vorliegenden Arbeit anhand des kausalen Modells von Andrew Chesterman zur Durchführung einer diskursiv-linguistischen Analyse aus der Sicht der Translationswissenschaft beschrieben.

1.1. Sprache vs. Diskurs

1.1.1. Korrelation zwischen Diskurs und Sprache bei Michel Foucault

In seinem Œuvre „*L'archéologie du savoir*“ (1969; Foucault 2010) vermittelt Michel Foucault keine endgültige, festgelegte Definition des Begriffs „Diskurs“. Stattdessen forciert er den erst in seinem 1966 erschienenen Werk „*Les mots et les choses: Une archéologie des sciences humaines*“ dargelegten Begriff (vgl. Parr 2008:234) und bietet archäologische Methodologie als neuen Zugang zu einer historischen Analyse des Wissens in einer, im Vergleich zu vorherigen Werken, expliziten Form an (vgl. Stanford Encyclopedia of Philosophy 2015). Dabei werden die Zusammenhänge zwischen einem Subjekt und einem Objekt bzw. Gegenstand und die Regeln, die solche Zusammenhänge bestimmen, untersucht und das Phänomen des Diskurses anhand der von anthropologischen Themen befreiten Strukturanalyse am Beispiel der Medizin, Grammatik und politischen Ökonomie beschrieben.

Anhand der archäologischen Analyse der Episteme formuliert Foucault auch den für seine Theorie instrumentellen Begriff „Diskurs“ und beschreibt dessen Eigenschaften. Entscheidend für den Begriff des Diskurses, seine Charakteristiken und Funktionen ist Foucaults Auffassung von Aussage bzw. Äußerung.

Eine Aussage wird als „Atom eines Diskurses“ (Foucault 2010:80) betrachtet, ungeachtet ob sie als ein konstituierendes oder ein distinktives Element einer Gruppe von Aussagen angesehen wird. Die Aussage ist aber nicht einer Proposition, einem Satz oder einem kommunikativen Akt äquivalent, sie geht über diese Grenzen hinaus:

[...] one finds statements lacking in legitimate propositional structure; one finds statements where one cannot recognize a sentence; one finds more statements that one can isolate speech acts. (ibid.:84)

Die Aussagen und die Sprache (langue) existieren auf verschiedenen Ebenen, indem die Sprache ein System zur Konstruktion von Aussagen darstellt und auf der Beschreibung gesammelter, wirklicher Aussagen beruht. Aussagen können nicht den Zeichen zugerechnet werden, da sie nicht auf materielle Gegenstände reduziert werden können. Die Aussage wird dadurch nicht als ein Element, sondern als eine Funktion definiert:

[...] it is a function of existence that properly belongs to signs and on the basis of which one may decide, through analysis or intuition, whether or not they 'make sense', according to what rule they follow one another or are juxtaposed, of what they are signs, and what sort of act is carried out by their formulation (oral or written). (ibid.:86f.)

Aussagen können weder durch linguistische, noch durch semantische oder logische Kategorien ausreichend erklärt werden, denn einerseits sind sie mit dem verbalen oder schriftlichen Text verbunden, und andererseits rufen sie im Feld ihres Auftretens das existierende Gedächtnis ab: sie treten in Verbindung mit früheren Aussagen auf, sind nicht statisch, indem sie selbst Transformationen unterworfen sind, und definieren zukünftige Aussagen vor. Daher sind Aussagen miteinander verbunden und weisen bestimmte Regelmäßigkeiten auf. Der Diskurs wird folglich als die Gesamtheit aller Aussagen betrachtet, die einem Thema angehören bzw. ein Subjekt haben, und miteinander in einem Zusammenhang auftreten (vgl. ibid.:30). Darüber hinaus wird der Diskurs durch folgende Charakteristiken definiert: eine angegebene Gruppe verbaler Ausführungen, eine Gruppe von Zeichen, eine Gruppe von Sätzen oder Äußerungen und/oder eine Gruppe von aussagekräftigen Zeichenabläufen. In anderen Worten: der Diskurs besteht aus einer Gruppe von Aussagen, die einem durch eine Reihe von Gesetzen regulierten System der Entstehung bzw. Bildung angehören (vgl. ibid.:107).

Aussagen, die sich formal und zeitlich unterscheiden, aber jedoch ein und dasselbe Objekt bzw. einen Gegenstand haben, gehören einem (allgemeinen) Diskurs an. Dabei wird der Gegenstand des Diskurses solchen Transformationen unterworfen, dass die Rede von multiplen Gegenständen sein kann. Auf dieser Stufe kann eine Gruppe von Aussagen als individualisierbar identifiziert werden. Die einem Diskurs angehörenden individualisierbaren Gruppen von Aussagen bilden neue Zusammenhänge: sie koexistieren, sie reproduzieren sich, sie determinieren sich gegenseitig und sie transformieren sich; sie gehören zu einem Bildungssystem (vgl. ibid.:32ff.). In diesem Sinne können die Gruppen von Aussagen als miteinander verbundene, kontextuell gegenseitig bedingte Diskurse betrachtet werden.

Genau diese kontextuellen Aspekte und Interrelationen werden von Foucault bei der inhaltlichen Betrachtung der Diskurse mehrmals betont, da Aussagen selbst nicht durch linguistische Kategorien, wie z.B. Syntagma, sondern viel mehr durch den Kontext, in dem sie auftreten, determiniert werden (vgl. *ibid.*:98; 104). Nur durch kontextuelle Abfolgen, Verbreitungen, Wiederholungen und Transformationen (auch durch Übersetzungen in andere Sprachen) werden linguistische Elemente zu einer Aussage im Sinne des Diskurses, sie treten in ein diskursives Feld ein. Einerseits verleiht das diskursive Feld einer Aussage eine inhaltliche, räumliche und zeitliche Identität (vgl. *ibid.*:98ff.; 115), andererseits begrenzt es auch die Zahl der linguistischen Abfolgen: im Gegensatz zur Sprache (*langue*), die zwar einen finiten Korpus an Regeln besitzt, aber eine unendliche Zahl linguistischer Ausführungen erlaubt, ist sie immer finit. Die Aussagen eines Diskurses (inhaltlich, zeitlich, örtlich und quantitativ) werden vor allem durch die im diskursiven Feld existierenden Gegenstände bestimmt.

Somit nimmt die Bildung der Gegenstände innerhalb der Diskurse eine zentrale Stelle ein: die Gegenstände der Diskurse werden durch die Entstehung, Abgrenzung und Spezifizierung etabliert, die durch ein komplexes Netz an primären oder objektiven – institutionellen, ökonomischen und sozialen, samt individuellen, sekundären oder reflexiven (was zu einem bestimmten Zeitpunkt der Geschichte innerhalb eines Diskurses als wahr aufgenommen wurde) und eigentlich diskursiven Interrelationen bewirkt werden. Dabei bestimmen die letzteren die Bildung der Gegenstände innerhalb eines Diskurses und sind gleichzeitig die Bedingungen ihrer Existenz und Koexistenz, Instandhaltung, Modifizierung und ihres Verschwindens (vgl. *ibid.*38). Sie bestimmen auch die hierarchische Anordnung der Gegenstände. Dadurch werden Diskurse als regulierte Praktiken gesehen, die ihre Gegenstände systematisch konstituieren, und folgendermaßen definiert:

[...] it is a body of anonymous, historical rules, always determined in the time and space that have defined a given period, and for a given social, economic, geographical, or linguistic area, the conditions of operation of the enunciative function. (*ibid.*:117)

Die Regeln werden dabei als Regelmäßigkeiten verstanden, die durch die Beziehungen zwischen Aussagen, Gruppen von Aussagen oder Aussagen, Gruppen von Aussagen und Ereignissen aus einem anderen Feld entstehen. Einerseits entstehen die Regelmäßigkeiten aus den diskursiven Praktiken, andererseits bestimmen sie die letzteren genauso, wie sie das ganze System der diskursiven Bildung bestimmen, samt der Bildung von Gegenständen, Modalitäten, Konzepten und Themen innerhalb eines Diskurses. Das System der diskursiven Bildung wird als eine komplexe Gruppe von Regeln dargestellt:

[...] it lays down what must be related, in a particular discursive practice, for such and such an enunciation to be made, for such and such a concept to be used, for such and such a strategy to be organised. To define a system of formation in its specific individuality is therefore to characterise a discourse or a group of statements by the regularity of practice. (*ibid.*:74)

Damit werden die Regeln nicht nur als diskurs-immanente verstanden und als solche, die sowohl die Diskurse strukturieren und ihre Bildungssysteme und Praktiken bestimmen, sondern auch als solche, die wiederum durch den Diskurs selbst, durch das Bildungssystem und Praktiken definiert werden – sie produzieren einander (vgl. *ibid.*: 76).

Anschließend definiert Foucault die Stellung des Diskurses versus die Sprache folgendermaßen:

A statement belongs to a discursive formation as a sentence belongs to a text, and a proposition to a deductive whole. But whereas the regularity of a sentence is defined by the laws of a language (*langue*), and that of a proposition by the laws of logic, the regularity of statements is defined by the discursive formation itself. The fact of its belonging to a discursive formation and the laws that govern it are one and the same thing [...]. (*ibid.*:116)

Damit wird der Diskurs als eine Gruppe von Aussagen, die einer diskursiven Formation bzw. einem System der Bildung angehören, definiert. Zu den wichtigsten Eigenschaften des Diskurses gehören die begrenzte Zahl an Aussagen, die auf einer definierbaren Gruppe von Bedingungen ihre Existenz berühren, sein zeitlich, räumlich, sozial, ökonomisch und linguistisch begrenzter Rahmen und immanente Regeln der diskursiven Praxis (vgl. *ibid.*:117).

1.1.2. Ökonomie des sprachlichen Tausches bei Pierre Bourdieu

In seinem Œuvre „*Ce que parler veut dire. L'économie des échanges linguistiques*“ (1982; Bourdieu 1990) setzt Pierre Bourdieu die von ihm ausgearbeiteten Konzepte des zweidimensionalen sozialen Raums mit der Aufteilung des ökonomischen und kulturellen Kapitals, der Reproduktion der sozialen Ordnung und des (inkorporierten) Habitus für die Analyse der Kommunikationsbeziehungen ein. Die Kommunikationsbeziehungen bzw. der sprachliche Austausch werden durch die soziale Welt, als symbolische Machtbeziehungen, definiert, wobei die Sprache als Mittel der Wiedergabe der sozialen Hierarchien betrachtet wird. Laut Bourdieu findet der sprachliche Austausch nicht auf der linguistischen oder kommunikativen Ebene statt, sondern auf dem sprachlichen Markt, der nach eigenen ökonomischen Regeln funktioniert (im Sinne von sprachlichem Habitus, sozialen Feldern und Profitgewinnung) und auf dem nicht „die Sprache“, sondern Diskursformen zirkulieren, die sowohl von der Seite der Produktion, als auch von der Seite der Empfänger bestimmt sind und Kenntnis und Anerkenntnis voraussetzen. Jeder Sprechakt bzw. jedes sprachliche Handeln beruht auf der Überschneidung zweier unabhängiger Kausalreihen: dem sprachlichen Habitus als Neigung zum Aussprechen bestimmter Dinge und entsprechender Sprach- und Sozialkompetenz, und dem sprachlichen Markt als ein System spezifischer Sanktionen und Zensurvorgänge (vgl. Bourdieu 1990:11ff.).

Bourdieu sieht alle Versuche der Sprachwissenschaft, den Sinn einer Äußerung durch die Grammatik zu erklären, als abstrakte und partielle, da der eigentliche Sinn der Äußerung nur durch seine Beziehung zu einem Markt, d.h. durch soziologische Kategorien vollständig aufgedeckt werden kann. Somit betont er die kontextuellen Bedingungen des eigentlichen Sinns der Äußerung, an dessen Produktion der Sinn des Diskurses, oder, anders gesagt, die spezifische Logik der verschiedenen sprachlichen Märkte beteiligt ist, und postuliert, mit Bezug auf Bachtin, dass es auf dem ideologisch und politisch angespannten sprachlichen Markt keine neutralen Wörter gibt:

Jedes Wort, jede Redewendung droht antagonistische Bedeutungen zu bekommen, je nachdem, wie Sender und Empfänger sie aufnehmen. (Bourdieu 1990:15)

Damit bestreitet er die Autonomie der Sprache und stellt einen Zusammenhang zwischen Sprache und sozialen Strukturen einer Gesellschaft her, indem die Durchsetzung einer einzigen Art der (offiziellen bzw. legitimen) Sprache gegenüber anderen vorhandenen sprachlichen Arten (Mundarten) als eine auf die Herrschaftsposition einer politischen Einheit bezogene Strategie betrachtet wird, die samt den linguistischen Mitteln auch die soziale Ordnung und Werte vermittelt.

Sprechen heißt, sich einen der Sprachstile anzueignen, die es bereits im Gebrauch und durch den Gebrauch gibt und die objektiv von ihrer Position in der Hierarchie der Sprachstile geprägt sind, deren Ordnung ein Abbild der Hierarchie der entsprechenden sozialen Gruppen ist. (ibid.:31)

Das Festhalten an oder Abweichungen von den Normen der legitimen Sprache bzw. von einer Diskursform, die als legitime anerkannt wird, schaffen soziale Distinktion, die den sozialen Hierarchien und dem symbolischen (Sprach-)Kapital zugrunde liegt.

Am sprachlichen Markt als Markt der symbolischen Güter geht es um die symbolische Macht, die auf der ungleichen Verteilung des Sprachkapitals und auf der eingeschränkten Beteiligung an der Produktion, Legitimierung und Durchsetzung der legitimen Sprache beruht. Dabei wird der Großteil der Macht an jene verteilt, die über das Kapital der sprachlichen Mittel zur Gestaltung eines legitimen schriftlichen Diskurses disponieren: das sind vor allem Schriftsteller, Grammatiker und Pädagogen. Den Sprachmarkt beherrscht, wer die Regeln des Sprachgebrauchs bestimmen kann. Und wie auch für einen (ökonomischen) Markt charakteristisch, geht es um ein bestimmtes Sprachkapital und bestimmte materielle oder symbolische Profite, um soziale Werte bzw. soziale Distinktion und symbolische Wirksamkeit.

Mit anderen Worten, die Diskurse sind nicht nur (oder nur ausnahmsweise) Zeichen, die dechiffriert und verstanden werden sollen; sie sind auch *Zeichen des Reichtums*, zu taxieren und zu bewerten, und *Zeichen der Autorität*, denen geglaubt und gehorcht werden soll. (ibid.:45)

Der Wert eines Diskurses als Preisbildung wird vom Markt und den Machtverhältnissen bestimmt, die nicht nur durch rein sprachliche Kompetenzen der Sprecher, sondern auch durch Sozialstrukturen definiert sind und sie abbilden, da die Sprachkompetenz,

grammatikalisch korrekte Sätze zu bilden, per se keine Voraussetzung darstellt, in einer sozialen Situation beachtet bzw. rezipiert zu werden. Diese Voraussetzungen werden vom sprachlichen Markt geschaffen: die Anerkennung einer Äußerung hängt von den auf dem Sprachmarkt herrschenden Machtverhältnissen ab, indem der Offizialitätsgrad eines Anlasses der Äußerung und die hohe hierarchische Stellung einer durch den ermächtigten Sprecher vertretenen Institution eine günstigere Preisbildung für das sprachliche Produkt und größere Profite erzielen (vgl. *ibid.*:48f.).

In der Anerkennung liegt auch das mit dem Wert und der Macht verbundene symbolische Kapital, sowie die performative Wirkung einer Aussage. Diese performative Wirkung einer Aussage befindet sich für Bourdieu „im Mysterium des „Ministeriums““ (*ibid.*:55), indem eine Institution einem einzelnen Akteur die Macht delegiert, in ihrem Namen zu sprechen und als Medium zwischen dem Amt und der sozialen Gruppe zu agieren und somit das Ausgesprochene zur Existenz zu bringen.

Die Existenz eines Diskurses in einer bestimmten Form, die nicht nur grammatikalisch korrekt, sondern auch sozial akzeptabel bzw. wirksam ist, kann, nach Bourdieu, nur durch die für den betreffenden Markt aktuellen Gesetze beschrieben werden. Entscheidend dabei sind die Bedingungen für die Akzeptanz bzw. Rezeption und den Wert und die Vorwegnahme der Sanktionen des Marktes, die schon bei der Produktionsphase eines Diskurses durch den sprachlichen Habitus einkalkuliert werden, was in der Folge alle Arten an Korrekturen und Selbstzensur einbezieht:

Da die sprachlichen Zeichen eben auch Güter sind, die einen Preis bekommen sollen, und Werte, die Kredit verschaffen können [...], wird die Sprachproduktion ganz unvermeidlich von der Vorwegnahme der Sanktionen des Marktes beeinflusst: Alle verbalen Äußerungen, Worte unter Freunden so gut wie die Rede eines autorisierten Verbandsfunktionärs oder ein wissenschaftlicher Bericht, sind geprägt von ihren Rezeptionsverhältnissen, und ein Teil ihrer Merkmale (bis hin zur Grammatik) ist darauf zurückzuführen, daß sich ihre Urheber bemühen – meist ohne es zu wissen oder bewußt zu wollen –, auf der Grundlage einer praktischen Vorwegnahme der Gesetze des betreffenden Marktes den symbolischen Profit aus Praktiken zu maximieren, die der Kommunikation dienen sollen, aber immer der Bewertung ausgesetzt sind. (*ibid.*:57)

Der Wert bzw. das Gesetz der Preisbildung am Markt und die Sanktionen bestimmen die Form und den Inhalt eines Diskurses, samt allen möglichen Formen von Korrekturen, Zensur und Selbstzensur, die Wahl der Sprache (z. B. das ‚code switching‘ in bilingualen Gesellschaften) und was (nicht) gesagt werden kann. Damit sind die Diskurse auch Euphemismen, die Produkte eines Kompromisses zwischen dem Ausdrucksstreben und der Zensur als die Regeln der Sprachproduktion darstellen oder, anders gesagt, zwischen dem sprachlichen Habitus und dem sprachlichen Markt vermitteln (vgl. *ibid.*:59).

Genau das Verhältnis zwischen einem Sprachmarkt und einem Sprachhabitus definiert die Akzeptanz, wobei der Habitus selbst ein Produkt des Marktes ist. So ist die in

der Praxis erworbene Beherrschung der Sprache nicht von der Sprachsituation trennbar: gemeinsam mit der Sprache wird auch der Wert der eigenen sprachlichen Produkte bzw. der sozialen Akzeptanz sowohl am eigenen als auch auf anderen Märkten erlernt und der Sinn für den eigenen sozialen Wert ausgebildet. Der Sprachhabitus als Teil des ganzen Klassenhabitus ist somit die Abbildung der Position des Sprechers in der sozialen Struktur (vgl. *ibid.*:63).

1.1.3. Diskurs: Kontrolle und Macht

Eines der auffallendsten Merkmale des Diskurses, das sowohl von Foucault als auch von Bourdieu hervorgehoben wird, ist seine Neigung zur Abgrenzung bzw. Distinktion. Die Diskurse zeichnen nämlich bestimmte Grenzen auf und bestimmen dadurch, was in ihrem Rahmen artikuliert oder nicht artikuliert werden kann (vgl. Bourdieu 1990:57; Foucault 2010:25; 218). Sie verfügen über bestimmte Verbots- bzw. Kontrollmechanismen, die sich durch verbale oder schriftliche Texte manifestieren. Nach Foucault werden die Kontrollmechanismen über jene Regeln konkretisiert, die mit dem System der Bildung bzw. der Formation der Diskurse zusammenhängen: sie sind im Diskurs enthalten (Foucault 2010:79) und beziehen sich sowohl auf diskurs-interne, immanente als auch externe Regeln. Die internen Regeln werden auch als Normen der Selbstkontrolle der Diskurse determiniert und schließen Prinzipien wie Klassifizierung, (hierarchische) Ordnung und Verbreitung ein (vgl. *ibid.*:220). Sie befinden sich im System der diskursiven Bildung (vgl. *ibid.*:74), das nichts anderes ist als ein Mediator zwischen komplexen Relationen (innerhalb eines Diskurses, sowie in einem diskursiven Feld), strategischer Auswahl, Zulassungen und Ausschließungen: in einem Diskurs werden nicht alle möglichen Gegenstände und Konzepte übernommen bzw. zugelassen.

Diskurs-immanente Mechanismen werden auch durch äußere Regeln komplementiert, wobei die Gesellschaft die Regeln der Ausschließung bestimmt. Diese Ausschließungen umfassen Gegenstände, Rituale und das exklusive Recht, über einen bestimmten Gegenstand zu sprechen, bilden ein komplexes zusammenhängendes Netz und werden ständiger Modifizierung unterworfen. Sie offenbaren auch ihre Verbindung zum Begehrten und zur Macht. Diese Ausschließungen bzw. Aufteilung und Ablehnung werden auch um die Opposition von Vernunft und Wahnsinn und von Wahr und Falsch (oder Wille zur Wahrheit) erweitert (vgl. *ibid.*:216ff.). Letztendlich werden die Ausschließungen durch einen Autor bzw. Autoren als eine Gruppe von Diskursproduzenten samt einem ursprünglichen Text und den ihn begleitenden Kommentaren, die den Text deuten und neu konstruieren, und durch Disziplinen gebildet. Und genau letztere reglementiert, ob ein bestimmter Diskurs eintreten darf (vgl. *ibid.*:222ff.).

Die Kontrollmechanismen Bourdieus beziehen sich auf die Strukturen des sprachlichen Habitus und des sprachlichen Marktes und setzen sich mittels den an die Vorwegnahme des Profits gebundenen Sanktionen und Zensurvorgänge durch (vgl. Bourdieu 1990:11-12). Die Kontrollmechanismen eines Diskurses sind damit externalisiert, da die sprachliche Produktion und die zu erwartende Akzeptanz bzw. Anerkennung sowohl die Form, als auch den Inhalt des Diskurses, und damit seinen Sinn und Wert auf dem sprachlichen Markt bestimmen. Die Diskurse spiegeln in diesem Sinne wider, was und wie etwas gesagt wird und was nicht gesagt werden darf, die Sprachpraktiken und die hierarchischen sozialen Strukturen der jeweiligen Gesellschaften. Während der sprachliche Habitus als unbewusste, internalisierte und verleblichte Konstruktion die Sprache auf der Ebene der einzelnen Sprecher oder der Sprachgemeinschaft anordnet, aber gleichzeitig die entsprechenden Erwartungen gegenüber angebotener Sprachproduktion erzeugt, unterliegt die Sprachproduktion den Einschränkungen und der Steuerung des Sprachgebrauchs des sprachlichen Marktes. Dies wird durch institutionalisierte, ständige Korrekturarbeit und Kodifizierung der legitimen Sprache ausgeübt (vgl. *ibid.*:21; 38f.).

Schon bei der Produktionsphase eines Diskurses werden die Sanktionen des Marktes einkalkuliert: der sprachliche Habitus eines bestimmten Marktes sorgt für die Akzeptanz und den möglichen Wert des Diskurses, indem alle Arten von Korrekturen und Selbstzensur vorgenommen werden (vgl. *ibid.*:56f.). Die Kontrolle über die Diskurse wird einerseits durch die immanenten Gesetze eines Marktes und die Sanktionen ausgeübt, andererseits durch die Resonanz des Sprechers und des Empfängers auf die am Markt vorhandenen Diskurse (vgl. *ibid.*:59).

Jegliche Form der Kontrolle offenbart ihre Verbindungen zur Macht. Die Macht bei Foucault ist eine der Charakteristiken der Diskurse, die sich durch das diskursive Bildungssystem manifestiert und der Existenz der Diskurse immanent ist. Die Machtverhältnisse werden am besten durch Verbote ersichtlich, indem sie nicht nur die Stellung gegenüber der Macht, sondern auch die wahren Objekte eines Konflikts offenbaren:

[...] speech is no mere verbalisation of conflicts and systems of domination, but that is the very object of man's conflicts. (Foucault 2010:216)

Der Diskurs selbst ist ein (oft institutionalisiertes) Kontrollmittel, indem er bestimmt, was ausgesprochen werden darf, welchen Sinn eine Aussage dabei hat und in welchem Rahmen sie zu verstehen ist.

Bei Bourdieu ist Macht einer der Zentralbegriffe bei der Auffassung der Diskurse. Aufgrund ihrer diskursiven Eigenschaften ist die Sprache für ihn „wohl das Medium *par excellence* des Traums von der absoluten Macht“ (Bourdieu 1990:17). Damit wird der sprachliche Austausch als symbolische Machtbeziehung verstanden, die die Machtverhältnisse zwischen den Sprechern bzw. sozialen Gruppen aufzeigen. Die offizielle

Sprache wird der herrschenden sozialen Klasse zugeteilt und den gleichen Interessen wie jenen des Staates verpflichtet (vgl. *ibid.*:21). In diesem Sinne übernimmt sie auch die herrschende Position gegenüber anderen am sprachlichen Markt vorhandenen, aber von ihr verdrängten Mundarten und wird zur sprachlichen Norm und zum Maßstab der normativen Abweichungen (vgl. *ibid.*:21; 34). Die offizielle Sprache setzt sich anhand der Distinktion durch und spiegelt in der symbolischen Ordnung ihrer distinktiven Merkmale die sozialen Unterschiede wider (vgl. *ibid.*:31). Die Anerkennung des Sprechers setzt seine Position in der sozialen Hierarchie voraus, indem Sprachkompetenz als sprachliches Kapital fungiert und einen Distinktionsprofit erzeugt. Das Sprachkapital wird ungleich verteilt, indem die Sprecher der legitimen Sprache eine bestimmte Macht über die mit solcher Sprache weniger vertrauten Anderen verfügen und die Produzenten eines offiziellen schriftlichen Diskurses „Macht über die Sprache und damit über die einfachen Anwender von Sprache und über ihr Kapital“ (*ibid.*:35) ausüben. Die Machtverhältnisse des sprachlichen Marktes und die vom Markt bestimmten Preise werden wiederum auch durch die offizielle bzw. institutionelle Position des Marktes selbst verstärkt (vgl. *ibid.*:48ff).

Der institutionelle Charakter der Diskurse tritt als Teil der diskursiven Macht ein. Bei Foucault geht es um einen diskursiven, oft ritualisierten Kontext, in dem eine dem bestimmten Diskurs zugehörige Aussage/Äußerung auftritt und einen Sinn, einen Status ergibt und dadurch auch ihre Wirksamkeit erhält (vgl. Foucault 2010: 41; 86; 98). Bourdieu stellt die Eigenschaften eines Diskurses den Eigenschaften einer Institution gleich (vgl. Bourdieu 1990:77) und sieht seine Wirksamkeit in dem Akt der Machtdelegierung von einer bestimmten Institution an den Sprecher als ihren Vertreter, was nicht nur die performative Wirkungskraft einer Aussage verstärkt, sondern gleichzeitig außendiskursive soziale Hierarchien bestätigt und verfestigt (*ibid.*:98f.).

Eine entscheidende Stellung bei der Institutionalisation der Diskurse nimmt das Ausbildungssystem ein. Foucault sieht jedes Ausbildungssystem als politisches Mittel der Instandhaltung oder der Modifizierung von Diskursen, samt des im System erhaltenen Wissens und der in den Diskursen selbst erhaltenen Macht (vgl. Foucault 2010:227). Bourdieu definiert zwar die Rolle des Ausbildungssystems ähnlich, verortet sie aber im sozialen Feld, indem die „richtige“ Sprache, eine Ordnung der Dinge und soziale Hierarchien vermittelt werden (vgl. Bourdieu 1990:25) und setzt ökonomische Kategorien bei der Analyse diskursiver Praktiken ein: sie werden den Machtverhältnissen entsprechend zwischen verschiedenen Akteuren mit unterschiedlichen Kapitalarten dem Marktmechanismus folgend mit dem Ziel reguliert, bestmögliche Profite zu erzielen, und mit der hierarchisch strukturierten, auf Distinktionen beruhenden sozialen Welt in Zusammenhang gebracht. Die Diskurse Bourdieus werden zur Abbildung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse einer bestimmten Gesellschaft (vgl. *ibid.*:79).

In der Beschreibung der diskursiven Machtverhältnisse aus dem Blickwinkel der Ökonomie stellt Bourdieu auch fest, dass es beim Kampf um symbolische Macht am sprachlichen Markt nicht zuletzt um die Formierung und Re-Formierung von Denkstrukturen und um mentale und soziale Repräsentationen bzw. um soziale Konstrukte geht (vgl. *ibid.*:24; 94f.). Demzufolge werden die Euphemismen als Ersetzung eines Wortes durch ein anderes in Zusammenhang mit den sozialen Ritualen gebracht, die auf die Bestätigung oder Legitimierung einer anerkannten, legitimen und natürlichen Grenze bzw. sozialen Ordnung abzielen, und als solche gesehen. Dabei wird auch die performative Wirkungskraft der autorisierten bzw. ritualisierten, durch die Ersetzungsstrategien entstandenen Ernennungen hervorgehoben, das heißt „jemanden *bedeuten*, was er ist, und ihm bedeuten, daß er sich dementsprechend zu benehmen hat“ (*ibid.*:87), was oft als Faktum, gleichgültig ob positiv oder negativ, empfunden wird. Somit geht es um die Klassifizierung und Gliederung der sozialen Welt und um die Bildung und Auslösung sozialer Gruppen. Daher spielt sich in den diskursiven Machtverhältnissen der Kampf um soziale Identität ab.

1.2. Diskursanalyse als neuer wissenschaftlicher Ansatz

1.2.1. Kritische Diskursanalyse als neues Paradigma

Foucaults Theorie und Analyse der Diskurse als organisierendes Grundprinzip der Ordnung der Dinge und Bourdieus Analyse der sich in der Sprache widerspiegelnden Machtdispositionen und Dominanz wurden zum Großteil von der im Rahmen der Soziolinguistik bzw. kritischen Linguistik entwickelten kritischen Diskursanalyse übernommen¹ (vgl. Sarangi 2001:29; 33; Jaworski 2001:128; van Dijk 2001:352; Wodak-Meyer 2009:6f.). Obwohl der Ursprung der Diskursanalyse als ein interdisziplinärer Ansatz am Ende der 1960er Jahre nachgezeichnet und einerseits in Zusammenhang mit der zivilen Bewegung in den USA, den weltweiten feministischen und studentischen Bewegungen in den USA und in Europa, und andererseits in Zusammenhang mit der Entstehung neuer Disziplinen in den Geisteswissenschaften gebracht werden kann (vgl. van Dijk 2007:XXI; Wodak-Meyer 2009:2), entstand die kritische Diskursanalyse² als ein Netzwerk der Wissenschaftler zu Beginn der 1990er Jahre (vgl. Wodak-Meyer 2009:3). Damals von Teun van Dijk, Norman Fairclough, Gunter Kress, Theo van Leeuwen und Ruth Wodak ausgearbeitet, entwickelten sich mit der Zeit verschiedene Theorien und Methoden der kritischen Diskursanalyse weiter,

¹ Zu den philosophischen Ansätzen der kritischen Diskursanalyse, wenn auch im Vergleich zu Foucault und Bourdieu nur teilweise, gehört auch die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas (vgl. Sarangi 2001:33).

² Zusätzlich zum Terminus „kritische Diskursanalyse“ werden oft auch „kritische Linguistik“ und „Critical Discourse Studies“ als austauschbare Termini verwendet.

die jedoch eine Reihe gemeinsamer grundlegender Prinzipien aufweisen, in deren Zentrum die Diskurse bzw. die Macht und die Rolle der Sprache in der Konstruktion und Reproduktion der asymmetrischen sozialen Verhältnisse stehen:

[...] all approaches are problem/oriented, and thus necessarily interdisciplinary and eclectic [...]. Moreover, CDA [Critical Discourse Analyses] is characterized by the common interests in demystifying ideologies and power through the systematic and *retroductable* investigation of semiotic data (written, spoken or visual). CDA researches also attempt to make their own positions and interests explicit while retaining their respective scientific methodologies and while remaining self-reflective of their own research processes (ibid.)

Somit ist die kritische Diskursanalyse keine einheitliche Theorie oder Methodologie zur Untersuchung der Sprache und ihrer sozialen Auswirkungen, sondern eine heterogene Gesamtheit von Methoden aus verschiedenen Disziplinen, die die sozialen Phänomene anhand der Sprache unter die Lupe nimmt. Die kritische Diskursanalyse unterscheidet sich von der Diskursanalyse durch das Aufgreifen bestimmter sozialer Probleme und durch ihre ausgeprägte Inter- und Multidisziplinarität (vgl. ibid.:2).

Der Diskurs in der kritischen Diskursanalyse wird als eine in einem sozialen Kontext eingebettete verbale oder schriftliche Sprache verstanden, die durch soziale Konstellationen bedingt und gleichzeitig für sie determinierend und dadurch mit der Macht verbunden ist. Der Diskurs wird durch die sozialen Dispositionen bestimmt und gleichzeitig konstruieren die letzteren, ob es um die Erhaltung des Status quo oder um soziale Transformationen geht. Genau darin liegen aber die Machteffekte des Diskurses, der dazu beiträgt, die asymmetrischen sozialen Verhältnisse zu pro- und reproduzieren (vgl. ibid.:5f.). Der Begriff des Diskurses selbst wird in verschiedenen akademischen Traditionen unterschiedlich gedeutet, indem er verbale Äußerungen und schriftliche Texte miteinschließt (englischsprachige Tradition) oder im Sinne Foucaults für eine abstrakte Form des Wissens, das sich durch einen Text realisiert, reserviert ist (vgl. ibid.:6).

Das „Kritische“ bei der Diskursanalyse bezieht sich vor allem auf die „Demystifizierung“ des Sozialen, der symbolischen Gewalt in der Sprache im Sinne Bourdieus (vgl. ibid.:7) und will dadurch „[...] produce and convey critical knowledge that enables human beings to emancipate themselves from forms of domination through self-reflection (ibid.)“. Als Ziel wird dabei das Verstehen der Rolle der Sprache in der Formung und Übertragung des Wissens und in der Gestaltung der sozialen Institutionen und Machtausübung gesetzt.³ Der Machtbegriff ist ein zentrales Substrat der kritischen Diskursanalyse, die auch im Sinne Foucaults als systemisches und konstituierendes Element der Gesellschaft betrachtet wird (vgl. ibid.:9). Verbunden mit der Macht ist die Ideologie, die

³ Eine wichtige Stellung kommt in diesem Prozess auch der Selbstreflexion über die eigene soziale, ökonomische und politische Position der kritischen AnalytikerInnen zu (vgl. van Dijk 2001:352; Wodak-Meyer 2009:7).

nicht positivistisch, sondern als schematisches soziales Konstrukt verstanden wird (vgl. *ibid.*:8). Das „Macht-Ideologie“-Bündnis führt zur Existenz von Ungleichheiten und zur Produktion und zugleich Reproduktion der Kontrolle und Dominanz einer sozialen Gruppe über die andere. Die meistens unsichtbare Macht manifestiert sich in den Texten, die selten nur von einer einzigen Person produziert werden, sondern vielmehr durch Zusammenarbeit mehrerer an der Textherstellung beteiligter Personen ausgearbeitet werden, indem der diskursive Rahmen der Texte verhandelt wird. Die Texte werden zum Kampffeld der Diskurse, deren Machtverhältnisse und Ideologien durch ihre linguistischen Erscheinungsformen entlarvt und sogar herausgefordert und modifiziert werden können:

[...] language indexes and expresses power, and is involved where there is contention over and a challenge to power. Power does not necessarily derive from language, but language can be used to challenge power, to subvert it, to alter distribution of power in the short and the long term. (*ibid.*:10)

Die kritische Diskursanalyse erforscht daher strukturelle Verhältnisse der Dominanz, Diskriminierung, Macht und Kontrolle, die sich anhand der in den Texten verwendeten Sprache offenbaren.

In der kritischen Diskursanalyse wurden unter anderem die Fragen des neuen Kapitalismus und der wissensbasierten Wirtschaft, der gesellschaftlichen Kognition, der Multimodalität und des neuen Mediagenres, der historischen Prozesse und des politischen Diskurses genauer untersucht. Die kritische Diskursanalyse arbeitete zwar einige methodologische Prinzipien aus, erkannte aber auch, dass sie eine Vielfalt unterschiedlicher Theorien berührt, von Foucaults Tradition bis zu individuellen Konzepten anderer Theoretiker (vgl. *ibid.*:23) und eine ganze Reihe von Ansätzen zur Gewinnung empirischer Daten verwendet (vgl. *ibid.*:27). Innerhalb der kritischen Diskursanalyse entwickelten sich verschiedene Ansätze, die als Methodologie der Untersuchung des sozialen Unrechts dienen, und zwar diskurs-historischer Ansatz (eingesetzt von Ruth Wodak und Martin Reisigl), korpus-linguistischer Ansatz (Gerlinde Mauthner), Ansatz der sozialen Akteure (Theo van Leeuwen), dispositive Analyse (Siegfried Jäger und Florentine Maier), dialektisch-relationaler Ansatz (Norman Fairclough) und soziolinguistischer Ansatz (Teun van Dijk) (vgl. *ibid.*:20). In den Letzteren ist auch die politische Diskursanalyse eingebettet.

1.2.2. Politische Diskursanalyse und Translationswissenschaft

Die politische Diskursanalyse, die von R. Wodak als Feld der kritischen Diskursanalyse angesehen wird (vgl. *ibid.*:17), lässt ihre Stellung nicht so eindeutig definieren. Zwar untersucht die politische Diskursanalyse den politischen Diskurs (vgl. Schäffner 2004:117), ist aber gleichzeitig eine kritische Tätigkeit, die dem Ansatz der kritischen Diskursanalyse entspricht (vgl. van Dijk 1997:11). Weitere Komplikationen treten mit der Definition des

Politischen im Rahmen dieses Diskurses bzw. seiner Abgrenzung auf. Nach van Dijk (1997) gehören zum politischen Diskurs verbale und schriftliche Texte der Politiker auf allen Ebenen, von lokalen bis zu internationalen, aller anderen an einem politischen Prozess beteiligten Akteure samt den BürgerInnen, WählerInnen, AktivistenInnen und DissidentenInnen (vgl. *ibid.*:12f.), aber auch alles, was als von den TeilnehmerInnen in einem Kommunikationsprozess als „politisch“ empfunden wird. Das heißt, „[...] we may [...] take the whole *context* as decisive for the categorization of discourse as ‚political‘ or not (*ibid.*:14)“.

Schäffner (2004) betrachtet zwar als Politisches alles, was die TeilnehmerInnen eines Kommunikationsprozesses als solches empfinden, spezifiziert jedoch die Texte, die zum Gegenstand der politischen Diskursanalyse werden, auch in einem engeren, prototypischen Sinne des Politischen und teilt sie in zwei Gruppen auf: Texte, die politische Ideen, Überzeugungen und Praktiken in einer Gesellschaft behandeln (wie Lehrbücher und Fachartikel), oder Texte, die für die Bildung einer politischen Gemeinschaft wichtig sind (wie Verträge, politische Manifeste, Reden der Politiker). Dabei besteht die Aufgabe der politischen Diskursanalyse in der Herstellung der Zusammenhänge zwischen linguistischem Verhalten und Politik oder einem politischen Verhalten ausgehend von vier strategischen Funktionen der Diskurse: Zwang, Widerstand, Verheimlichung und (De-)Legitimierung (Schäffner 2004:119).

Bei der Suche nach Verbindungen zwischen den im Text verwendeten linguistischen Mitteln, der strategischen Funktion und dem Kontext wird aber häufig übersehen, dass viele Texte des politischen Diskurses zum Großteil von der Translation abhängig sind:

[...] political discourse relies on translation; translation is in fact part of the development of discourse, and a bridge between various discourses. It is through translation that information is made available to address beyond national borders [...]. The linguistic behaviour may well reflect evidence of mediated behaviour, i.e. mediated by translation. It is therefore important to take full account of the phenomenon of translation in analysing political texts. (*ibid.*:120)

Während die politische Diskursanalyse den Nexus zwischen politischem und linguistischem Verhalten herstellt, ist das Letztere oft durch die Translation vermittelt. Dabei ergeben sich nach Schäffner die folgenden Verbindungen zwischen politischer Diskursanalyse und Translationswissenschaft:

- Zweck bzw. Funktion eines politischen Textes bzw. einer Translation, auch in Bezug auf das Zielpublikum;
- das diskursive Feld des Originaltextes bzw. der Translation (dabei kann es sich sowohl um die Translation des ursprünglichen Originaltextes, als auch um themenverwandte Originaltexte oder Translationen handeln);

- politische, ideologische, soziologische, und linguistische Konventionen der Ausgangs- und Zielkultur samt den translatorischen Konventionen der Zielkultur bzw. was als Translat akzeptiert wurde;
- institutionelle Rahmen bzw. Konventionen für die Originaltext- und Translationsproduktion;
- Ausführung eines Translationsauftrags, indem sowohl die Präferenzen der Auftraggeber, als auch die Arbeitsweise der Auftragnehmer in Betracht gezogen werden (vgl. *ibid.*:138-145).

Die politischen, anhand der Translation entstandenen Texte erscheinen daher oft als Endergebnis eines Kompromisses zwischen dem sprachlichen Habitus und dem Sprachmarkt im Sinne Bourdieus, indem mehrere oppositäre Habitus und Märkte identifiziert werden können. Demzufolge sind der politische Kontext und die Politik der Translation in einer gegebenen Ausgangs- oder Zielkultur dialektisch miteinander verbunden und gestalten komplexe, oft nur schwer voneinander trennbare diskursive Netze im Rahmen eines Diskurses, worauf bereits Foucault hinwies. Das bedeutet aber auch, dass das politisch-translatorische Feld extrem angespannt ist.

Diese Spannungen spiegeln sich in den Texten sowohl auf der Makroebene – bei der Selektion der Themen und Autoren, dem Blickwinkel der Darstellung des Gegenstands, dem Vorzug einer bestimmten translatorischen Strategie, bei der weiteren Selektion zwischen vollständiger und punktueller Darbietung des Textes – als auch auf der Mikroebene wider, wenn die eigentlichen linguistischen Mittel wie Lexik, Syntax und Deixis herangezogen werden:

This social conditioning is reflected in the linguistic structure of the target text. That is, translations (as target texts) reveal the impact of discursive, social, and ideological conventions, norms and constraints. By linking translations (as products) to their social contexts, causes and effects of translations can be discovered. (*ibid.*:137).

Nach Schäffner kann die Analyse des Zusammenhangs zwischen politischem Diskurs und Translation als politisch, sozial, kulturell und linguistisch bedingte Tätigkeit sowohl neue Aspekte in den politischen Studien anbieten, als auch zu den Kriterien der Bewertung der Translationsqualität beitragen: was auf den ersten Blick als Fehlübersetzung oder Translationsverlust bewertet werden kann, kann der Zielkultur in weiterem Kontext gerecht werden und ihre internen Spannungen offenbaren (vgl. *ibid.*:138; 142). Als Methodologie für die Herstellung eines solchen Zusammenhangs schlägt Schäffner das kausale Modell von Andrew Chesterman vor (vgl. *ibid.*:137).

1.2.3. Das kausale Modell von Andrew Chesterman

In einem Resümee über die in der Translationswissenschaft existierenden Forschungsmethodologien, die sich auf drei grundlegende Modelle beziehen – komparatives, prozessuales und kausales – vertritt Andrew Chestermann (2000) die Auffassung, dass das dritte, das kausale Modell am forschungsproduktivsten ist. Während das komparative Modell statisch und produktorientiert ist, indem eine Äquivalenzkorrelation zwischen dem Ausgangstext und dem Zielttext hergestellt wird, und das prozessuale Modell die Dynamik des Translationsprozesses fokussiert, beschreiben sie das Translationsprodukt und seine Verhältnisse zum Ausgangstext. Jedoch lassen sie die Translatgestaltung als Zusammenspiel zahlreicher Variablen, sowie die Auswirkung des Translats in der gegebenen Zielkultur außer Acht. Das kausale Modell umfasst demgegenüber die beiden vorherigen und erweitert sie, indem seine Fragestellung nicht nur das „Was“ und „Wann“, sondern auch das „Warum“ miteinbezieht (vgl. Chesterman 2000:19).

In einer Kette von Ursache und Wirkung wird für die Translationswissenschaft die folgende Formel angeboten: Ursachen → Translat(-e) → Auswirkungen. Dabei werden die Ursachen mit Bezug auf die kausalen Bedingungen, die Translate als Zieltexte und Auswirkungen im weiteren Sinne verstanden. Die kausalen Bedingungen selbst durchlaufen verschiedene Ebenen, wie kognitive, situative und soziokulturelle, und verursachen die dieser Ebene entsprechenden Auswirkungen (vgl. *ibid.*:20). Dabei ist es jedoch keine lineare Kette, die die Ursache der Auswirkung zugeordnet, sondern ein komplexes Netz „with no clear first cause or last effect (*ibid.*:21)“. Somit lauten die Fragestellungen im Rahmen des kausalen Modells:

- Why is this translation like this?
- Why do people react like this to that translation?
- Why did this translator write that?
- Why do translators at that time in that culture translate like this?
- How do translations affect cultures?
- What causal conditions give rise to translations that people like/do not like? (What people ...?)
- Why do people think this is a translation?
- What will happen if I translate like this? (*ibid.*)

Während die Liste der innerhalb des kausalen Modells gestellten Fragen noch erweitert werden kann, wird eine der bedeutendsten Vorteile des Modells in der Möglichkeit gesehen, nicht nur interpretierende und deskriptive, sondern auch erklärende und prädiktive Hypothesen aufzustellen.

Bei der Herausbildung der interpretierenden Hypothesen geht es vor allem um Konzepte, Definitionen und Klassifikationen, die zur Erklärung eines bestimmten Phänomens vorgeschlagen werden. (vgl. *ibid.*:22) Die deskriptiven Hypothesen betreffen Universalien

oder Gesetze, die unter bestimmten Bedingungen für ein bestimmtes Phänomen zutreffend sind (vgl. *ibid.*:23). Demgegenüber lassen die erklärenden und prädiktiven Hypothesen nicht nur eine Definition der Ursachen und deren möglicher Auswirkungen zu, sondern sie erlauben, sie in Zusammenhang zu setzen, indem bestimmte kausale Bedingungen eine bestimmte Reihe von Merkmalen in einem Translat hervorrufen, die wiederum bestimmte Auswirkungen haben (vgl. *ibid.*:24).

Aufgrund der Flexibilität des kausalen Modells, verschiedene Arten von Hypothesen aufzustellen, und ihre explizite Kausalität, indem Zusammenhänge zwischen den linguistischen Merkmalen eines Translats, den translatorischen, sozialen, ideologischen, politischen und diskursiven Konventionen, und den Auswirkungen des Translats in der Zielkultur hergestellt werden, wird es sowohl für die Translationswissenschaft (vgl. *ibid.*:19), als auch für die politische Diskursanalyse als produktiv (vgl. Schäffner 2004:137) betrachtet.

Mit Hinblick auf die Fragestellung der vorliegenden Arbeit, die den transkulturellen und transdisziplinären Ansatz bei der Analyse der „politisch korrekten“ Sprache im Englischen, Deutschen und Russischen voraussetzt, erscheinen die von der kritischen Diskursanalyse übernommenen Konzepte Foucaults und Bourdieus und das kausale Modell Chestermans als ein zutreffender Ausgangspunkt. Im Rahmen dieser Arbeit werden die beiden Konzepte als einander ergänzend betrachtet, die das Phänomen des „politisch korrekten“ Diskurses im historisch, sozial und politisch gebundenen Kontext erklären lassen. Bei der Analyse werden der „politisch korrekte“ Diskurs und der mit ihm verbundene nichtdiskriminierende Sprachgebrauch aufgrund ihrer weitreichenden Wirkungen als Teil eines politischen Diskurses betrachtet. Jedoch richtet sich das Augenmerk der Analyse der mehrsprachigen Texte nicht auf die Qualität der Übersetzung, sondern viel mehr auf die Feststellung der internen und externen diskursiven Spannungen, die sowohl die diskursiven Einflüsse auf die Zielkulturen, aber auch ihre Grenzen aufzeigen.

2. Kapitel. DISKURS: DIACHRONISCHE UND SYNCHRONISCHE ASPEKTE „POLITISCHER KORREKTHEIT“

Die aus den 1990er Jahren stammenden Begriffe „Politische Korrektheit“ und „politisch korrekte“ Sprache lassen sich weder eindeutig definieren, noch einstimmig akzeptierbar benennen. Die Unstimmigkeiten der Definitionen und Benennungen reichen weit und werfen die Frage auf, ob es ein und dasselbe Phänomen ist, ob es dem Bereich der Politik oder der Sprache angehört, und ob es reicht, nur über ein „politisch korrektes“ Vokabular zu verfügen, um „politisch korrekt“ zu sein. Letzteres ist aber zu bezweifeln und führt zur Annahme, dass es um mehr als nur um Wörter geht. Es geht um Diskurs, der sich sowohl politisch, als auch linguistisch manifestiert (vgl. Bourdieu 1990:13).

Ausgehend von den theoretischen Ansätzen Foucaults und Bourdieus zur Beschreibung eines Diskurses und zur Erklärung seiner Mechanismen veranschaulicht dieses Kapitel die Entstehung, Etablierung und Verbreitung des „politisch korrekten“ Diskurses. Besondere Aufmerksamkeit wird den Eigenschaften des Diskurses, seiner diskursiven Einbettung und seiner Kontrollmechanismen geschenkt. Dabei werden sowohl historische, als auch sozial bedingte Faktoren, die der Existenz des „politisch korrekten“ Diskurses inhärent sind, miteinbezogen, um das Wesen des Phänomens umfassend zu beschreiben.

2.1. Der Diskurs der Identitäten

2.1.1. Ein politisch gefangener Diskurs

„Politische Korrektheit“ entstand als eine politische Bewegung in US-amerikanischen Universitätscampus und sozio-politischen Gruppen, wie Linken, Feministinnen, Antirassisten, Grünen und öffentlichen Berufen, deren Ethik als „alternativ“ bezeichnet werden kann (vgl. Cameron 2012:123; Hughes 2010:72). Ihr ideologischer Ursprung kann aber auf zwei weitere US-amerikanische sozial-politische Phänomene zurückgeführt werden: Protestbewegungen am Ende der 1960er Jahre gegen offene Diskriminierung und soziale und ökonomische Segregation der Afro-Amerikaner (*the Civil Rights Movement*) und eine damit verbundene Identitätspolitik (vgl. Greil 1998:17).

Die Identitätspolitik stellt einen ziemlich lockeren Begriff für die Bezeichnung der politischen Aktivitäten dar, die auf gemeinsamen Erfahrungen sozialer Ungerechtigkeit beruhen. Im Rahmen der neuen politischen Bewegungen führte die Identitätspolitik nicht nur

zur Rückforderung der Rechte und sozialen Position der benachteiligten und marginalisierten sozialen Gruppen, sondern auch zum Aufbau des eigenen, auf die jeweilige soziale Gruppe bezogenen Bewusstseins und der Selbstwertschätzung (vgl. Heyes 2016). Ermöglicht durch die institutionalisierte liberale Demokratie, wurde die Identitätspolitik auch von anderen sozial marginalisierten Gruppen als politisch mobilisierender Kern aufgegriffen.

Die Entwicklung und Durchsetzung der neuen sozial-politischen Bewegungen im Rahmen der Identitätspolitik verlief auf zweifache Weise. Einerseits wurde das Bewusstsein der entsprechenden sozial marginalisierten oder stigmatisierten Gruppe unterstützt, andererseits wurde die Benachteiligung dieser Gruppe zu einem Bestandteil ihrer neuen Identität bzw. zum Distinktionsmerkmal gegenüber anderen sozial privilegierten Gruppen gemacht (vgl. Greil 1998:18). Wegen der Generierung äußerst unstabiler, auf Distinktion beruhenden sozialer Konstrukte und wegen der Erzeugung einer „*victimhood culture*“, war Letzteres zwar vielfacher Kritik unterworfen, wurde aber dennoch als Politik der kulturellen Vielfalt weiterverfolgt⁴.

Bereits bei der Verabschiedung des *Civil Rights Act of 1964* durch den US-amerikanischen Kongress und den darauf folgenden Akten zur Förderung der Gleichberechtigung aller sozialen Gruppen sollten jegliche Formen der Diskriminierung in den verschiedenen sozialen Bereichen beseitigt werden (vgl. *ibid.*:32ff.). Jedoch wuchs ab der Mitte der 1980er Jahre die Protestbewegung an US-amerikanischen Campus an, indem Studierende nach mehr „Politischer Korrektheit“ im Umgang mit den sozial und politisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen und die Bekämpfung von Rassismus, Sexismus und Ethnozentrismus forderten, nicht zuletzt durch die Änderung der akademischen Curricula in den Geisteswissenschaften und die Revidierung des sprachlichen Gebrauchs. Die Forderungen wurden meist mit sehr umstrittenen Methoden durchgesetzt, wie etwa durch von den Studierenden ausgeübte Zensur, Einschüchterungen und Etikettierungen jener Personen, meistens Universitätspersonal und ProfessorInnen, die nicht die Linie von „Politischer Korrektheit“, inhaltlich oder sprachlich, einhielten. In eine Reihe von Artikeln in *The New York Times*⁵ und im *New York Magazine*⁶ 1990-1991 und in darauf folgenden zahlreichen Publikationen wurden die Forderungen der Studierenden zum Thema einer öffentlichen Debatte.

Das durch den *The New York Times* Artikel „*IDEAS & TRENDS; The Rising Hegemony of the Politically Correct*“ von Richard Bernstein (28.10.1990) angesprochene

⁴ Dies kann am besten durch „*Mosaiks*“ als eine neue Metapher für Heterogenität der amerikanischen Gesellschaft zusammengefasst werden, im Gegensatz zu „*melting pot*“ als die frühere Metapher für das Streben nach einer gemeinsamen, einzelnen Identität (vgl. Moosmüller 2009:18).

⁵ *The New York Times* zählt zu einer der ältesten und einflussreichsten liberalen US-amerikanischen Tageszeitungen, mit einer Reichweite, die ihr den zweiten Platz nach *The Wall Street Journal* sichert (vgl. *The New York Times*).

⁶ Das 1968 gegründete *New York Magazine* ist eine Wochenzeitschrift mit der Reichweite von 1,8 Mio. LeserInnen, die durch ihre Berichte und Analysen die Nachrichten bestimmt (vgl. *New York Magazine*).

Thema wurde von John Taylor (21.01.1991) im Artikel des *New York Magazines* „*Are you politically correct?*“ aufgegriffen. Letzterer löste ein komplexes Bündel an sozial-politischen und historischen Spannungen aus, die sich auf den US-amerikanischen Campus abspielten, nicht zuletzt in ihrem Zusammenhang mit der Sprache bzw. dem Sprachgebrauch (vgl. Cameron 2012:123). Die sprachlichen Benennungen der historischen, sozialen und politischen Gegebenheiten wurden zur Kampfzone, indem die Anhänger der „politisch korrekten“ Lager, definiert als Multikulturalisten, Feministinnen, radikale Homosexuelle, Marxisten und neue Historizisten, ihre radikalen politischen Ansichten und Forderungen quer durch die amerikanischen Universitäten verbreiteten. Die politischen Ansichten der Studierenden wurden von den UniversitätsprofessorInnen als politische Indoktrinierung empfunden, die die linke Ideologie der 1960er Jahre beibehielten und an die Studierenden weitergaben. In weiterer Folge wurden die ideologischen Komponenten von „Politischer Korrektheit“ dem Fundamentalismus und Faschismus gleichgestellt und als neue Orthodoxie beschrieben (vgl. Bernstein 1990; Taylor 1991:34ff.). Die darauffolgende öffentliche Debatte verließ den rein akademischen Rahmen und bezog Präsident George H. W. Bush (kurz), Verwaltungsbeamte, Intellektuelle, Akademiker und Journalisten aller politischen Überzeugungen ein (vgl. Hughes 2010:66). Die meist gebrauchte und abgedroschene Redewendung war dabei „Politische Korrektheit“.

Ursprünglich gehörte der Terminus der Insider-Sprache den gesetzlich verbotenen amerikanischen Linken, die ihn, aller Wahrscheinlichkeit nach, aus der englischen Übersetzung des Buches „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tungs“, das um 1967 in mehreren Sprachen weltweit erschienen war, übernommen hatten. Allerdings wurde die Redewendung inhaltlich und äußerlich bzw. sprachlich nicht in ihrer ernsthaften, dogmatischen Bedeutung im Sinne von Beibehaltung der Parteilinie, sondern eher ironisch und auf eine sich selbst herabwürdigende Weise verwendet (vgl. Cameron 2012:126f.; Hughes 2010:63). Im Verlauf der emotional angespannten medialen Debatte tauchte der Terminus aber als Benennung für das Wesen der neuen Protestbewegung mit veränderter Semantik auf, was auf drei zusammenhängende Faktoren zurückzuführen ist.

Erstens wurde der Terminus während der überwiegend medial geführten Debatte ohne jegliche begriffliche Erklärung verwendet: seine Bedeutung wurde meist aus dem Kontext interpretiert, so dass

[...] many people who encountered the term in media reporting drew the inference that it meant something like showing any kind of sympathetic concern about issues of gender and race. (Cameron 2012:128)

Dies führte auch zu einer sogenannten „diskursiven Drift“ des Terminus (Cameron 2012:127), indem er seinen ursprünglichen Sinn verlor, an einer ausgedehnten politischen, ethischen und moralischen Bedeutung gewann und in unerwarteten und politisch entfernten, wie etwa religiösen, Kontexten auftrat.

Zweitens ging das eigentliche Programm der neuen „Politischen Korrektheit“ – Revidierung der Universitätscurricula und Bekämpfung von Rassismus und Sexismus – verloren, so dass sich die Debatte immer mehr um sprachliche Forderungen drehte. Die letzteren schlossen radikale Veränderungen des Sprachgebrauchs, aber nicht weniger radikale Durchsetzungsmethoden⁷, ein, mit deren Hilfe auch die voreingenommenen Einstellungen und Verhalten gegenüber sozial marginalisierten Gruppen modifiziert werden sollten. Sie stießen auf der konservativen Seite der akademischen und weiteren Gesellschaft auf heftige Ablehnung und verlegten die Debatte in den Kontext der Redefreiheit und des sprachlichen Präskriptivismus (vgl. Bernstein 1990; Cameron 2012:158; Hughes 2010:73; McFadden 1991; Taylor 1991:35; 40). Somit fand auch eine bedingte Gleichsetzung von „Politischer Korrektheit“ als politische Protestbewegung mit dem in ihrem Rahmen entstandenen modifizierten Sprachgebrauch statt.

Drittens erhielt die Redewendung im Laufe der Debatte derart starke negative Konnotationen, dass sie selbst zu einem Label wurde:

„PC“ [political correctness] now has such negative connotations for so many people that the mere invocation of the phrase can move those so labelled to elaborate disclaimers, or reduce them to silence [...]. (Cameron 2012:123)

Es lässt sich kaum feststellen, ob die negativen Konnotationen aufgrund des Radikalismus des neuen, den Linken zugeordneten Diskurses auftraten oder der Diskreditierungsstrategie des gegnerischen rechten Lagers angehörten, wie es nicht selten gedeutet wird (vgl. Cameron 2012:123). Vorallem die Medien spielten eine tragende Rolle sowohl bei der Verbreitung des Diskurses, als auch bei der Verschleierung seines eigentlichen Programms und bei seiner begrifflichen Transformation und Diskreditierung in den überwiegend medial verlaufenden Debatten.

Die heutige Definition des Terminus „Politische Korrektheit“ im Englischen, jedoch ohne jeglichen Verweis auf mögliche Konnotationen, lautet folgenderweise:

The avoidance of forms of expression or action that are perceived to exclude, marginalize, or insult groups of people who are socially disadvantaged or discriminated against. (Oxford Dictionary of English 2010:1374)

Dabei enthält die Definition alle wesentlichen inhaltlichen Punkte des Diskurses, die sich durch ein Schlüsselwort formulieren lassen: Respekt (vgl. Hughes 2010:293).

Ausgehend von einem Bündel zusammenhängender Faktoren, die die Entstehung von „Politischer Korrektheit“ hervorriefen, ihrer weitgehenden Zielsetzung, die alle sozialen Ebenen berührten, und ihrer Manifestierung überwiegend durch den eigenen (begrenzten) Wortschatz, kann festgehalten werden, dass „Politische Korrektheit“ einen Diskurs darstellt.

⁷ Die Durchsetzungsmethoden waren so radikal, dass sie die GegnerInnen von „Politischer Korrektheit“ veranlassten, die BefürworterInnen mit der „Hitlerjugend“ zu vergleichen (vgl. Taylor 1991:35).

Indem die Forderungen des Diskurses über die rein sprachlichen Grenzen hinausgehen und eine ideologische Komponente mit politischen Auswirkungen einschließen, ist der Diskurs politisch.

Darüberhinaus darf der „politisch korrekte“ Diskurs nicht auf den „politisch korrekten“ Sprachgebrauch reduziert werden: der Letztere stellt nur einen Teil der diskursiven Gesamtheit dar, selbst dann, wenn es am meisten sichtbar ist. Der „politisch korrekte“ Sprachgebrauch an sich kann auch nicht nur auf den neuen, im diskursiven Rahmen erzeugten Wortschatz reduziert werden: er übermittelt die diskursiven Werte und zielt auf die Änderung des individuellen Verhaltens bzw. die Reformierung der Denkstrukturen ab. Somit können im Rahmen von „Politischer Korrektheit“ zwei zusammenhängende Ebenen identifiziert werden: die Makroebene als die Ebene der politischen Aktionen und die Mikroebene als die Ebene des Sprachgebrauchs. Die beiden Ebenen des Diskurses formieren sich um zwei Begriffe: Bewusstsein und Identität. Dabei geht es um die soziale Identität der sozial marginalisierten Gruppen, so wie sie sich sehen bzw. sehen wollen, was sich im Sinne der performativen Wirkungskraft der Benennungen auch sprachlich manifestiert. Im „politisch korrekten“ Diskurs geht es daher vor allem um soziale Hierarchien und Machtverhältnisse, die nicht nur politisch bedingt sind. Jedoch bleibt der Diskurs sowohl aufgrund der politischen Vorgeschichte, als auch der politisch beladenen Benennung im deklarierten politischen Rahmen gefangen und wird ohne Rücksicht auf die Gesamtheit seiner Erscheinungsformen sehr einseitig empfunden.

Während die Benennung des Diskurses offensichtlich irreführend ist (vgl. Cameron 2012:129; Hughes 2010:3), wurden zumindest auf seiner Mikroebene Versuche unternommen, den vorangetriebenen Sprachgebrauch umzubenennen. So tritt er oft als „nichtdiskriminierend“ und „inklusiv“ auf. Aus diesem Grund wird auch im Rahmen dieser Arbeit die Benennung „nichtdiskriminierender Sprachgebrauch“ für die sprachlichen Forderungen des „politisch korrekten“ Diskurses verwendet. Aufgrund der politischen Belastung und negativen Konnotation des Terminus wird die Benennung des Diskurses durch Anführungszeichen gekennzeichnet.

2.1.2. „Neue“ alte Gegenstände

Die Ausweitung der Debatte, die Ernsthaftigkeit der angesprochenen Themen und vor allem die Versuche, das neu erschienene Phänomen einzuordnen, deuteten sowohl auf die Bildung eines neuen Diskurses hin, als auch auf seine Abgrenzung. Die letztere verlief, nicht zuletzt aufgrund der politisch und semantisch beladenen Benennung des Diskurses und der radikalen Art und Weise seiner Durchsetzung, entlang seiner ideologischen Bestimmungen. Die in den oben angesprochenen Artikeln enthaltene Kritik des Diskurses verrät jedoch nicht nur

Verwirrung bei der ideologischen Verortung von „Politischer Korrektheit“, sondern auch die Komplexität der Frage. Diese besteht darin, dass der neu entstandene Diskurs, ungeachtet seines ideologisch-politischen Hintergrunds, weder den amerikanischen Linken, noch dem Feminismus, Antirassismus, Antisemitismus oder irgendeinem anderen etablierten Diskurs zugeordnet werden kann. Die genannten Diskurse weisen zwei ausgeprägte Charakteristika auf: sie bilden sich rund um eine Idee, und besitzen eigene ideologische und/oder politische Leader. Weder ersteres noch zweiteres lässt sich beim „politisch korrekten“ Diskurs identifizieren:

Unlike previous forms of orthodoxy, both religious and political, it is not imposed by some recognized authority like the Papacy, the Politburo, or the Crown, but is a form of semantic engineering and censorship not derivable from one recognized or definable source, but a variety. There is no specific ideology, although it focuses on certain inequalities and disadvantaged people in society and on correcting prejudicial attitudes, more especially on the demeaning words which express them. Politically correct language is the product and formulation of a militant minority which remains mysteriously unlocatable. It is not a spontaneous creation of the speech community, least of all any particular deprived sector of it. Disadvantaged groups, such as the deaf, the blind, or the crippled (to use the traditional vocabulary), do not speak for themselves, but are championed by other influential public voices. (Hughes 2010:7).

Der ideologisch motivierte „politisch korrekte“ Diskurs, der auf mehreren politischen Ideen beruht und keinen zentralen Anhalt in Sinne anderer politischen Bewegungen hat, setzte sich ein weitgehendes, ambitiöses Programm zum Ziel. Aufschlussreich ist dafür das im Artikel des *New York Magazine* angeführte Informationsblatt für Studierende des Smith Colleges, MA: der zentrale Begriff, von dem alle möglichen Ismen abgeleitet und durch den sie definiert werden, ist Unterdrückung. Damit richtet sich der neue Diskurs rund um die folgenden Gegenstände: „ableism“, „ageism“, „classism“, „ethnocentrism“, „heterosexism“, „lookism“, „racism“, „religious discrimination“, „sexism“ (vgl. Taylor 1991:34). Bekämpft wurde die Unterdrückung durch die Erzeugung von Neologismen, auch mit dem Ziel, das neue Bewusstsein widerzuspiegeln. Die Neologismen samt den neuen Denkstrukturen und zugelassenen Meinungen gelten aber nicht nur für die BefürworterInnen des neuen Diskurses, sondern für alle, die sich zu bestimmten Themen äußern, besonders am Universitätscampus, unter dem Motto „*watch what you say*“ (ibid.:37).

Der Ausschluss von Meinungsverschiedenheiten zu bereits deklarierten Themen wurde aber im Rahmen des Diskurses mit einer ziemlich flexiblen Struktur der Aufnahme neuer Gegenstände gekoppelt. So wurde das Programm vorangetrieben, indem die Standpunkte zur Rasse, zum Feminismus und zur Kultur durch die Stellungnahmen zur Ökologie und zur Außenpolitik erweitert wurden. Die letztere umfasste die Unterstützung der Palästinenser und das Mitgefühl für die Revolutionen in den Entwicklungsländern, insbesondere in Zentralamerika (vgl. Bernstein 1990). Der Diskurs scheint daher oft nicht Vereinbares in seinem Rahmen zusammenzusetzen und die passenden Teile anderer Diskurse

in ein eigenes Ganzes einzuschließen. Dabei entsteht ein komplexes Netz an diskursiver Einbettung.

Während der Zusammenhang zwischen dem „politisch korrekten“ Diskurs und der im Rahmen der Identitätspolitik entwickelten „*Black Power*“-Bewegung offensichtlich ist, da letztere als ein Impetus für die Entstehung „Politischer Korrektheit“ betrachtet werden kann, ist die Verbindung mit den anderen antidiskriminierenden Diskursen weniger nachvollziehbar. So war der Feminismus zum Zeitpunkt, als „Politische Korrektheit“ an Publizität gewann, bereits etabliert und sogar erfolgreich (vgl. Cameron 2012:118). Der seit den frühen 1970er Jahren geführte Krieg gegen generische maskuline Pronomen und Titel, besonders bei Stellenanzeigen und Berufsbezeichnungen, und gegen allgemeinen Sexismus in der Sprache, wurde durch Richtlinien zum nichtsexistischen Sprachgebrauch, die von verschiedenen Verlagshäusern, sowie öffentlichen, wirtschaftlichen und religiösen Institutionen herausgegeben wurden, nahezu beseitigt (vgl. Greil 1998:60ff.). Jedoch ergreift der „politisch korrekte“ Diskurs den sprachlichen Teil des Feminismus und schließt ihn in seine Gegenstände mit ein. Demzufolge wurde der Feminismus in den Medien oft mit „Politischer Korrektheit“ gleichgestellt (vgl. Hughes 2010:10), obwohl jegliche Richtlinien zum nichtsexistischen Sprachgebrauch kaum Bezug auf „Politische Korrektheit“ nehmen. Auf ähnliche Art und Weise wurden auch die sprachbezogenen Teile der anderen, nach dem Beispiel des Feminismus etablierten Diskurse übernommen: der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch, was ethnische und sexuelle Minderheiten und ältere und behinderte Menschen betrifft, war seit mindestens einer Dekade die übliche Praxis der amerikanischen Gewerkschaften, jedoch ohne Bezug auf den umstrittenen Terminus (vgl. Cameron 2012:129).

Darüberhinaus kann „Politische Korrektheit“ aus ideologischer Sicht kaum als eine Neuheit betrachtet werden. Viel mehr spiegelte die Ankunft von „Politischer Korrektheit“ die aktuellen sozialen Spannungen in den USA wider, integrierte die relevanten Teile der etablierten Diskurse, erweiterte sie mit neuen Gegenständen und setzte damit eigene Prioritäten, indem die Revidierung des Sprachgebrauchs sehr stark an die Politik und soziale Ordnung gebunden wurde. Aber auch die Entstehung selbst dieses Phänomens mit einer starken linguistischen Ausprägung in der englischen Sprache ist kein Zufall: der linguistische Präskriptivismus stellt keine außergewöhnliche, sondern viel mehr eine sprachinhärente Praxis im Englischen dar. In verschiedenen Phasen der Sprachgeschichte des Englischen wurden die linguistischen Normen mehrmals den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen angeglichen (vgl. Cameron 2012:27; Hughes 2010:7).

Die Vielfalt der Gegenstände, neuen und „alten“, und die fehlende ideologische Einheit sichern dem „politisch korrekten“ Diskurs eine eher kontroverse Sonderstellung in der diskursiven Einbettung. Die potentielle Möglichkeit, die zusätzlichen, unter den Begriff „Unterdrückung“ fallenden Gegenstände immer wieder zu übernehmen, zwingt den „politisch

korrekten“ Diskurs, die fließenden Grenzen mit „verwandten“ Diskursen beizubehalten und sich gleichzeitig prinzipiell von herrschenden „mehrheitlichen“ Diskursen abzugrenzen, nicht zuletzt anhand der Unterdrückung. Während die Unterdrückung anderer Meinungen per se kein außergewöhnliches Verfahren der diskursiven Abgrenzung darstellt, wirkt es im Rahmen von „Politischer Korrektheit“, die genau aus deren Bekämpfung entstanden ist, eher kontrovers.

Der Diskurs änderte auch die Richtung, in der jede reguläre Sprachrevision verläuft. Die spontanen und natürlichen Änderungen, die im Sprachgebrauch stattfinden und oft als Verstoß gegen die Grammatik oder normative Lexik empfunden werden, werden bei der Sprachrevidierung durch Grammatiker kodifiziert und damit zu neuen verbindlichen Regeln erklärt. Metaphorisch gesehen verläuft dieser Prozess vertikal von oben nach unten. Beim „politisch korrekten“ Diskurs hingegen werden die Forderungen nach einem veränderten Sprachgebrauch von unten nach oben geleitet, was auch die übliche Konstellation bzw. die Machtverhältnisse der an der Sprachrevision beteiligten Institutionen, und in weiterer Folge auch Personen, in Frage stellt.

2.1.3. Diskursiver Mechanismus und Institutionalisierung

Der „politisch korrekte“ Diskurs richtete seine linguistischen Anstrengungen überwiegend auf die voreingenommene Etikettierung bzw. auf pejorative und negativ konnotierte Benennungen von Gruppen und Personen (*social labeling*) (Hughes 2010:4). Die lexikalischen Interventionen⁸ verlaufen anhand der Erzeugung von Neologismen (zum Beispiel „*ableism*“, „*lookism*“ usw.) und Euphemismen, indem ein negativ konnotiertes Wort durch ein neutrales Lexem ersetzt wird (zum Beispiel „*a handicap*“ vs. „*a person with a disability*“).

Die Euphemismen als Bestandteil aller natürlichen Sprachen entstehen normalerweise spontan und stellen einen bestimmten Grad der Höflichkeit dar, um Peinlichkeiten sowohl seitens der RednerInnen, als auch seitens der ZuhörerInnen zu vermeiden. Beim Prozess der Wortersetzung innerhalb des „politisch korrekten“ Diskurses werden die Euphemismen und oft auch ihre Bedeutungen künstlich generiert und bisher als neutral empfundene Lexeme aus politischen und/oder ideologischen Gründen verdrängt. Dabei entstehen aber bestimmte Problemstellen, die die Funktion und die Semantik der „politisch korrekten“ Euphemismen betreffen.

⁸ Aus pragmatischer Sicht sind lexikalische Interventionen am einfachsten zu greifen, im Vergleich zu den syntaktischen oder diskursiven Textebenen, die kontextuell- und interpretationsabhängig sind (vgl. Greil 1998:80ff.).

Was die Linguistik angeht, werden die „politisch korrekten“ Neologismen entweder gar nicht als Euphemismen (vgl. Cameron 2012) oder als Pseudo-Euphemismen (vgl. Hughes 2010) betrachtet. So wird auf die begrenzte Funktion in einem bestimmten Register hingewiesen (vgl. Hughes 2010:290): die neuen Lexeme sind nur für das offizielle Register geeignet und werden durch andere Register abgelehnt⁹. Zusätzlich weisen die Pseudo-Euphemismen aufgrund des Fehlens metaphorischer Wurzeln und der Verwendung eines fremdsprachigen Wortschatzes mangelhafte semantische Klarheit auf. Ihre eigentliche Funktion – Peinlichkeiten zu vermeiden – erfüllen sie a contrario: sie ziehen die ganze Aufmerksamkeit auf sich (vgl. *ibid.*:18f.). Während alle Euphemismen allgemein irreführend sein können, liegt die Wahrscheinlichkeit der Verwirrung bei den künstlich erzeugten „politisch korrekten“ Neologismen deutlich höher. Dies führt nicht zuletzt auch zur Empfindung, dass „politisch korrekte“ Ausdrücke „Orwellian“ und der gesamte Diskurs „Newspeak“¹⁰ seien (vgl. *ibid.*:4f.; 104).

Der orwellsche Charakter des „politisch korrekten“ Diskurses wird auch durch die eigenartige Art und Weise seiner Instandhaltung und Kontrolle verstärkt. Dazu zählen vorerst die verbindlichen Sprachkodexe (*speech codes*) an manchen amerikanischen Universitäten als Bestandteile der allgemeinen Verhaltenskodexe (*codes of conduct*) sowohl für das akademische und administrative Personal, als auch für die Studierenden, aber auch die Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch („*bias-free*“, „*inclusive*“) für schriftliche Arbeiten, öffentliche Kommunikation und Publikationen.

Bei den aus der Mitte der 1990er Jahre stammenden Sprachkodexen am Universitätscampus handelte es sich vor allem um „*fighting words*“ und „*hate speech*“, die sich in überwiegend mündlicher Kommunikation gegen Personen oder Gruppen richteten, die oft als gesetzlich geschützte Klasse¹¹ galten (vgl. Greil 1998:55). Angesichts der Erweiterung des Zugangs zu höherer Ausbildung für Frauen und ethnische und soziale Minderheiten, lösten diese Maßnahmen steigende Spannungen am US-amerikanischen Campus aus. Jedoch wurden die Universitäten in den folgenden zwei Dekaden durch gerichtliche Entscheidungen gezwungen, solche Sprachkodexe abzuschaffen oder abzuschwächen, da sie teilweise Verstöße gegen die Redefreiheit darstellten, wie sie im Ersten Zusatzartikel (*First Amendment*) zur Verfassung der Vereinigten Staaten festgehalten ist.

⁹ Als Beweis solcher Ablehnung durch die anderen Sprachregister dienen die zahlreich existierenden Satiren über „politisch korrekte“ Sprache.

¹⁰ Der Vorwurf von „Orwellian“ und „Newspeak“ betrifft oft die hoch-institutionalisierten und medialen euphemistischen Texte, besonders wenn es um Gewalt, wie etwa im Krieg, geht. Jedoch ist diese Metapher in Bezug auf den „politisch korrekten“ Diskurs oft begründet. (vgl. Hughes 2010)

¹¹ Die geschützten Klassen werden aufgrund ihrer Rasse, Farbe, Religion, ihres Geschlechts, Alters, ihrer ethnischen Herkunft, Behinderung, Schwangerschaft, sexuellen Orientierung, ihres Familienstands, des Status der Opfer häuslicher Gewalt, ihrer ausländischen Staatszugehörigkeit oder ihres Bürgerschaftsstatus, oder ihrer genetischen Prädisposition definiert (vgl. Columbia University). Diese Charakteristika können je nach Universität erweitert werden, indem sie auch politische Überzeugungen, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsbekundung und Veteranenstatus umfassen (vgl. Princeton University).

Die heutige Universitätspolitik im Bereich der Sprach- und Verhaltenskodexe bleibt noch immer innerhalb der gesetzlich reglementierten Politik der Nichtdiskriminierung und „*affirmative action*“ verankert, jedoch wird der sprachliche Teil, der unter der Kategorie der verbalen Diskriminierung fällt, aufgrund der bestehenden gerichtlichen Entscheidungen (vgl. FIRE 2016c) nicht weiter spezifiziert.¹² Die Aufrechterhaltung der Redefreiheit und der Freiheit der Meinung wird als inhärentes Mittel des wissenschaftlichen Fortschritts deklariert, jedoch vorbehaltlich des Rechts auf Intervention, falls nötig. Sprachpolitik oder Anweisungen zum bevorzugten Sprachgebrauch werden nicht erwähnt, zumindest nicht im öffentlichen Internetbereich. Angesichts der Herkunft und Verortung des „politisch korrekten“ Diskurses, sowie der Aufrechterhaltung der Nichtdiskriminierung an den US-amerikanischen Universitäten, kann jedoch angenommen werden, dass Anweisungen zur Verwendung „politisch korrekter“ Ausdrücke entweder intern in einer schriftlichen Form zirkulieren oder verbal während des Unterrichts und außerhalb des Unterrichts vermittelt werden. Diese Annahme ist auch durch eine 2015 durch die *Foundation for Individual Rights in Education*¹³ durchgeführte Umfrage an 440 US-amerikanischen Universitätsschulen bestätigt worden: 49,3% der Universitätsschulen wurden hinsichtlich des Verhältnisses von „*speech code*“ vs. Redefreiheit als besonders restriktiv eingeschätzt und als solche ihre Regelungen bezüglich des gewünschten Sprachgebrauchs nur durch ein geschütztes Login zugänglich machen (vgl. FIRE 2016b)¹⁴.

Ausgehend davon, dass im Rahmen des „politisch korrekten“ Diskurses die Maßnahmen zu seiner Einhaltung am Universitätscampus zweiseitig verlaufen – seitens der Studierenden, die die SprecherInnen bzw. ProfessorInnen etikettieren und boykottieren („*racist*“, „*sexist*“ usw.), und seitens der ProfessorInnen, die durch die Korrekturen und Benotung die diskursiven Ziele erreichen – wird der Diskurs nicht zuletzt durch Zensur und Selbstzensur gesichert. Die letzteren sind auch im Bereich des Herausgebens, sowohl der universitären, als auch der öffentlichen, aktueller denn je, da alle Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch in schriftlichen Texten meistens als Empfehlungen und Vorschläge dargestellt werden (vgl. Michigan State University 2016; University of Wisconsin Madison 2016; University of New Hampshire 2016). Dabei werden solche

¹² Für die Zwecke dieser Arbeit wurden die Websites der laut *U.S. News & World Report* Top-5 amerikanischen Universitäten überprüft. Zu den Top-5 zählen Princeton University, Princeton, NJ; Harvard University, Cambridge, MA; Yale University, New Haven, CT; Columbia University, New York, NY; Stanford University, Stanford, CA (vgl. U.S. News & World Report 2016).

¹³ FIRE (*Foundation for Individual Rights in Education*) ist eine Non-Profit Bildungsstiftung mit ihrem Sitz in Philadelphia, USA. FIRE verteidigt und schützt die individuellen Rechte in amerikanischen Universitäten, samt der Redefreiheit und gesetzlichen Gleichheit. Die Stiftung wurde 1999 durch Alan Charles Kors, Professor auf der *University of Pennsylvania*, und Harvey Silverglate, Bostoner Anwalt für Bürgerfreiheiten, gegründet, nachdem ihr 1998 veröffentlichtes Buch *The Shadow University: The Betrayal Of Liberty On America's Campuses* eine heftige Reaktion auslöste. Die MitarbeiterInnen der Stiftung sind überwiegend Anwälte. (vgl. FIRE 2016a)

¹⁴ Zu diesen 49,3% zählen auch die Columbia, Harvard und Princeton Universitäten; Yale und Stanford wurden als allgemein restriktiv, aber auch als selektiv im Hinblick auf verbotene Kategorien des Sprachgebrauchs eingeschätzt (vgl. FIRE 2016b).

Vorschläge oft in einer extrem generalisierten Form angeboten (vgl. Michigan State University 2016) und seltener als eine Liste von Neologismen, die verwendet werden, um die beladenen und konnotierten Lexeme zu substituieren (vgl. University of New Hampshire 2016). Eine besondere Stellung nimmt dabei der sogenannte *APA Style* ein, die stilistischen und sprachlichen Richtlinien der *American Psychological Association* (weiter APA), die als der Standard für wissenschaftliches Schreiben in den Geisteswissenschaften gelten und oft in den universitären Schreibkursen und Anweisungen zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch vermittelt werden.

Der *APA Style* deckt alle Komponenten des wissenschaftlichen Schreibens und der Vorbereitung eines zu publizierenden Textes ab und wird einem breiten Publikum angeboten, jedoch eher als freiwillige Wahl.

The *Publication Manual of the American Psychological Association* is the **style manual of choice** for writers, editors, students, and educators in the social and behavioural sciences. It provides invaluable guidance on all aspects of the writing process, from the ethics of authorship to the word choice that best reduces bias in language. (APA 2016).

Chapter 3. In this chapter, we offer two areas with significantly changed content. First, we have simplified APA heading style to make it more conducive to electronic publication. Second, ***we have updated guidelines for reducing bias in language to reflect current practices and preferences. A new section on presenting historical language that is inappropriate by present standards has been added, and examples of good and bad language choices have been expanded and moved to the web***, where they are more accessible to all and can be easily updated. (APA 2016; Hervorhebung durch die Verfasserin)

Interessanterweise verweist der *APA Style* weder auf “Politische Korrektheit” noch auf nichtsexistischen Sprachgebrauch. Das Hauptziel der Empfehlungen besteht darin, eine unvoreingenommene Darstellung der wissenschaftlichen Fakten und der beteiligten Menschen zu gewährleisten.

Die auch im Internet zugänglichen und regelmäßig aktualisierten Anweisungen zur Reduzierung der Voreingenommenheit in der Sprache gliedern sich in drei Hauptgrundsätze:

Guideline 1. Describe at the appropriate level of specificity.

Guideline 2. Be sensitive to labels.

Guideline 3. Acknowledge participation. (APA 2016).

Das erste Prinzip zielt auf die Genauigkeit der Äußerung ab, indem stereotype Generalisierungen zu vermeiden und genaue Substantive zu verwenden sind (vgl. APA 2010:71).

Dies gilt auch für die zweite Regel, die besagt, dass Etikettierungen, die oft als beladene Generalisierungen im Text auftreten, zu vermeiden und Adjektive nur in ihrer attributiven Funktion zu verwenden sind (z.B. „*Orientals*“ vs. „*Asian participants*“; „*the elderly*“ vs. „*older people*“) (vgl. *ibid.*:72). Allgemein gilt: „[...] call people what they prefer

to be called“ (ibid.). Dabei sind auch Abkürzungen und partizipiale Konstruktionen zu vermeiden, die die Menschen ihren Diagnosen gleichstellen (e.g. „*the demented*“ und „*demented group*“ vs. „*dementia group*“ oder „*LDs*“ und „*LD group*“ vs. „*people with specific learning difficulties*“). Es ist zwischen „*case*“ und „*patient*“ zu differenzieren, um die Patienten nicht zu bloßen „Fällen“ zu degradieren, und es sind symmetrische Termini zu verwenden (z.B. „*women and men*“).

Der dritte Grundsatz bestimmt, inter alia, die Vermeidung des Passivs als grammatikalische Konstruktion, die den Eindruck der Entpersonalisierung vermittelt (ibid.:73).

In weiterer Folge werden die Hauptprinzipien durch mehrere, durch sprachliche Diskriminierung gefährdete thematische Kategorien, wie Geschlecht, sexuelle Orientierung, ethnische Identität, Behinderung, Alter und historische und interpretative Ungenauigkeiten, spezifiziert. Während der nichtsexistische Sprachgebrauch einen großen Teil der Empfehlungen bildet, tritt dabei eine Regel auf, die sich zwar auf Menschen mit Behinderung bezieht, aber allgemein für alle Kategorien gültig ist: „*Put the person first*“ (ibid.:72). Die Verwendung neu geschaffener Euphemismen, wie z.B. „*special*“, „*physically challenged*“ oder „*handy-capable*“, wird als „*patronising and offensive*“ abgelehnt (vgl. ibid.:76).

Obwohl der freiwillige und beratende Charakter der Richtlinien mehrmals betont wird, besteht kein Zweifel daran, dass die zur Veröffentlichung angebotenen Manuskripte den Forderungen des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs entsprechen müssen. Somit ist nicht von einer offenen Zensur mit den vom Staat gesteuerten Mechanismen der Kontrolle die Rede, wie es in totalitären Regimen üblich ist, da im Rahmen des „politisch korrekten“ Diskurses keine Behörde mit Aufsichtszuständigkeit vorhanden ist. Die Zensur ist im Sinne Bourdieus zu verstehen, die als Spannung zwischen dem individuellen Sprachhabitus und dem Sprachmarkt auftritt. Die Forderungen nach nichtdiskriminierendem Sprachgebrauch werden sowohl diskursiv, als auch linguistisch durch Verlagshäuser und Organisationen, die eigene Druckschriften herausgeben, eingehalten, indem in Gestaltungsrichtlinien (*style guide*) entsprechende Anweisungen inkorporiert werden. In Situationen, in denen die sprachlichen Erwartungen nicht nur gesetzlich¹⁵, sondern auch linguistisch begründet und ökonomisch unterstützt werden (die Publikationen, die den diskursiven und sprachlichen Anforderungen nicht entsprechen, werden offensichtlich nicht veröffentlicht), wird zur Selbstzensur im Sinne von „*sensitivity to what is socially and politically acceptable*“ gegriffen (Hughes 2010:49). Die Tatsache, dass solche Anweisungen existieren, indiziert deutlich, dass der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch institutionalisiert wird. Dies deutet auch darauf hin, dass der Diskurs den ursprünglichen universitären Rahmen verlassen und sich verbreitet hat.

¹⁵ Dabei sind die gesetzlichen Erwartungen zur Vermeidung der sprachlichen Diskriminierung aufgrund des *First Amendments* aber nur sehr eingeschränkt zu betrachten: die in den USA vorherrschende Meinung ist, dass man alles sagen darf, so lange man dazu bereit ist, die daraus folgenden Konsequenzen zu tragen.

Die medial ausgedehnte Diskussion um „politische Korrektheit“ räsionierte nicht nur in den USA, sondern auch in den anderen englischsprachigen Ländern, vor allem in Kanada, Australien, Neuseeland und Großbritannien. Der Grad der Akzeptanz des neuen Diskurses, sowie die emotionale Spannung und das Ausmaß der öffentlichen Diskussion waren und bleiben in jedem Land und Kulturraum unterschiedlich, aber eine Tatsache steht fest: der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch im englischsprachigen Raum gehört zum Bestandteil des universitären und öffentlichen Diskurses und wurde institutionell durchgesetzt, besonders in jenen Ländern, die als Einwanderungsländer gelten (z.B. durch „*Language Portal of Canada*“, ein Regierungsportal, das die Kommunikation auf Englisch und Französisch in Kanada unterstützen soll (vgl. Language Portal of Canada 2016) oder „*Writing and Style Guide*“ der Regierung von Queensland, Australien (Queensland Government 2016) und „*Guidelines for Inclusive Language*“ vom Department of Education (2011), Tasmanische Regierung, Australien). Weniger überschaubar ist die Verbreitung des Diskurses in Großbritannien, kein Einwanderungsland im engeren Sinne des Terminus, aber ein multiethnisches und multikulturelles Land aufgrund der Einwanderung von BürgerInnen aus dem *Commonwealth of Nations*¹⁶. Aber auch in Großbritannien verschaffte sich der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch Geltung sowohl in den akademischen, als auch in öffentlichen Diskursen (vgl. University of Leicester 2016; Department for Work and Pensions 2016). Die diskursive Reise über den Atlantik hielt nicht an den Grenzen des englischsprachigen Raums an, sondern überschritt diese.

2.2. Expansion und Weigerung

2.2.1. „Gutmensch“, „Historische Korrektheit“ und inklusive Sprache

Genauso wie im englischsprachigen Raum, wurde der „politisch korrekte“ Diskurs um die Mitte der 1990er Jahre im deutschsprachigen Raum, bzw. in Deutschland und Österreich, durch überwiegend mediale Berichte über das US-amerikanische Phänomen rezipiert. Die Resonanz, und somit die Stellung der ersten Berichte in deutschen Medien, verfasst von Jörg Uthmann in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*¹⁷ und von Dieter Zimmer in *Die Zeit*¹⁸ Anfang der 1990er Jahre ist mit R. Bernsteins Artikel in der *New York Times* vergleichbar (vgl. Auer 2002:293), indem sie eine hoch-angespannte, oft ideologische Polemik in beiden Ländern bewirkten, die sehr ähnlich zu den Debatten im englischsprachigen Raum verlief

¹⁶ Hughes (2010) vertritt die Meinung, dass die Diskussion über „Politische Korrektheit“ in Großbritannien nie den Rahmen des akademischen Diskurses verließ (vgl. Hughes 2010:69), während Cameron (2012) über eine unangemessene Aufmerksamkeit und Diskreditierung des Diskurses durch die vor allem konservativen britischen Medien spricht (vgl. Cameron 2012:117; 129; 135).

¹⁷ Uthmann, Jörg v. (1991). Napoleon, der Nasendieb. Amerikas Universitäten büßen die Sünden des Westens, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 55/6.3.1991

¹⁸ Zimmer, Dieter E. (1993). PC oder: Da hört die Gemütlichkeit auf, in: *Die Zeit*, 43/22.10.1993.

(vgl. Auer 2002:291; Wierlemann 2002:104). Dies verhinderte aber nicht die Etablierung von „Politischer Korrektheit“ im deutschsprachigen Raum. Die im gegenwärtigen Deutschen als eine „Einstellung, die alle Ausdrucksweisen und Handlungen ablehnt, durch die jemand aufgrund seiner ethnischen Herkunft, seines Geschlechts, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht, seiner körperlichen oder geistigen Behinderung oder sexuellen Neigung diskriminiert wird (Duden 2016b) definierte „Politische Korrektheit bewirkte die Ausarbeitung des eigenen nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs, aber auch eigenartige, nur der deutschen diskursiven Variante inhärente Prägungen.

Die erste derartige Prägung von „Politischer Korrektheit“ im deutschsprachigen Raum, die keine Analogie im ursprünglichen englischsprachigen Diskurs aufweist, ist die Wortschöpfung „Gutmensch“. Während die Etymologie des Kunstwortes im Deutschen kaum feststellbar ist (vgl. Auer 2002:301), gehört es zum Standardwortschatz der medialen Berichterstattung im Rahmen des Diskurses. „Gutmensch“ – ein „[naiver] Mensch, der sich in einer als unkritischen, übertriebenen, Nerv tötenden o. ä. empfundenen Weise im Sinne der Political Correctness verhält, sich für Political Correctness einsetzt“ (Duden 2016a) – wird als aussagekräftige Metapher überwiegend in diffamierenden Kontexten verwendet (vgl. Auer 2002:301)¹⁹ und könnte letztendlich den Diskreditierungsstrategien der GegnerInnen von „Politischer Korrektheit“ zugeschrieben werden. Die Existenz des Wortes selbst, seine Semantik und die negativen Konnotationen deuten jedoch darauf hin, dass der „politisch korrekte“ Diskurs im deutschsprachigen Raum sowohl auf der Ebene des Inhalts, der den veränderten Sprachgebrauch und das Verhalten einschließt, aber auch auf der Ebene der Wirkung, inklusive Kontroversen und Polarisierung, übernommen wurde.

Die zweite eigenartige Prägung der deutschen Variante von „Politischer Korrektheit“ beruft sich auf Historische Korrektheit als ein Phänomen, das im Kontext der Reflexion über die auf die NS-Zeit bezogene Geschichte Deutschlands in den 1980er Jahren entstand. Aufgrund ihrer Durchquerung der politischen, verhaltensnormenden und linguistischen Ebenen wird Historische Korrektheit als eine deutsche „Sonderform“ von „Politischer Korrektheit“ betrachtet (vgl. Sandkühler 2008:19). Dabei sollen die US-amerikanischen Einwirkungen, die zur Entstehung und Entwicklung dieses Phänomens beitrugen, nicht nur synchronisch, sondern viel mehr diachronisch in Betracht gezogen werden. Entscheidend ist dabei die Nachkriegsgeschichte Deutschlands, die durch die politischen Entscheidungen und geistigen Einflüsse vor allem der Siegermacht USA geprägt wurde (vgl. Wierlemann 2002:119).

Die USA setzte sich für die Demokratisierung und Entnazifizierung Deutschlands und Österreichs ein, die durch das Potsdamer Abkommen von 1945 bekräftigt wurde. Somit sollten die deutsche und österreichische Kultur, Presse, Wirtschaft, Justiz und Politik von

¹⁹ „Gutmensch“ wurde aufgrund der deutschsprachigen Berichterstattung im Flüchtlingskontext zum Unwort des Jahres 2015 gewählt (vgl. Spiegel Online 2016).

allen Einflüssen des Nationalsozialismus befreit werden. In diesem Rahmen folgten sowohl die Aufdeckung und Verfolgung von Anhängern des NS-Regimes, als auch die „*Reeducation*“ und „*Reorientation*“ als Bildungsprogramm, das kurzfristige und langfristige Maßnahmen umfasste. Zu den letzteren gehörte auch die Kontrolle über die Medienlandschaft, Bildung und Kultur. Die Maßnahmen schlossen auch die Überprüfung der Bücher mit ein, indem NS-Bücher vernichtet und andere, insbesondere Geschichts- und Schulbücher, sowohl ideologisch, als auch sprachlich revidiert wurden. Die zwangsläufige Befreiung vom NS-Erbe wurde auch von der Suche nach einer neuen deutschen Identität begleitet (vgl. *ibid.*).

Eine unmittelbar nach dem Krieg stattgefunden öffentliche Schuldiskussion und eine Sprachkritik am NS-Sprachgebrauch bzw. -missbrauch dehnte sich auch in den nachfolgenden Dekaden aus und manifestierte sich in den 1980er Jahren unter dem Begriff „Historische Korrektheit“. Im Rahmen von Historischer Korrektheit forderten

[...] Sprachkritiker aus Rücksicht vor den NS-Opfern eine Reflexion des NS-Sprachgebrauchs und eine Analyse des gegenwärtigen, vor allem politischen Sprachgebrauchs ein, um das Vokabular der Nationalsozialisten zu vermeiden. (*ibid.*:130)

Dabei ging es sowohl um die korrekte und vollständige Darstellung der historischen Ereignisse, um den politisch angemessenen Umgang mit der deutschen Geschichte, um die eigene Stellungnahme, als auch um jene Begriffe, die durch die NS-Ideologie besetzt waren und, *inter alia*, oft als Euphemismen auftraten und deren wahre Bedeutung entlarvt werden musste. Die Forderungen von Historischer Korrektheit richteten sich aber nicht nur auf linguistische Revidierung, sondern auch auf das Verhalten der Täter und die Erinnerungspolitik (vgl. Sandkühler 2008:19f.).

Die durch US-amerikanische Einflüsse gekennzeichnete Nachkriegszeit bestimmte auch die Rezeption des „politisch korrekten“ Diskurses, sowie die Ausarbeitung des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs im Deutschen (vgl. Wierlemann 2002:138). In Anlehnung an die Frauenbewegung in den USA entwickelte sich aus der Studentenbewegung der 1960er Jahre die sogenannte zweite Welle der Frauenbewegung in Deutschland, in deren Rahmen die gesetzliche Gleichberechtigung der Frauen in allen sozialen Bereichen, aber auch Änderungen des Sprachgebrauchs verlangt wurden. Während den Forderungen nach Gleichberechtigung der Frauen durch entsprechende Gesetzgebung²⁰ stattgegeben wurde, setzten sich die Anforderungen zur sprachlichen Gleichbehandlung nur schwer durch. Die Abschaffung der Anredeform „Fräulein“ fand durch einen Erlass des deutschen

²⁰ Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts (Gleichberechtigungsgesetz – GleichberG), 18.06.1957, sowie Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts, in Kraft seit 01.07.1977, das die Verpflichtung der Frau zur Haushaltsführung aufhob; Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts, in Kraft seit 01.07.1977, das das Schuldprinzip bei der Scheidung aufhob; und Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz. Der Anspruch der Frauen auf Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, in Kraft seit 14.08.1980, das das Recht auf gleiches Entgelt festschrieb (vgl. Bielefeld University 2016).

Bundesministeriums des Innern 1972²¹ statt und die Sprachgebrauchsregelung für männliche und weibliche Berufsbezeichnungen erfolgte 1979 durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (vgl. *ibid.*:141). Anfang der 1980er Jahre wurden von den Behörden und Institutionen in Deutschland und Österreich auf verschiedenen politischen Ebenen sprachliche Richtlinien zum nichtsexistischen Sprachgebrauch herausgegeben (vgl. *ibid.*:148), die in weiterer Folge überarbeitet und verbessert wurden und sowohl die Gleichbehandlung von Männern und Frauen, als auch die Sichtbarkeit der Frauen in Texten sichern sollten. Die 1990er Jahre hoben die feministischen Anstrengungen zur Gleichbehandlung auf die internationale²², und in weiterer Folge, durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, der die Mitgliedstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik verpflichtet, auch auf die EU-Ebene.

Den Forderungen der gesetzlichen Gleichberechtigung und der sprachlichen Gleichbehandlung der Frauen schlossen sich auch andere sozial marginalisierte Gruppen an. Im Vergleich zum Feminismus selbst oder zu ähnlichen Bewegungen in den USA ist ihr Bestreben im deutschen Kontext aber wesentlich komplexer und geht aufgrund ihrer Verfolgung und Ermordung durch das NS-Regime über die im Rahmen des Feminismus gestellten Forderungen hinaus. Dies betrifft vor allem Homosexuelle, ethnische Minderheiten (vor allem Sinti und Roma, aber auch Afrikaner) und kranke und behinderte Menschen. Einerseits verliefen die Bestrebungen dieser sozial marginalisierten Gruppen im Rahmen von Historischer Korrektheit, andererseits orientierten sie sich an ähnlichen Bewegungen in den USA und können dadurch auch dem „politisch korrekten“ Diskurs zugeordnet werden (vgl. *ibid.*:161; 175; 195). Dabei ging es vor allem um sprachliche Diskriminierung und Stigmatisierung, die sich durch diffamierende Bezeichnungen bzw. Etikettierung (*social labeling*) der Angehörigen dieser bestimmten sozialen Gruppen manifestierte.

Als ein zusätzliches Merkmal der deutschen Variante von „Politischer Korrektheit“ im Vergleich zum ursprünglichen US-amerikanischen Phänomen tritt auch seine viel ausgeprägtere politische Dimension auf, die sich oft als parteipolitische Sprachpolitik manifestiert (vgl. Hölscher 2008). Darüber hinaus wird der sprachliche Teil des Diskurses – der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch – nicht nur im akademischen Diskurs ausgearbeitet und durchgesetzt, sondern auch amtlich, auf verschiedenen politischen – von bundesweiten bis landesspezifischen – Ebenen unterstützt (vgl. BMB 2016). Während viele deutsche und österreichische Hochschulen und Universitäten eigene Leitfäden zur gendergerechten Sprache bzw. zum gendergerechten Sprachgebrauch²³ herausgeben, wird

²¹ Rundschreiben des BMI vom 16.01.1972 (Das Bundesarchiv 2013).

²² Die Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995 legte Gender Mainstreaming als eine globale Hauptstrategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern fest und wurde seitdem von allen Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene systematisch umgesetzt (vgl. UN 2002).

²³ Auch beim gendergerechten Sprachgebrauch wird mitunter Bezug auf die Leitfäden des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung genommen.

sowohl in Deutschland, als auch in Österreich bei inklusivem Sprachgebrauch Bezug auf den 2008 erlassenen „*Leitfaden für einen nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch*“ des österreichischen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und den 2010 erweiterten Leitfaden des österreichischen Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz genommen (vgl. Koordinierungsstelle zur Förderung der Chancengleichheit an sächsischen Universitäten und Hochschulen 2016). Aus diesem Grund, aber auch weil die obengenannten Leitfäden sich nicht auf nichtsexistischen Sprachgebrauch beschränken, sondern sich auf andere thematische Kategorien der sprachlichen Diskriminierung beziehen, werden die Prinzipien dieser Leitfäden kurz näher erläutert.

Während die sprachbezogenen Teile der beiden Leitfäden ziemlich identisch sind, schließt die Ausgabe von 2010 auch Handlungen und Bilddarstellungen mit ein mit dem Ziel, die LeserInnen gegenüber den unterschiedlichen Formen der Diskriminierung zu sensibilisieren. Zwar wird der gesetzliche Rahmen der Bekämpfung der Diskriminierung auf EU- und Bundesebene dargestellt, trotzdem zeichnet sich der Leitfaden aus 2010 im Vergleich zum Leitfaden aus 2008 durch seinen mehr beratenden Charakter aus: jeder Bezug zu „politisch korrekter Sprache“ und „Eigenverantwortung im Alltag und im Berufs- und Privatleben“ für den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch ist entfernt (vgl. BMWA 2008:6; Sozialministerium 2010:10). Abgesehen von der später abgemilderten Einleitung, bestimmen die beiden Leitfäden sechs sozialbezogene Kategorien, die einen sensibilisierten Umgang benötigen. Dazu zählen: junge und alte Menschen; Menschen mit Behinderung; Frauen/Männer; Schwule/Lesben/Transgender; Migrant/innen; Menschen mit einer anderen Religionszugehörigkeit/Weltanschauung (vgl. BMWA 2008; Sozialministerium 2010). Die Leitfäden setzen sich zum Ziel, jegliche Diskriminierung aufgrund des Alters, einer Behinderung, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der religiösen Überzeugung, ethnischen und/oder sozialen Herkunft und Hautfarbe zu bekämpfen. Dabei geht es sowohl um beladene bzw. negativ konnotierte Benennungen und abwertende Äußerungen in Bezug auf festgelegte Merkmale, als auch um Unsichtbarkeit, indem bestimmte Personengruppen systematisch nicht erwähnt werden, oder von Entpersonalisierung, wenn anstatt von Menschen von „Objekten“ gesprochen wird. In weiterer Folge bezieht sich der Leitfaden aus 2010 auch auf stereotype, klischeehafte und stigmatisierende Bilddarstellungen und kann, samt dem Teil über diskriminierende Handlungen, als umfassende Kommunikationsrichtlinie betrachtet werden.

Zwar wird in den beiden Leitfäden angemerkt, dass jegliche Form von Diskriminierung kontextuell abhängig ist, jedoch werden die sprachlichen Diskriminierungsformen sowohl in mündlicher Kommunikation, als auch in schriftlichen Texten dargestellt. Die entsprechenden Beispiele beziehen sich aber vor allem auf Benennungen und Redewendungen, sowohl diskriminierende, als auch gewünschte, nach festgelegten Diskriminierungskategorien: Ageismus (Altersdiskriminierung), Behinderung,

Sexismus, Heteronormativität, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, sowie die Diskriminierung staatlich nicht anerkannter religiöser Minderheiten.

Beide Leitfäden wurden auch mit entsprechenden Glossaren zu den verwendeten Termini, sowie mit umfassenden weiterführenden Literaturlisten ausgestattet. Bemerkenswert ist aber, dass manche Begriffe offensichtlich aus dem englischsprachigen „politisch korrekten“ Diskurs übernommen wurden (z.B. Ageism, Heteronormativität), sowie die Auffassung der Entpersonalisierung (vgl. die englischsprachige Regel „*person first*“) und die Reduzierung eines einzelnen Menschen auf eine seiner Eigenschaften (z.B. auf eine Behinderung durch Nominalisierung von Partizipien: der/die Behinderte). Auf ähnliche Weise wirken auch die angebotenen neutralisierenden Lösungen: wechseln zu einem höheren Register (der auch üblicherweise durch höhere Euphemisierung gekennzeichnet ist (vgl. Sozialministerium 2010:20)), Präzisierung der Eigenschaft der Person und positive Reformulierung (z. B. Menschen mit einer Behinderung, Jugendliche mit Migrationshintergrund (vgl. *ibid.*: 23; 44)), symmetrische Darstellung von Männern und Frauen, geschlechtsneutrale Benennungen (auch anhand Pluralformen), Umformulierungen durch Adjektivierung (vgl. *ibid.*:30f.)), die Selbstbenennungen der bestimmten sozialen Gruppen (nach dem Prinzip, dass die Menschen so benannt werden sollen, wie sie es wünschen (vgl. *ibid.*: 36; 44)) und Weglassung von unbedeutenden Hinweisen auf persönliche Merkmale (z.B. bei der Hautfarbe (vgl. *ibid.*: 44)). Besondere Aufmerksamkeit wird den Themen Antisemitismus, Islamophobie und Diskriminierung staatlich nicht anerkannter religiöser Minderheiten geschenkt. Es gibt zwar keinen Bezug auf „Historische Korrektheit“ bei der Beschreibung von Antisemitismus, es wird aber eine kurze Aufklärung zum Thema angeboten anhand von Beispielen über negativ konnotierte und/oder historisch beladene Benennungen und Redewendungen, die es zu vermeiden gilt (vgl. *ibid.*:42ff.). Bei weiteren zwei Kategorien der sprachlichen Diskriminierung (Islam und religiöse Minderheiten) verlangen die Leitfäden einen sorgfältigen Umgang mit oft durch die Medien beladenen Bezeichnungen, die die korrekte Darstellung von Personen und Ereignissen verhindern (vgl. *ibid.*: 45ff.; 47).

Darüber hinaus kann festgehalten werden, dass, trotz seines kontroversen Charakters und seiner noch immer debattierten Stellung, der „politisch korrekte“ Diskurs samt dem nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch längst zum Alltag der akademischen und öffentlichen Bereiche gehört. Als Beweis dafür dienen auch die zahlreichen Verweise auf überwiegend universitäre, aber auch amtliche Leitfäden auf eine Suchanfrage über „inklusive Sprache“ und/oder „nichtdiskriminierender Sprachgebrauch“ im Internet. Und obwohl die US-amerikanischen Einflüsse bei der Übernahme und Etablierung des Diskurses nicht wegzudenken sind, entwickelte sich im deutschsprachigen Raum eine Reihe von Eigenformen, die auf die Komplexität des Phänomens hinweisen. So brachte der deutschsprachige Diskurs den Begriff des „Gutmenschen“ hervor. Allein schon dessen

Existenz deutet darauf hin, wie umstritten die Rezeption und Etablierung dieses Diskurses ist. Aber die auf den „politisch korrekten“ Diskurs bezogene Historische Korrektheit kann dem oben angeführten Diskurs nur bedingt zugeordnet werden: zwar verlangen beide unverzerrten und respektvollen Umgang und Vermeidung beladener Benennungen und Äußerungen, wählen aber dabei prinzipiell unterschiedliche linguistische Ansätze. Während im Rahmen von Historischer Korrektheit die Euphemismen durch Denotate ersetzt werden, die der wahren Semantik entsprechen, wird innerhalb des „politisch korrekten“ Diskurses oft das Gegenteil durchgesetzt. Was die beiden Phänomene aber vereint, ist das Verlangen nach endgültiger Verbannung bestimmter Lexeme aus dem allgemeinen Sprachgebrauch. Nicht zuletzt wird die Durchsetzung des Diskurses im deutschsprachigen Raum, im Unterschied zu den USA, vom Staat übernommen. Ein besonderes Merkmal fast aller Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch im deutschsprachigen Raum besteht darin, dass viele von ihnen gesetzliche Rahmen für die Bekämpfung von Diskriminierung darbieten. Diese beziehen sich sowohl auf die Menschenrechtscharta, als auch auf EU-Regelungen und entsprechende Bundesgesetze, die die Gleichstellung aller BürgerInnen sichern sollen. Dadurch werden die Stellung der Leitfäden und die Rolle des Staates diskursiv bekräftigt.

Ungeachtet all dieser Unterschiede, eigenen Entwicklungssträngen und Etablierung wird der „politisch korrekte“ Diskurs im deutschsprachigen Raum weiterhin als ein US-amerikanisches Phänomen wahrgenommen (vgl. Greil 1998: 11; Wierlemann 2002:107).

2.2.2. „Politische Korrektheit“ vs. Höflichkeit

Das Phänomen von „Politischer Korrektheit“ ließ auch Russland nicht aus: die Medien berichten seit Mitte der 1990er Jahre über das neue Sprachregime im Englischen, sowie über die im Prozess der Sprachrevision entstandenen Neologismen, die überwiegend als Grotesk empfunden wurden. Die Berichte von zurückgekehrten TeilnehmerInnen an verschiedenen Universitäts- und Regierungsaustauschprogrammen zwischen Russland und den USA trugen zur oberflächlichen Darstellung des Phänomens im Russischen bei. Die zahlreichen, überwiegend im Internet geführten Diskussionen über „Politische Korrektheit“ im Westen im Allgemeinen und in den USA im Besonderen vermitteln den Eindruck, dass Russland eine „politisch inkorrekte“ sprachliche Ausnahme in der „politisch korrekten“ Welt darstellt. Ob der Diskurs tatsächlich verweigert wird, ist aber fraglich, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die „politisch korrekten“ diskursiven Praktiken in der allgemeinen Sprachrevision eingebettet sind und dass es kaum Sprachen gibt, deren TrägerInnen nicht versuchen, sich auch mit den in der Sprache vorhandenen Euphemismen gut auszudrücken.

Der Begriff der politischen Korrektheit²⁴ und die dazugehörige sprachliche Euphemisierung waren im Russischen längst bekannt, aber eher im Kontext der Kommunistischen Partei und des marxistischen Kommunismus, im ursprünglichen Sinne des Begriffs als die Beibehaltung der korrekten Parteilinie und im ersten Sinne des Wortes. Seit der Machtergreifung durch die Kommunistische Partei wurde auch politische Korrektheit systematisch durchgesetzt, indem die Äußerungen sowohl diskursiv, als auch sprachlich kontrolliert wurden. Dabei umfassten die Kontrollmechanismen sowohl die Zensur, als auch die Haftstrafen, die im besten Fall den Verlust des Arbeitsplatzes und der Parteifunktion samt der damit verbundenen öffentlichen Missbilligung und Vernichtung der Lebensgrundlage bedeutete und im schlimmsten Fall zu einem gerichtlichen Urteil und Arbeitslager führte. Bis jetzt zirkulieren im Internet die Bilder jener Archivdokumente, die als Unterstützung für die Parteifunktionäre gemeint waren und die eine Tabelle an hoch-euphemisierten Ausdrücken enthielt, die je nach Kontext umgestellt und neu kombiniert werden konnten, um eine politisch korrekte Rede zu ermöglichen, ohne dass etwas Konkretes gesagt wurde. Aber auch in weniger extremen Fällen, in überwiegend medialem Kontext, wies die diesem historischen Abschnitt zugeordnete russische Sprache genug Euphemismen auf: z.B. anstatt „*dojarka*“ [Melkerin] wurde „*operator mašynnogo doenija*“²⁵ [Operatorin des automatisierten Melkens] oder anstatt „*traktorist*“ [Traktorfahrer] – „*mechanizator*“ [jemand, der die Maschine steuert/bedient] verwendet, um den niedrigen sozialen Status der Menschen zu verschleiern. Auf die gleiche Art und Weise wurden fast alle Bereiche des Lebens in der Sowjetunion sprachlich euphemisiert, so dass die Todesstrafe für lange Zeit zur „*vysšaja mera socyjal'noj zaščity*“ [zum Höchstmaß des sozialen Schutzes] wurde. Die harten Sanktionen und Strafen wirkten widersprüchlich: einerseits wurde der öffentliche Diskurs vollständig politisch korrekt, indem alle Beteiligten zur Selbstzensur griffen, andererseits stießen die Sanktionen auf harten Widerstand, der sich in zahlreichen Witzen, auch mit politisch korrekten Wortspielen, und in einer alternativen Kultur und Literatur bemerkbar machte.

Die Anstrengungen, die Realität im Sinne der politischen Korrektheit der Kommunistischen Partei zu verschleiern, können mit 1987, dem Jahr der programmatischen Ankündigung von „*Glasnost*“ als die neue Politik der Kommunistischen Partei, die der Aufdeckung der früher verschwiegenen, sowohl historischen, als auch sozialen Fakten dienen sollte, als beendet betrachtet werden. Dies änderte sowohl diskursive, als auch sprachliche Rahmen und Normen, da die früher unausgesprochenen Dinge öffentlich benannt und sogar kritisiert werden konnten. Der Prozess der Demystifizierung der jüngsten Sowjetgeschichte wurde aber in der zerfallenden Sowjetunion von politischen und sozialen Umbrüchen

²⁴ „Politische Korrektheit“ im ursprünglichen Sinn der Kommunistischen Partei wird ohne Anführungszeichen im Text dargestellt, um den Unterschied zwischen den beiden Phänomenen zu verdeutlichen.

²⁵ Diese und daraus folgende Beispiele der „politisch korrekten“ Ausdrücke im Russischen stammen aus Ivanova (2002).

begleitet. Die letzteren führten dazu, dass die neue Realität, die nicht mehr ins politische Bild Russlands passte, ihm sogar widersprach, genau wie sie mit den noch immer geltenden gesellschaftlichen Werten nicht übereinstimmte. Um die Widersprüche zu verschleiern, wurden neue Euphemismen produziert, z.B. „*smeščenie srokov vyplaty zarplaty*“ [Verschiebung von Gehaltsauszahlungsfristen] statt „*zaderžka zarplaty*“ [Suspendierung der Gehaltsauszahlung], was auch bedeutete, dass Gehälter monate-, manchmal sogar jahrelang nicht ausgezahlt wurden; „*bomž*“, Abkürzung von „*lico bez opredelennogo mesta žitel'stva*“²⁶ [eine Person ohne einen bestimmten Wohnsitz] für Obdachlose, ein neues Phänomen im Russland der 1990er Jahre, da in der Sowjetunion niemand auf der Straße schlafen durfte; oder „*lico kavkazskoj nacyonal'nosti*“ [eine Person kaukasischer Abstammung], was überwiegend männliche Zugehörige zur tschetschenischen oder einer anderen kaukasischen Ethnie bedeutete, ohne sie zu nennen, da die wahre, im Text gemeinte ethnische Zugehörigkeit immer durch die aktuelle politische Spannung im Land bestimmt wurde. Die neuen Euphemismen hatten zwei deutliche Charakteristiken: sie wurden medial kreiert und verbreitet und sie hatten eine klare Funktion, die Fakten so zu nennen, dass sie keine zusätzlichen politischen und sozialen Spannungen auslösten. Als Beweis dafür dient auch das Wort „*rossijanin*“ als „korrektes“ Denotat der Staatszugehörigkeit bzw. Bürgerschaft Russlands (vgl. RAN 2004:707). Das archaische Wort wurde als solches durch B. Jelzin wiederbelebt, das alle Ethnien Russlands inkludiert, ohne sie direkt zu nennen, zu favorisieren oder auszuschließen.

Genau zu diesem Zeitpunkt, der als angespanntes Dreieck zwischen dem Gedächtnis über die eigene Politische Korrektheit, „*Glasnost*“ als die Möglichkeit, das früher Unterdrückte entsprechend zu benennen, und den neuen Euphemismen, die sich auf die neue hässliche Realität bezogen, angesehen werden kann, erschienen die ersten Berichte über das US-amerikanische Phänomen als eine Form der gesellschaftlichen Regeln und Zensur des Sprachgebrauchs. Während die ideologischen Hintergründe des US-amerikanischen Diskurses oft nicht berücksichtigt wurden und der mediale Ton der Berichte ziemlich ähnlich jenem der englischsprachigen oder deutschsprachigen Medien war, konnte der als restriktiv empfundene Diskurs nur verweigert werden. Dies bedeutete aber nicht, dass die dem Diskurs zugeordneten Neologismen bzw. die Wortschöpfungen als Bestandteil des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs aus dem Englischen nicht ins Russische übernommen werden. Der Prozess der Übernahme der fremden Termini aus dem Englischen ist komplex und kann kaum einem einzelnen Faktor zugeordnet werden.

Die russische Sprache entwickelte sich in der jüngsten Zeiten sehr rasch und intensiv weiter und unterlag immer mehr Einflüssen des Englischen (vgl. Šljachtina 2009). Der Nachholbedarf verlief zumeist über das Übersetzen, als viele Termini einfach transliteriert

²⁶ Dieses Kunstwort wurde in den 1990er Jahren kreiert. Inzwischen ist es dermaßen pejorativ geworden, dass es fast nie im öffentlichen Diskurs verwendet wird.

oder lehnübersetzt wurden, da das Russische über keine äquivalenten Lexeme und Begriffe verfügte. Eine große Rolle spielten dabei auch die internationalen Organisationen, Agenturen, Entwicklungsprogramme und wissenschaftlichen und kulturellen Fonds, die ab Anfang der 1990er Jahre ihre Büros in Russland errichteten und deren Arbeitssprache überwiegend Englisch war (und bleibt) und deren Sprachgebrauch die Forderungen der Nichtdiskriminierung berücksichtigte. So wurde auch der russische Bestand an „neuen“ neutralen und neutralisierten Lexemen durch die Schöpfungen der ÜbersetzerInnen erweitert: z.B. „*sozial'no nepriviligirovannye sloi naselenija*“ [sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen] ist eine offensichtliche Lehnübersetzung aus dem Englischen „*underprivileged groups*“, sowie „*afroamerikanets*“ [Afroamerikaner] für „*Afro-American*“.

Obwohl im Russischen in den letzten Jahren die Tendenz besteht, den eigenen „politisch korrekten“ Sprachbestand immer mehr zu erweitern (vgl. *ibid.*), wird nicht alles und immer ins Russische übernommen. Die Gründe dafür sind sowohl kulturelle, als auch linguistische. Zunächst wird die russische Kultur sowohl von den russischen, als auch von den westlichen WissenschaftlerInnen als kollektivistisch eingestuft²⁷. Davon ausgehend orientiert sie sich am Kollektiv bzw. an der Mehrheit, was mit dem aus der individualistischen Kultur stammenden Diskurs, der die Interessen der sozial marginalisierten Minderheiten thematisiert, nur schwer vereinbar ist (vgl. Šljachtina 2009). Der kollektivistischen Weltanschauung entsprechend richten sich auch die sprachlichen Konventionen im Russischen aus, die sich durch einen hohen Grad an Direktheit und Explizität wesentlich vom Englischen unterscheiden und am besten durch die Höflichkeitsformeln bei Imperativen sichtbar werden. Die Forderung nach Vermeidung des direkten Imperativs, die im Englischen als kulturspezifische Norm grammatikalisch institutionalisiert ist, wirkt für die russischen MuttersprachlerInnen zumindest künstlich (vgl. Wierzbicka 2014:90). Da die ideologischen Komponenten des Diskurses samt seiner Kontroversen bei seiner Ankunft im russischsprachigen Raum ignoriert wurden, wurde er auf den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch reduziert und letzterer der Höflichkeit gleichgestellt (vgl. Gerasimenko 2011:53; Ivanova 2015; Šljachtina 2009). Aus dieser Sicht wird der Diskurs als übertriebene, dem englischsprachigen Raum inhärente Höflichkeit abgelehnt²⁸.

Somit können im Russischen zwei Parallelprozesse der Erweiterung des „neutralen“ Sprachbestands durch Euphemisierung identifiziert werden: der inhärente Prozess der Euphemisierung, der oft politisch und sozial bedingt ist und dessen Neuschöpfungen die „neutralen“ Lexeme fürs gegenwärtige Russische und die aktuellen politischen und sozialen Verhältnisse im Land darstellen, und der Prozess der Entlehnung aus dem Englischen, oft

²⁷ Gemäß dem Individualismus-Indexwert von G. Hofstede liegt dieser Wert für Russland bei 39 Punkten, was einen ziemlich niedrigen Grad an Individualismus im Vergleich zu jenem in den USA mit 91 Punkten oder in Deutschland mit 67 Punkten darstellt (vgl. Hofstede 2005:78).

²⁸ Dies ist durch die Analyse eines Blogs über „Politische Korrektheit“ in Russland bestätigt (vgl. Martin 2013).

durch die Übersetzung, indem die dem englischen nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch angehörenden Lexeme selektiv übernommen werden. Während die russischen Medien und das Internet noch immer das Phänomen von „Politischer Korrektheit“ sarkastisch beschreiben und ablehnen, stellen die russischen Linguisten fest: „Politische Korrektheit“ existiert im Russischen und wird meistens über die Medien verbreitet (vgl. Ivanova 2015; Šljachtina 2009). Im Vergleich zum ursprünglichen englischsprachigen Phänomen weist die russische Variante aber wesentliche Unterschiede auf.

Der „politisch korrekte“ Diskurs etablierte sich nie im russischsprachigen akademischen Diskurs. Das Phänomen wurde zwar durch die Kulturologen (Ostrouch 1998), Soziologen (Gumanova 1999) oder Linguisten (Šljachtina 2009) aufgegriffen, aber ebenfalls aus einer rein deskriptiven Sicht. Der russische akademische Diskurs verfügt über keine Leitfäden für irgendeinen Sprachgebrauch und orientiert sich an den eigenen diskursiven Normen und allgemeinsprachlichen Konventionen.

Auf ähnliche Art und Weise funktioniert auch der mediale Diskurs in Russland, der zwar „politisch korrekte“ Neologismen produziert (z.B. „*prostye ljudi*“ [die einfachen Menschen] anstatt „*bednye*“ [die Armen] oder „*pojti na nepopuljarnye mery*“ [unpopuläre Maßnahmen ergreifen] statt „*sokratit' raschody na socyal'nye nuždy*“ [die Ausgaben für soziale Bedürfnisse reduzieren]), aber seine Existenz und Etablierung im Russischen verweigert. Es gibt daher auch keine ausdrücklichen Leitfäden zum „korrekten“ Sprachgebrauch für die Medien²⁹. Dementsprechend wird auch der Verstoß gegen „Politische Korrektheit“ im medialen Kontext keine Sanktionen nachsichziehen:

Наше отличие от Запада в том, что мы гораздо свободнее в выборе слов, нам никто не может запретить называть вещи своими именами, кроме того, наши СМИ не находятся под таким жестким контролем общественного мнения, как в США. У нас нет специальных инструкций для дикторов, предписывающих использование тех, а не иных слов и выражений (хотя об этом иногда приходится жалеть), в то время как практически во всех крупных западных информационных агентствах специальные руководства такого рода обязывают сотрудников теле- и радиостанций избегать использования определенных слов и выражений, которые могут вызвать чье-либо недовольство. Будем надеяться, что нам удастся избежать появления абсурдных политкорректных слов и выражений, которые могут нарушить красоту, искренность и благозвучие русского языка. (Ivanova 2015)

[Unser Unterschied zum Westen besteht darin, dass wir viel freier in unserer Wortwahl sind. Niemand kann uns verbieten, die Dinge bei ihrem eigenen Namen zu nennen. Außerdem befinden sich unsere Medien unter keiner solchen strengen Kontrolle der öffentlichen Meinung, wie in den USA. Wir haben keine Sonderleitfäden für Nachrichtensprecher, die die Verwendung einiger bestimmter, und nicht anderer Wörter und Redewendungen vorschreiben (obwohl man es manchmal bereuen muss). Dagegen sind Fernseh- und Rundfunkangestellte fast aller großen westlichen Nachrichtendienste aufgrund solcher Sonderleitfäden verpflichtet, jene Wörter und Redewendungen zu vermeiden, die eine Unzufriedenheit von irgendjemand auslösen können. Hoffen wir, dass wir es schaffen, die Entstehung

²⁹ Die russischen Medien werden durch einen anderen, staatspolitischen diskursiven Rahmen begrenzt.

von absurden politisch korrekten Wörtern und Redewendungen, die die Schönheit, Aufrichtigkeit und den Wohlklang der russischen Sprache zerstören können, zu vermeiden.] (Übersetzung durch die Verfasserin)

Diese Sichtweise wird auch zum Teil von den Englisch-Russischen ÜbersetzerInnen unterstützt, die es aufgrund der nichtvorhandenen Konzepte von „Politischer Korrektheit“ im Russischen problematisch finden, „politisch korrekte“ Texte im Russischen adäquat wiederzugeben und umgekehrt, „politisch inkorrekte“ russische Texte, deren AutorInnen sich den Aufforderungen „Politischer Korrektheit“ unbewusst sind, angemessen ins Englische zu übersetzen (vgl. Pshenitsyn 2011). Besonders problematisch tritt dabei die Vermeidung von Sexismus in der russischen Sprache hervor.

Aus der Sicht der russischen ÜbersetzerInnen (Pshenitsyn 2011) bestehen die Hauptschwierigkeiten darin, dass die linguistischen Änderungen, die im Englischen im Rahmen des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs vorgenommen werden, wie z.B. die Vermeidung des generischen Maskulinums oder geschlechtsneutrale Substantive, auf die gegenteiligen linguistischen Konventionen im Russischen stoßen, nicht zuletzt aufgrund der ausgebildeten morphologischen Struktur der Sprache. So kann „*flight attendant*“³⁰ ins Russische nur ausgehend aus dem tatsächlichen Geschlecht der betroffenen Person übersetzt werden – „*bortprovodnik*“ (masc.) oder „*bortprovodnica*“ (fem.), während „*chairperson*“ im Russischen nur ein Maskulinum sein kann – „*predsedatel*“, da das durch die Affixierung „-*nica*“ gebildete Femininum für dieses Wort pejorative Konnotationen hervorruft. Dies gilt, mit sehr wenigen Ausnahmen, für fast alle Berufsbezeichnungen im Russischen und schließt auch andere Fälle mit ein, wenn nur das generische Maskulinum die einzige linguistisch und kulturell akzeptierte Norm ist (z.B. „*čelovek*“ [Mensch] für „*person*“). Selbst die im Englischen angebotene Substituierung durch die Verwendung des Plurals ist im Russischen kaum möglich, da sowohl maskuline, als auch feminine Lexempaare eigene Pluralformen haben. Die russischen Texte, die aufgrund der starren, oft stilistisch beladenen morphologischen Gegebenheiten unveränderbar sind, können daher nur diskursiv den Forderungen von „Politischer Korrektheit“ entsprechen: auf der Ebene der Idee und der Darstellung.

Andererseits stellen die russischen ÜbersetzerInnen fest, dass bestimmte „politisch korrekte“ Lexeme in solchen thematischen Bereichen des Diskurses, wie ethnische Zugehörigkeit, Behinderung, oder sexuelle Orientierung, oft anhand von Lehnübersetzungen ins Russische übernommen werden (vgl. *ibid.*). Die Übernahme verläuft dabei jedoch nicht reibungslos. Die vorherigen Lexeme werden durch die Neologismen aus dem Sprachgebrauch verdrängt, ohne dass die „alten“ Wörter dabei so negativ konnotiert werden, dass sie vermieden werden müssen. Dies ist aufgrund des fehlenden diskursiven Bewusstseins jedoch problematisch und führt zu Verwirrungen und Unklarheiten. So wird

³⁰ Diese und daraus folgende Beispiele stammen aus Pshenitsyn (2011).

„*deti s ograničennymi vozmožnostjami (zdorovja)*“ [Kinder mit beschränkten (gesundheitlichen) Möglichkeiten] als Umschreibung für „*children with disabilities*“ oft als umständlich und verwirrend empfunden, da der Teil in den Klammern während der mündlichen Kommunikation oft ausfällt und die ganze Redewendung dadurch unklar macht. Auch die Benennung von Roma wird im Russischen mit einer extra Erklärung durch die gewöhnlichen Lexeme in Klammer begleitet. Andere Lexeme können sich aber im Russischen ziemlich widerspruchsfrei etablieren, wie z.B. „*gej*“ [Schwul] oder „*inkluzivnyj*“ [inklusiv] (vgl. *ibid*). Jedoch garantiert der teilweise übernommene nichtdiskriminierende Sprachgebrauch keinen „politisch korrekten“ diskursiven Rahmen eines Textes per se. So werden laut den in Russland durchgeführten Studien Menschen mit Behinderung in den russischen Medien überwiegend diskriminierend dargestellt (vgl. Markina 2013:191).

Dennoch und zum Trotz aller kulturellen und linguistischen Unstimmigkeiten, der öffentlichen Ablehnung des „politisch korrekten“ Diskurses und unklarer Vorstellungen über das Phänomen, das mehr als sprachliche Höflichkeit statt eine ideologische Konstruktion mit sprachlicher Offenbarung empfunden wird, setzt sich der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch im Russischen langsam durch. Die kritisch-analytischen Reflexionen der russischen Philosophen und Kulturologen kommen zum Ergebnis, dass das westliche Phänomen verglichen mit dem vorherigen sowjetischen oder dem gegenwärtigen russischen politischen System gar nicht so fremdartig ist. In einem so traditionell multikulturellen Land wie Russland, das auch durch steigende interne, aber auch externe und überwiegend aus Zentralasien stammende Migration gekennzeichnet ist, scheint vielen „Politische Korrektheit“ als einziges mögliches Modell, das eine gesellschaftliche Toleranz gewährleisten kann (vgl. Galetskij 2006; Frumkin 2002).

2.3. Schlussfolgerung zum Kapitel 2.

Die Entstehung des „politisch korrekten“ Diskurses lässt sich sowohl zeitlich, als auch räumlich gut zuordnen: er trat Ende der 1980er Jahre am US-amerikanischen Campus im Rahmen der Studentenprotestbewegung auf, die mit der betriebenen Identitätspolitik in den historisch multikulturellen USA in direkter Verbindung stand. Das ursprünglich diskursive Programm umfasste die Revidierung der Lehrpläne und die Befreiung des Englischen von voreingenommenen sprachlichen Formen. Aufgrund des politischen Bezugs der Benennung des Diskurses wurde er auch den Linken zugeordnet und als politisch eingeschätzt. Die politische Dimension des Diskurses ging aber weit über die reine Benennung hinaus, indem in seinem Rahmen politische und soziale Umstellungen verlangt wurden.

Der „politisch korrekte“ Diskurs weist eine komplexe diskursive Einbettung auf, indem er die überwiegend sprachbezogenen Teile anderer ähnlicher Diskurse übernimmt, an

seine Ziele anpasst und dadurch erneut den Begriff „Unterdrückung“ thematisiert. Dabei bleibt der Bestand des Gegenstandes des „politisch korrekten“ Diskurses potenziell einer Erweiterung offen. Im Unterschied zu anderen Diskursen besitzt der „politisch korrekte“ Diskurs jedoch weder eine einheitliche Ideologie, noch einen ideologischen Leader, was sein Auffinden nicht definieren lässt. Nicht zuletzt dank der medial ausgedehnten öffentlichen Diskussion ging der Diskurs einerseits weit über den rein universitären Rahmen hinaus, andererseits wird er auch oft auf seine sprachbezogenen Forderungen bzw. seinen revidierten Sprachgebrauch reduziert.

Der revidierte Sprachgebrauch bzw. eine neutrale oder neutralisierte Sprache im Rahmen des „politisch korrekten“ Diskurses offenbarte selbst die sozialpolitischen Spannungen in den USA. Um zu einer „praktischen Übereinkunft“ auf dem angespannten Sprachmarkt zu kommen, wurde im Rahmen des „politisch korrekten“ Diskurses die Euphemisierung aufgegriffen, anhand deren diffamierende Benennungen durch neutrale, künstlich geschaffene Lexeme ersetzt werden sollten. Die letzteren wurden sowohl im universitären Rahmen bzw. im US-amerikanischen Bildungssystem, als auch seitens der Verlagshäuser in der Form von Empfehlungen zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch bzw. zum Reduzieren der Voreingenommenheit in der Sprache institutionalisiert. Eine markante Stellung nimmt dabei der *APA Style* als Grundlage für den Standard des wissenschaftlichen Schreibens in den USA ein. Dadurch gewährleistet der Diskurs sein Kontrollmittel sowohl über den Sprachhabitus der einzelnen Sprecher, als auch über den Sprachmarkt. Dabei spielte das Bildungssystem eine führende Rolle, obwohl es sich damit in Opposition zum „mainstream“ Diskurs setzte.

In seiner gegenwärtigen Form befasst sich der „politisch korrekte“ Diskurs mit weitgehenden Anstrengungen um Nichtdiskriminierung bzw. Respekt. Jedoch wird der vor allem auf Distinktionen gebildete Diskurs noch immer als sehr kontrovers, polarisierend und inkonsequent empfunden, nicht zuletzt aufgrund seines umstrittenen Programms. Letzteres bezieht sich vor allem auf die Entstehung neuer sozialer Identitäten und sozialer Dispositionen, indem die vorher sozial marginalisierten Klassen eine neue soziale Disposition bzw. die Abschaffung der bestehenden sozialen Hierarchie verlangen, d.h. es geht um neue Machtdispositionen. Daher kann der „politisch korrekte“ Diskurs als Machtkampf angesehen werden, in dem die Sprache nur ein Teil des Kampffeldes ist und auf die Frage hinausläuft, wer die sprachlichen Regeln um- bzw. vorschreiben darf. Außerdem beschäftigt sich der „politisch korrekte“ Diskurs mit der ewigen Disposition von „wahr“ und „falsch“, indem die existierenden Vorstellungen der Weltordnung mit der neuen, „korrekten“ Ordnung der Dinge zu ersetzen sind. Es handelt sich nicht um die Sprache per se, sondern um Änderungen der Denkstrukturen und Verhaltensmuster, die sich auch durch die Sprache manifestieren lassen. In diesem Sinne ist der „politisch korrekte“ Diskurs genauso radikal, wie das kopernikanische Weltbild in Beziehung zum ptolemäischen Modell der Weltordnung. Das bedeutet auch, dass

es in diesem Diskurs um die Revidierung der Werte und die Bewertung der Handlungen geht und somit um neue ethische Normen.

Der „politisch korrekte“ Diskurs verschaffte sich jedoch weitgehende Geltung im englischsprachigen Raum, sowie in anderen kulturellen Kreisen. Die Wurzeln seiner Etablierung im deutschsprachigen Raum liegen sowohl in den starken US-amerikanischen Einflüssen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als auch eben in der mit der Nachkriegszeit verbundenen Suche nach einer neuen Identität. Während die diskursive Anfangsphase im deutschsprachigen Raum ziemlich ähnlich jener in den USA verlief und alle konzeptuellen Punkte des Diskurses mit den erforderlichen linguistischen Anpassungen ins Deutsche übernommen wurden, produzierte die deutsche Variante von „Politischer Korrektheit“ eigene einzigartige Erscheinungen: „Gutmensch“ und „Historische Korrektheit“. Dabei kann die Entstehung des Terminus „Gutmensch“ selbst als ein Indiz der undifferenzierten, oberflächlichen Wahrnehmung des US-amerikanischen Phänomens betrachtet werden, wenn nur der sprachlich sichtbare Teil des Diskurses ohne seine ganze Komplexität befolgt wird. Historische Korrektheit zielt aber viel tiefer und bezieht sowohl sprachliche, als auch diskursive Strukturen bei der Darstellung der historischen Fakten ein. Gleichzeitig und die mithilfe des „politisch korrekten“ Diskurses entstandene Historische Korrektheit verwendet einen sprachlichen Mechanismus, der dem „politisch korrekten“ Sprachmechanismen prinzipiell widerspricht: im Rahmen der Historischen Korrektheit müssen die verschleierte Lexeme de euphemisiert werden und ihre wahre Bedeutung offenbaren. Ein zusätzliches einzigartiges Merkmal der deutschsprachigen Variante von „Politischer Korrektheit“ besteht auch darin, dass im Gegensatz zu den USA, wo der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch durch den Habitus-Sprachmarkt reguliert wird, im deutschsprachigen Raum solcher Sprachgebrauch politisiert und mithilfe der Einbeziehung der relevanten nationalen Gesetzgebung und von EU-Verordnungen, Richtlinien und Empfehlungen durch die entsprechenden Leitfäden amtlich reguliert wird.

Im Gegensatz zum deutschsprachigen Raum wurde der „politisch korrekte“ Diskurs in Russland differenziert wahrgenommen. Zwar wurde über den Diskurs in den Medien, sowie auch im privaten und akademischen Rahmen berichtet, jedoch konnte er sich nie als solches etablieren. Dies ist sowohl durch die historischen, als auch durch die kulturellen und linguistischen Gegebenheiten bedingt. Allein die Benennung des Diskurses ruft bei den SprecherInnen des Russischen die ganze Menge historisch-politischer Assoziationen hervor und stellt einen guten Grund dar, den Diskurs zu verweigern. Aufgrund der erlebten politischen Beschränkungen der Redefreiheit in der UdSSR wurden die Präskribierungen des „politisch korrekten“ Diskurses gegenüber dem gegenwärtigen Glauben an die Meinungs- und Äußerungsfreiheit in Russland als sehr widersprüchlich empfunden. Zu den anderen Argumenten für die Verweigerung des Diskurses gehören der dem russischen Kollektivismus gegenübergestellte englischsprachige Individualismus und damit der „politisch korrekte“

Diskurs als seine Verkörperung und die linguistischen Strukturen der russischen Sprache, die die Umsetzung der sprachlichen Forderungen von „Politischer Korrektheit“ nicht durchführen lassen. Dabei wird oft übersehen, dass die russische Sprache über einen eigenen Bestand an Euphemismen verfügt, die den neuen politischen Zeiten angehören und die die neuen sozialen Phänomene zu verschleiern versuchen. Überwiegend unbemerkt bleibt auch die Tatsache, dass der Bestand der eigenen neuen Euphemismen ständig durch Lehnübersetzungen aus dem englischen „politisch korrekten“ Vokabular erweitert wird. Der teilweise unreflektierte Umgang mit dem „politisch korrekten“ Diskurs zeigt sich auch darin, dass er nur auf seine sprachlichen Forderungen reduziert und als sprachliche Höflichkeit gegenüber den sozial marginalisierten Gruppen verstanden wird. Aufgrund der Multiethnizität Russlands zeigt sich jedoch eine deutliche Tendenz, dass das Bewusstsein für einen „neutralen“ Sprachgebrauch ständig steigt.

3. Kapitel. TEXT: DIE VEREINTEN NATIONEN UND DER NICHTDISKRIMINIERENDE SPRACHGEBRAUCH

Um einen gewünschten Sprachgebrauch am Sprachmarkt durchzusetzen, wird ein legitimer bzw. autorisierter Sprecher in Form einer Institution gebraucht, deren sozialpolitische Position sie dazu bevollmächtigt. Im Kontext des „politisch korrekten“ Diskurses, in dessen Rahmen soziale, politische und ethnische Unterdrückung bekämpft wird, spielt die UNO eine führende Rolle. Obwohl die Organisation selbst ihren Sprachgebrauch niemals „Politischer Korrektheit“ zugeordnet hat, sind die von der UNO veröffentlichten Texte äußerst „korrekt“.

In diesem Kapitel werden die möglichen Zusammenhänge zwischen dem US-amerikanischen „politisch korrekten“ Diskurs und den Vereinten Nationen untersucht und die Hauptprinzipien des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs der UNO im Englischen als die UNO-Pivot-Sprache verifiziert. In weiterer Folge wird auch untersucht, wie diese Prinzipien bei den Übersetzungen ins Deutsche und ins Russische eingehalten oder missachtet werden, um den Grad der Etablierung bzw. Differenzierung der Konventionen des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs und somit auch des Diskurses in diesen Sprachen festzustellen. Dies wird anhand der kontrastiven Analyse von drei Paralleltexten im Englischen, Deutschen und Russischen und weiteren themenverwandten Texten im Deutschen und Russischen nach dem Modell Chestermans durchgeführt. Der Fokus der Analyse richtet sich vor allem auf die Benennungen innerhalb bestimmter thematischer Kategorien der sprachlichen Diskriminierung, die von der UNO als akzeptierte Termini eingestuft werden.

3.1. „Politische Korrektheit“ und die Vereinten Nationen

3.1.1. Englisch als lingua franca bei der UNO

Dank der medialen Debatte verließ der „politisch korrekte“ Diskurs den reinen universitären Rahmen und die geographischen Grenzen der USA und wurde von den Medien, staatlichen, nicht-staatlichen und internationalen Institutionen aufgegriffen bzw. wurde der Fokus auf Multikulturalismus, Diversität und Gleichstellung gerichtet und somit die Notwendigkeit des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs erneut betont. Eine bedeutende Stellung nimmt dabei die UNO als internationale Organisation ein, deren Mandat inter alia die Förderung der Menschenrechte, die Gleichstellung von Männern und Frauen und den Schutz der Minderheiten umfasst (vgl. UN 2016a) und deren externe und interne Kommunikation

weitgehend auf Englisch verläuft. Da Englisch aber nur eine der sechs offiziellen und Arbeitssprachen der UNO darstellt, stellt sich die Frage, wie es dazu gekommen ist, dass genau diese Sprache in der internationalen Organisation dominiert.

Die sechs offiziellen und Arbeitssprachen (Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch), sowie das Aufrechterhalten von Multilingualismus, kultureller Vielfalt und Toleranz sind in der Charta der Vereinten Nationen und den Verfahrensregeln der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) als einige der Hauptorgane der UNO determiniert³¹ und bilden den Rahmen der UNO-Sprachpolitik, indem alle offiziellen und Arbeitssprachen gleichgestellt sind. In der Praxis ist aber die multilinguale Situation in der Organisation viel komplexer: die einzelnen UNO-Teilorganisationen dürfen eigene offizielle und Arbeitssprachen bestimmen. Und eine derartige Sprachauswahl ist oft mit dem geographischen Sitz des jeweiligen Hauptquartiers verbunden und trägt sowohl zur Wahl der offiziellen und Arbeitssprachen, als auch zur Bestimmung der Sprache für inoffizielle und interne Kommunikation bei. So hat z.B. UNHCR auf seiner Webseite drei offizielle UNO-Sprachen angeführt, aber die Kommunikation in der Organisation, sowohl die mündliche, als auch die schriftliche, ist meistens bilingual (Französisch und Englisch) im Hauptquartier in Genf und überwiegend monolingual (Englisch) in den Gastländern³². Der Internationale Währungsfonds (IWF) mit seinem Hauptquartier in Washington arbeitet trotz der Aufrechterhaltung der Politik der sechs offiziellen Sprachen ausschließlich auf Englisch. Diese Sprachsituation innerhalb der UNO ist auch deswegen interessant, weil die Stellung der Sprache, die hauptsächlich für externe und interne Kommunikation verwendet wird, früher dem Französischen als die Sprache der Diplomatie gehörte.

Es ist schwer festzustellen, wann Englisch und Französisch ihre Stellung als *lingua franca* und die Sprache der Diplomatie tauschten. Seit der Gründung der UNO 1945 als Nachfolger des Völkerbunds wurden beide Sprachen bereits für internationale Verhandlungen als etablierte Praxis verwendet.³³ Die nachfolgenden Entscheidungen der Organisation, die offiziellen und/oder Arbeitssprachen zu erweitern (Chinesisch, Russisch und Spanisch 1946, Arabisch 1973 (vgl. UN 2016b)), waren weitgehend politisch motiviert:

We should remember that the term “United Nations” was a term coined by Roosevelt to describe the Allies in World War II, even before it became the name of the United Nations Organization. It is

³¹ General Assembly: Rules of Procedure, Section 8, Rules 51-57; Security Council: Provisional Rules of Procedure, Chapter 8, Rules 41-47; Economic and Social Council: Rules of Procedure, Section 7, Rules 32-35 (UN 2016b).

³² Die Sprachen der Gastländer werden hier nicht in Betracht gezogen. In jedem Gastland verläuft die Kommunikation üblicherweise überwiegend auf Englisch und der Sprache des Gastlandes.

³³ Dies bezieht sich auch unverzüglich auf die Gründung des Völkerbundes und den Versailler Vertrag 1919, der in beiden Sprachen verhandelt wurde, da der britische Premierminister David Lloyd George und der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson entweder nicht genug Französischkenntnisse hatten oder sich zumindest entschieden, nicht Französisch zu sprechen (vgl. Tonkin 2011:3).

accordingly no surprise that German, a highly influential language in Europe, and Japanese were not chosen as UN languages. (Tonkin 2011:4)

Die Lage änderte sich 1980 mit der Errichtung des Büros der Vereinten Nationen in Wien (UNOV) als dritter Amtssitz nach New York und Genf³⁴. Dabei übernahmen die deutschsprachigen Mitgliedstaaten die Kosten für die Übersetzungen ins Deutsche, aber eher in begrenztem Maße. Alle Vorschläge, die Disposition der offiziellen und Arbeitssprachen der UNO zu ändern, wurden abgelehnt, sowohl aus politischen Gründen (der Status der offiziellen UNO-Sprache ist ein symbolisches Kapital und mittelbar mit den internationalen Machtverhältnissen verbunden³⁵), als auch aus finanziellen (vgl. *ibid.*). Die Sprachen im UNO-Sekretariat in New York sind seit der Gründung unveränderbar Französisch und Englisch, obwohl interne und externe Dokumente überwiegend auf Englisch als Ausgangssprache erstellt³⁶ und anschließend in die anderen offiziellen und Arbeitssprachen übersetzt werden³⁷.

Aber auch diese Sprachkonstellation ist, selbst im UNO-Hauptquartier in New York, sehr fragil. Alle Politik hinsichtlich der offiziellen und Arbeitssprachen während der offiziellen Sitzungen und Verhandlungen wird hintangestellt, wenn es zu inoffiziellen Besprechungen im Rahmen der Generalversammlungen, und nicht nur bei diesen, kommt:

In New York, at least two factors push these exchanges in the direction of English: the fact that English is the local language and the fact that members of the secretariat tend to have a high level of English competence and diplomats posted in New York are chosen at least in part because they have a command of English. This informal dominance of English extends not only to totally informal settings, over which the formal procedures of the United Nations have no control, but also to numbers of meetings in which English is used because of the absence of language services: the UN budget is under such strain and available language service personnel are stretched so thin that many meetings must dispense with interpreters. Thus, away from the major activities of the General Assembly, the Security Council and the rest, informal language use follows different patterns from those applied centrally. (*ibid.*:7).

Dies verursacht zwar Unzufriedenheit unter den Mitgliedstaaten und sorgt sogar für Beschwerden, wird sich aber aufgrund der finanziellen Beschränkungen kaum ändern. Englisch als *lingua franca* wird nach wie vor bevorzugt, auch im Hinblick auf die Beschleunigung von Verhandlungen.

³⁴ Der vierte Amtssitz der UNO ist Nairobi, errichtet 1996.

³⁵ Dies ist auch durch die Tatsache bestätigt, dass Russisch als eine der UNO-Sprachen und ehemalige Sprache der internationalen Kommunikation im Sowjetlager nach dem Zerfall der Sowjetunion an Status und internationaler Verbreitung verlor. Der Gebrauch des Russischen begrenzt sich jetzt überwiegend auf Russland, Kasachstan, die Ukraine und Weißrussland und ist sehr stark vom demographischen Altersfaktor abhängig (vgl. Tonken&Reagan 2006:3).

³⁶ Über 90% aller Dokumente werden auf Englisch als Ausgangssprache verfasst. (vgl. UN 2016e).

³⁷ Es muss erwähnt werden, dass nicht alle Dokumente in alle offiziellen und Arbeitssprachen übersetzt werden. Die Übersetzungen werden oft als Original vermerkt. Viele Berichte, besonders umfangreiche, sind nur auf Englisch vorhanden.

Die Sprachwahl für die informelle und interne Kommunikation innerhalb der UNO ist auch durch die MitarbeiterInnen der Organisation bestimmt. Statistisch betrachtet sind mit Stichtag 30.06.2015 von den 41.081 MitarbeiterInnen im UNO-Sekretariat 2.636 oder 6,42% US-amerikanische Bürger (vgl. UN 2015:71), was die überwiegende Mehrheit im Vergleich zu den MitarbeiterInnen mit anderer Staatszugehörigkeit aus 189 Ländern darstellt³⁸, deren Zahl, mit seltenen Ausnahmen, weit unter 1% liegt. Aus dieser Zahl von MitarbeiterInnen mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft sind 1.262 oder fast 48% in der Organisation in einer leitenden Position, oft auf dem Niveau von VertreterInnen und AssistentInnen des Generalsekretärs oder LeiterInnen der Abteilungen (D2, D1, welche die höchsten Beamten-Dienststränge innerhalb der UNO darstellen). Die Gruppe der englischen MuttersprachlerInnen innerhalb der UNO kann noch erweitert werden, indem auch britische (907 oder 2,21%) und kanadische StaatsbürgerInnen (660 oder 1,61%) einbezogen werden und damit im Vergleich zu den anderen bei der UNO vertretenen Sprachen bei Weitem die Sprachmehrheit (10,24%) einnimmt.³⁹

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden darf, ist die Tatsache, dass unter den 193 Mitgliedstaaten die USA mit USD 654.778.938 oder 22% des gesamten UNO-Budgets (mit wenigen Ausnahmen liegen die finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten meistens unter 1%) der größte Geldgeber ist (vgl. UN 2014). Die USA ist auch unter den 25 Ländern, die an einem *Associate Expert/JPO Programme* teilnehmen, indem die Regierungen die Stellen sowohl im UNO-Sekretariat, als auch in ausgewählten UNO-Teilorganisationen für junge ExpertInnen aus dem eigenen Land finanzieren und dadurch den Eintritt ihrer eigenen BürgerInnen in die Organisation erleichtern. Diese Stellen werden proportional zur Finanzierung erstellt und auf nationaler Ebene besetzt. Die tatsächliche Zahl an MitarbeiterInnen im UNO-Sekretariat mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft kann daher deutlich höher sein, als in den statistischen Daten angeführt, da sie unter anderen Vertragstypen geführt werden. Dies gilt auch für alle anderen MitarbeiterInnen, die unter anderen Vertragstypen Vorort eingestellt werden.

All diese Faktoren samt dem Status des Englischen als globale lingua franca tragen zum symbolischen Kapital der Sprache innerhalb der UNO bei und machen sie gegenüber den anderen offiziellen und Arbeitssprachen der Vereinten Nationen zum Schwergewicht.

³⁸ Die statistischen Daten der UNO liefern Informationen über die MitarbeiterInnen aufgrund ihrer Staatszugehörigkeit basierend auf den bei der Bewerbung gemachten Angaben. Die letzteren sind aber nicht mit der ethnischen Zugehörigkeit gleichzustellen, da die Staatszugehörigkeit geändert werden kann, was oft der Fall ist.

³⁹ Diese Zahl wird noch höher, wenn auch die aus den anderen englischsprachigen Ländern des Commonwealth of Nations stammenden MitarbeiterInnen berücksichtigt werden.

3.1.2. Nichtdiskriminierender Sprachgebrauch und „politische Korrektheit“ im Kontext der Vereinten Nationen

Ausgehend von ihrem Mandat befasste sich die UNO seit dem Zeitpunkt ihrer Gründung mit der Gleichstellung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie aller Ethnien. Dies manifestierte sich in Form der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1948, wonach alle Menschen unabhängig von ihrer Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand gleichberechtigt sind (UDHR, Art. 2, vgl. UN 2016c) und ein Recht auf Schutz gegen jede Form von Diskriminierung haben (UDHR, Art. 7, vgl. *ibid.*). Die Ausarbeitung der weiteren internationalen Instrumente im Bereich der Menschenrechte folgte auf der Grundlage der ECOSOC Kommissionen: die Kommission für Menschenrechte⁴⁰ (samt der Unterkommission für die Prävention von Diskriminierung und den Schutz der Minderheiten⁴¹) und die Kommission über den Status der Frauen⁴². Im Rahmen der Besprechungen über die *Draft principles on freedom and non-discrimination in the matter of political rights*, die die Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung im Hinblick auf politische Rechte verankern sollten, präsentierte der UNO-Generalsekretär der Kommission für Menschenrechte bei der ECOSOC-Sitzung im Dezember 1962 die Kommentare der Mitgliedstaaten. Bemerkenswert ist dabei der Kommentar Kanadas, das nicht nur die Präzisierung und Explizierung der politischen Rechte beantragte, sondern die linguistisch gefestigte Gleichberechtigung von Männern und Frauen durch die Aufhebung des generischen Maskulinums verlangte:

Although the document is intended to ensure non-discrimination for women as well as men, this is not clearly stated. It would be desirable either to include a specific provision that where the masculine gender is used in the text it applies to women as well or the words 'she' and 'he' should appear where appropriate in the text. (UN 1962:5).

Dieser Kommentar einer der Mitgliedstaaten ist deswegen markant, weil es eine der ersten Erwähnungen des sprachlichen Teils der Nichtdiskriminierung im Rahmen der UNO darstellt, selbst wenn es keinen direkten Bezug auf irgendeine Richtlinie zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch aufweist. Es ist schwer festzustellen, ob die Meinung der kanadischen Regierung einen direkten Einfluss auf die spätere UNO-Politik des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs ausübte. Das „*Repertory of Practice of United*

⁴⁰ *Commission on Human Rights*: die Kommission wurde 2006 durch den Menschenrechtsrat (*Human Rights Council*) ersetzt.

⁴¹ Die *Sub-Commission on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities* (ab 1999 *Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights*) war einer der wichtigsten Bestandteile der Kommission für Menschenrechte seit 1947, mit Experten, die aufgerufen wurden, Empfehlungen für die Verbesserung der Situation bei den Menschenrechten auszuarbeiten. Seit 2006 wurden die Funktionen der Unterkommission durch den Menschenrechtsrat (*Human Rights Council*) übernommen. (vgl. UNHR 2016).

⁴² Die *Commission on the Status of Women* existiert im Rahmen des ECOSOC seit 1946. (vgl. UN Women 2016b).

Nations Organs“ führt jedoch im Zeitraum von 1979 bis 1984 an, dass der UNO-Generalsekretär am 8. März 1979 ein Rundschreiben herausgab, das zur Sensibilisierung der MitarbeiterInnen über die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Männern und Frauen aufrief, nicht zuletzt durch sprachliche Mittel. Der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch innerhalb der Organisation enthielt

the need to avoid reference to staff members in general terms (e.g., the need to avoid the pronouns “he” and “him” alone when staff of both genders were intended); the preferential use of neutral terms to titles that appeared to exclude women (e.g., the use of “chairperson” over “chairman”); the use of “Ms.” in reference to married women; and speech habits that demeaned women and accorded them less dignity than men. (UN 2001:142).

Noch im gleichen Jahr folgte das Rundschreiben über die Richtlinien zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im UNO-Sekretariat.

1992 wurden diese Richtlinien in Form eines Informationsrundschreibens, Zl. *ST/IC/1992/67 of 29 October 1992*, nochmals wiederholt. Unter anderem wurde wieder der sprachliche Teil der Diskriminierung in Erinnerung gerufen, ebenso wie die Notwendigkeit, alle Formen inhaltlicher und linguistischer Diskriminierung zu vermeiden (vgl. Absätze 6-9, UN 1992:15f.). Dieses Rundschreiben bildete auch die Grundlage einer Lektorats-Direktive, Zl. *ST/CS/SER.A/41* der Lektoratskontrolle an alle MitarbeiterInnen, die UNO-Dokumente und Publikationen konzipieren, über die Verwendung gendersensibler Sprache (*use of gender-sensitive language*).

Eine mit 14. August 1998 datierte Direktive erinnerte alle MitarbeiterInnen an die Notwendigkeit, genderspezifische und diskriminierende Redewendungen in der internen und externen UNO-Kommunikation zu vermeiden und verwies die MitarbeiterInnen auf Referenzmaterial über nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch, das bereits in Form von *style manuals* ausgearbeitet worden war sowohl im wirtschaftlichen, als auch im humanitären Bereich, wie von UNESCO und Amnesty International. Entsprechende interne Normen sollten dabei durch die Abteilung für Angelegenheiten der Generalversammlung und Konferenzdiensleistungen (*Department of General Assembly Affairs and Conference Services*) ausgearbeitet werden (vgl. UN 1998). Bis dato bleibt diese Direktive das erste und einzige Dokument, das den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch innerhalb der UNO regelt.

Zur selben Zeit, als die UNO-weite Direktive erlassen wurde, bereitete die UNESCO bereits die dritte, aktualisierte Auflage ihrer Richtlinien für eine genderneutrale Sprache vor. Die erste Auflage der „*Guidelines on Gender-Neutral Language*“ wurde 1987 als Antwort auf eine Forderung nach nichtsexistischer Sprache bzw. einem nichtsexistischen Sprachgebrauch in der UNESCO vorbereitet, die durch die Regierungen von Kanada und der nordischen Länder im Rahmen der 24. Sitzung der UNESCO-Generalkonferenz geäußert wurden. Die UNESCO-Broschüre richtet ihr besonderes Augenmerk auf den Gegensatz von

„sex“ als genetische bzw. biologische Prädisposition und „gender“ als soziales Konstrukt, der sich auch in der Sprache durch die grammatikalische Kategorie des Genus-Falles widerspiegelt, und appelliert an alle AutorInnen, im Hinblick auf die Gleichstellung sorgfältig mit der Sprache umzugehen (vgl. UNESCO 1999:3ff.).

Während die Richtlinien in Zusammenarbeit des Konferenzbüros mit der Abteilung für die Förderung des Status der Frauen und Gendergleichstellung ausgearbeitet wurden, ist die Anerkennungsrate der Beiträge zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch durch nicht-kommerzielle Organisationen und kommerzielle Unternehmen bemerkenswert. Als Grundlage der eigenen UNESCO-Richtlinien wurden die „*Guidlines for Non-sexist Language*“ der *American Psychological Association*, der „*Equality Style Guide*“ der britischen *National Union of Journalists* und die bestehenden Leitfäden der *McGrow-Hill Book Company*, einem der größten US-amerikanischen Verlagshäuser im Bereich der Lehrbücher vom Kindergarten bis zum College und mit einer globalen wirtschaftlichen Präsenz in vor allem englischsprachigen Ländern, herangezogen.

Die UNESCO-Richtlinien beinhalten eine Tabelle mit Beispielen von als diskriminierend empfundenen Benennungen bzw. Redewendungen, die durch Alternativen ersetzt werden sollen. Jeder Antrag wird mit einem Kommentar versehen, der das linguistische Vorgehen erklärt. Dabei werden alle Beispiele nach Kategorien der Ambiguität, Stereotypisierung, Titeln und Anredeformen konkretisiert. Die Richtlinien enthalten auch ein kurzes Glossar und eine Liste der empfohlenen Literatur zum Thema „Gleichstellung“. Darunter nimmt die Einhaltung von *affirmative action* als nichtdiskriminierende Politik der Regierung der Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle ein. Die gleichen Richtlinien sind auch auf Französisch vorhanden⁴³.

Parallel zu den Anstrengungen zur Gleichstellung von Männern und Frauen im UNO-Sekretariat verfolgt die UNO auch eine Politik des *gender mainstreaming*, die sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Organisation durch gemeinsame Programme mit den Mitgliedstaaten wirken soll. Diese Politik wird seit 1997 als Weiterführung der vom 4. – 5. September 1995 in Peking abgehaltenen Vierten Frauen-Weltkonferenz umgesetzt. Im Rahmen dieser Politik erließ ECOSOC jährlich entsprechende Resolutionen, um die Durchsetzung dieser Politik zu fördern. Im März 1997 wurde das Büro der Sonderberaterin des Generalsekretärs für Genderfragen und Frauenförderung (*Office of the Special Adviser to the Secretary-General on Gender Issues and Advancement of Women (OSAGI)*) eingerichtet. Im Juli 2010 wurde das Büro durch eine Entscheidung der UNO-Generalversammlung in *UN Women (United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women)*

⁴³ Diese Richtlinien wurden auch zur Grundlage für die Ausarbeitung der eigenen deutschsprachigen Richtlinien zum nichtsexistischen Sprachgebrauch im Rahmen der Deutschen UNESCO-Kommission 1993 (vgl. Hellinger-Bierbach 1993).

umbenannt und reformiert. Diese Politik wurde auch durch die im Jahr 2000 verabschiedeten *UN Millenium Goals* verstärkt, die in einem ihrer Zielpunkte auf die Förderung der Übertragung von Verantwortung an Frauen (*women empowerment*) abzielte (vgl. UN Women 2016a).

Trotz des umfangreichen internen und externen politischen Rahmens scheinen die UNO-weiten Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch, die ab 1998 ausgearbeitet werden sollten, noch immer nicht zustande gekommen zu sein. Neben den UNESCO-Richtlinien werden von verschiedenen UN-Teilorganisationen eigene Leitfäden erstellt. So fand 2013 im Rahmen der Wirtschaftlichen und Sozialen Kommission für Westasien (*United Nations Economic and Social Commission for Western Asia*) eine Sensibilisierungssitzung statt, aufgrund deren für alle MitarbeiterInnen der Kommission verbindliche Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch im Englischen (und teilweise im Arabischen) niedergeschrieben wurden – „*Gender-sensitive language. Summary of the awareness-raising session*“. Die genannten Richtlinien folgten zum Großteil jenen der UNESCO, aber auch die Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch des *National Council of Teachers of English* (USA); *Language Portal of Canada*; *Media Task Force, Honolulu County Committee on the Status of Women*; *Empire State College – State University of New York*; *University of North Carolina* (USA); *University College Cork* (Irland); *Purdue University* (USA); *Writing Help Central* (Kanada) (vgl. ESCWA 2013). Die Hinweise zu den gleichartigen universitären Sprachressourcen sind auch in den UNESCO-Richtlinien für Publikationen „*Priority Gender Equality Guidelines*“ (2011) enthalten. Die UNESCO-Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch werden wiederum auf den entsprechenden universitären Webseiten genannt.

In einer Situation, in der einerseits Englisch die institutionelle Verkehrssprache ist und die prozentuelle Mehrheit der UNO-Mitarbeiter, besonders jener in leitenden und hochrangigen Positionen, US-Amerikaner mit universitärer Ausbildung sind und deren Position innerhalb der Organisation dadurch verfestigt wird, dass die USA der größte Geldgeber der UNO sind, und andererseits die Organisation, deren Mandat die Menschenrechte einschließt, die Politik der Gleichstellung konsequent verfolgt, ist der Zusammenhang zwischen „politisch korrektem“ Diskurs und den UNO-Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch nicht zu übersehen. Zwar entwickelte sich das Bewusstsein über die linguistische Gleichstellung von Männern und Frauen in der Organisation über die Jahre, als von „Politischer Korrektheit“ noch keine Rede war, dennoch musste die UNO offensichtlich unter dem diskursiven Druck von innen und außen, besonders seitens aller oder mancher Mitgliedstaaten, ihre Arbeitsweise anpassen. Der Einfluss des „politisch korrekten“ Diskurses ist auch in der Tatsache zu sehen, dass alle UNO-MitarbeiterInnen mit der 1998 erlassenen Direktive darauf hingewiesen wurden, die schon außerhalb des UNO-Kontextes bestehende Praxis des nichtdiskriminierenden

Sprachgebrauchs anzuwenden, wobei den amerikanischen Leitfäden eine bedeutende Rolle zukommt, besonders dem Leitfaden der *American Psychological Association*, die auch von den US-amerikanischen Universitäten selbst herangezogen werden. Das Fehlen UNO-weiter Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch wird noch immer durch die bestehenden UNESCO-Richtlinien überbrückt, die sich auch auf Ausarbeitungen amerikanischer, aber auch britischer und kanadischer Universitäten beziehen. Wenn in weiterer Folge die Universitäten auf die UNESCO-Richtlinien als Standard für *gender-fair language* hinweisen (vgl. Sczesny et al. 2016), schließt sich der diskursive Kreis.

3.1.3. Einhaltung der UNO-Standards

Die UNO als internationaler Akteur muss ständig kommunizieren, sowohl innerhalb der eigenen Struktur, zwischen den verschiedenen Hauptquartieren, mit UN-Teilorganisationen, kleineren Länderbüros und VertragspartnerInnen, als auch mit den Mitgliedstaaten, nichtstaatlichen Organisationen, Benefiziären und der breiten Öffentlichkeit. Das Erreichen der von der UNO gesetzten Ziele hängt stark davon ab, wie diese Kommunikation verläuft. Angesichts des Ausmaßes der UNO-Programme, der komplexen internen Struktur mit zahlreichen Teilorganisationen und der enormen Zahl an MitarbeiterInnen (44.000 ab Datum im Vergleich zu knapp 300 im Jahr 1946) versucht die Organisation, den Kommunikationsprozess durch ihren eigenen Leitfaden in Form des „*UN Editorial Manual*“ zu steuern und einheitlich zu halten. Während die Leitfäden ausreichende Informationen zum Stil der UNO-Dokumente liefern, wird der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch auf die schon erwähnte „*Editorial directive ST/CS/SER.A/4*“ vom 14.08.1998 begrenzt (vgl. UN 2016d). Somit dienen die UNESCO-Richtlinien zur gender-neutralen Sprache und die diesen nachfolgenden „*Priority Gender Equality Guidelines*“ oft als bestehendes Referenzmaterial. Die genannten Dokumente betreffen jedoch nur einen Teil des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs – *gender-sensitive language* und Gleichstellung von Männern und Frauen.

Der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch im Englischen schloss aber seit langem, nicht zuletzt aufgrund des „politisch korrekten“ Diskurses, auch andere sozial marginalisierte Gruppen mit ein. Genauso erweiterte sich das Mandat der UNO im Bereich des Menschenrechtsschutzes seit 2000, dem Jahr der Verkündung der *millennium goals*, immens und umfasst auch den Kampf gegen Diskriminierung aufgrund inter alia des Alters, von HIV/AIDS und der sexuellen Orientierung. In den Zeiten, in denen die Kommunikationsvorgänge immer schneller und weitreichender werden, passen sich die verschiedenen UNO-Teilorganisationen den neuen Forderungen insofern an, als sie eigene Kommunikations- und Textgestaltungsrichtlinien ausarbeiten. Dazu zählen das „*UNDP Editorial Style Manual*“, das „*UNHCR Style Companion*“, das „*IOM Gender and*

Communications Toolkit“, das *“WHO Editorial Style Manual*“, der *“WHO Style Guide*“ und die *“UNAIDS Terminology Guidelines*“.

Zusammen mit dem „*United Nations Editorial Manual*“ richten sich alle Richtlinien prinzipiell an alle MitarbeiterInnen, die mit der mündlichen und/oder schriftlichen Produktion von Texten zu tun haben, indem sie den Rahmen der von der Organisation bevorzugten Rechtschreibung, Grammatik und Interpunktion präskribieren. Im Unterschied zum „*United Nations Editorial Manual*“ sind die durch die Teilorganisationen ausgearbeiteten Richtlinien jedoch sehr explizit, was den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch angeht. Dabei können die Anweisungen zum modifizierten Sprachgebrauch, die sich sowohl auf die lexikalische, als auch auf die diskursive Ebene beziehen, in folgende Kategorien gegliedert werden:

- Allgemeiner Teil (vgl. UNDP 2014:22; WHO 1993:72);
- Sexismus (vgl. IOM 2015a; UNDP 2014:22; UNHCR 2012:30; WHO 1993:68f.; WHO 2004:55ff.);
- Rassismus (vgl. UNDP 2014:22; WHO 1993:72);
- ethnische Zugehörigkeit (WHO 2004:57);
- Behinderung (UNAIDS 2015; UNHCR 2012:30; WHO 2004:57f.);
- Ageismus (WHO 1993:72; WHO 2004:58);
- sexuelle Orientierung/LGTBI (UNAIDS 2015; UNHCR 2012:30; IOM 2015a);
- inklusiver, auf HIV und AIDS bezogener Sprachgebrauch samt einer Terminologieliste (vgl. UNAIDS 2015; UNDP 2014:46ff.; UNHCR 2012:30).

Während viele Richtlinien zahlreiche Hinweise auf jene von der UNESCO oder anderen UNO-Teilorganisationen erlassenen Regelungen enthalten, bezieht sich das „*WHO Editorial Style Manual*“ und der „*WHO Style Guide*“ im Teil des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs ausdrücklich auf die *American Psychological Association*.

Die verschiedenen Richtlinien unterscheiden sich auch durch das Gewicht, das dem nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch beigemessen wird: während UNDP und UNHCR sich mit mehr oder weniger einer A4-Seite begnügen, widmen WHO und UNAIDS ausführlichen Tabellen und Erklärungen von Termini und linguistischen Vorgehensweisen hohe Aufmerksamkeit. Zum Großteil hängt die Relevanz solcher Ausführungen von den Mandaten und Zielgruppen der ausgewählten UNO-Teilorganisationen ab. Bemerkenswert ist, dass viele Richtlinien erst kürzlich herausgegeben wurden. Damit wird ersichtlich, dass der Druck innerhalb der Organisation steigt, die Einhaltung der allgemeinen linguistischen und diskursiven Standards im Englischen zu sichern, besonders angesichts der zunehmenden Aktualität elektronischer Veröffentlichungen und der Notwendigkeit, die Präsenz in sozialen Medien zu sichern.

Der Bedarf nach Sprachregelung ist auch dadurch bedingt, dass der Kommunikationsprozess zwischen der UNO und der Außenwelt multidirektional verläuft: die

strategischen, globalen und prioritären Informationen werden durch das *Department of Public Information (DPI)* als Teil des UNO-Sekretariats initiiert, während die UNO-Teilorganisationen die strategischen, durch das DPI festgelegten Ziele in ihre eigenen Kommunikationspläne integrieren und eigene Kommunikationsprozesse auslösen, die von den einzelnen Länderbüros durch weitere Kommunikationsinitiativen ergänzt werden. Im Rahmen der Kommunikationsstrategie können Publikationen im weiteren Sinne, von Presseaussendungen bis zur Veröffentlichung einer Studie oder der jährlichen Berichte, sowohl vom DPI, als auch von den einzelnen Länderbüros bestellt werden. Dabei wird auch berücksichtigt, dass alle für die oder in der UNO vorbereiteten Publikationen meistens kollektive Leistungen darstellen, mit mehreren AutorInnen, deren Muttersprache oft nicht Englisch ist, und in weiterer Folge RedakteurInnen, die oft von außerhalb der Organisation einbezogen werden, besonders wenn es um Initiativen auf der Ebene der Länderbüros oder außerbudgetären Publikationen auf der Ebene des Hauptquartiers geht. Demnach müssen sowohl die AutorInnen, als auch die RedakteurInnen mit dem von der UNO gewünschten Stil und Sprachgebrauch vertraut gemacht werden. Dies bedeutet, dass die durch die einzelnen UNO-Teilorganisationen ausgearbeiteten Richtlinien keine Empfehlungen zur Verbesserung des eigenen Schreibstils sind, sondern vielmehr verbindliche Anforderungen an alle MitarbeiterInnen der jeweiligen Teilorganisationen. Dies wird auch durch die Tatsache verstärkt, dass mit der Entwicklung der Nutzungsmöglichkeiten des Internets und der damit, inter alia, verbundenen Delegation von Zuständigkeiten an die Länderbüros, weiterhin die Abteilungen, die eine Publikation verfassen bzw. bestellen, für die Einhaltung der UNO-Qualitätsstandards verantwortlich sind (vgl. UN 1989:4; UN 1996:4). Die Kontrolle liegt prinzipiell bei den LeiterInnen der jeweiligen Abteilungen und in weiterer Folge bei den LeiterInnen der Länderbüros, die ihre Handlungen auch mit den jeweiligen, für öffentliche Information zuständigen Abteilungen in der zuständigen Zentrale koordinieren. In der Praxis wird daher jede Publikation, ob geringfügig oder umfangreich, durch mehrere Personen kontrolliert, korrigiert und genehmigt, bis es zu ihrer Veröffentlichung kommt.

Auf der Ebene der Zentrale, im *Department for General Assembly and Conference Management*, wird jede Publikation mindestens dreimal durch die angestellten englischsprachigen RedakteurInnen redigiert, zuerst als monolinguales englischsprachiges Dokument, wobei der Text klar, eindeutig und verständlich gemacht und für die weitere Übersetzung in die anderen Sprachen vorbereitet wird. Im nächsten Schritt arbeiten die RedakteurInnen eng mit den ÜbersetzerInnen der anderen offiziellen und Arbeitssprachen zusammen, um die Übereinstimmung und Genauigkeit des Dokuments in allen Sprachen zu gewährleisten. Die in alle sechs Sprachen übersetzten Dokumente werden anschließend in den jeweiligen Sprachabteilungen weiterbearbeitet, und erst nachdem jedes Dokument noch weitere zweimal lektoriert wurde, wird es veröffentlicht (vgl. UN 2010). Als Referenzmaterial für die UNO-Standards werden sowohl von den RedakteurInnen, als auch

von den ÜbersetzerInnen das „*United Nations Editorial Manual Online*“ und „*UNTERM*“, die UNO-Terminologiedatenbank, herangezogen. Das ist jedoch nicht unproblematisch.

Das „*United Nations Editorial Manual Online*“, als auch alle anderen von den einzelnen UNO-Teilorganisationen festgelegten Richtlinien sind ausschließlich auf Englisch vorhanden (mit Ausnahme der „*Guidelines on Gender-Neutral Language*“, die auch auf Französisch herausgegeben wurden, und der „*Gender-sensitive language. Summary of the awareness-raising session*“-Broschüre mit teilweise auf Arabisch vorhandenen Sprachempfehlungen). Die Teile der Richtlinien, die sich auf den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch beziehen, entstanden offensichtlich sowohl aufgrund des Drucks innerhalb der Organisation, als auch unter dem Druck einzelner UNO-Mitgliedstaaten und sind mit dem „politisch korrekten“ Diskurs und dem daraus folgenden nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch als allgemein akzeptierte Praxis primär mit den USA verbunden. Der englischsprachige nichtdiskriminierende Sprachgebrauch orientiert sich daher an der etablierten externen Sprachpraxis und versucht sich durch ständige Revision anzupassen. Da das Programm des „politisch korrekten“ Diskurses in vielen Aspekten mit der Agenda der UNO übereinstimmt, bereitet solche Anpassung auch keine prinzipiellen diskursiven Widersprüche. Die in anderen UNO-Sprachen verfassten Dokumente, inklusive Deutsch, sollen jedoch auch den gleichen Prinzipien des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs folgen. In einer Situation, wo keine Richtlinien für die anderen in der UNO verwendeten Sprachen erlassen worden sind, zumindest nicht öffentlich, kann angenommen werden, dass sich die ÜbersetzerInnen und RedakteurInnen analog zum Englischen nach der entsprechenden externen Sprachpraxis in den jeweiligen Sprachen orientieren.

Die Übersetzungsvorgänge bei der UNO können auf verschiedenen Wegen ablaufen. Auf der Ebene des Hauptquartiers werden die Dokumente durch die angestellten ÜbersetzerInnen des *Departments for General Assembly and Conference Management* und durch die zusätzlichen freiberuflichen ÜbersetzerInnen und Übersetzungsbüros außerhalb der Organisation übersetzt. Im letzteren Fall werden die übersetzten Dokumente einer Qualitätskontrolle unterzogen. Auf Länderebene gibt es aber kaum UNO-Büros, die sich hauptberufliche ÜbersetzerInnen leisten können. Kleinere Dokumente werden daher von BüromitarbeiterInnen, und umfangreiche Dokumente durch extern bestellte ÜbersetzerInnen oder Übersetzungsbüros bearbeitet. Ob die Qualität der extern übersetzten Dokumente danach kontrolliert wird, ist fraglich.

Den angestellten UNO-ÜbersetzerInnen, aber auch jenen, die unter einem kommerziellen Vertrag für die UNO tätig sind, stehen zahlreiche Sprachressourcen und Mittel zur Verfügung: Terminologiedatenbanken, Dokumentrepositorien mit Suchfunktion, Textlinierungsmittel, Übersetzungsspeicher u.s.w. (vgl. UN 2010). Noch dieses Jahr erwartet die UNO eine eigene Software für maschinelle Übersetzung, die auch den unter Vertrag genommenen externen ÜbersetzerInnen zugänglich sein wird. Jedoch, „translation at the level

required at the United Nations remains a fundamentally intellectual endeavour” (ibid.). Während nur die angestellten und vertraglichen ÜbersetzerInnen Zugriff zur Gesamtheit dieser Ressourcen haben, ist der öffentliche Teil der Terminologiedatenbank „*UNTERM*“ auch externen ÜbersetzerInnen zugänglich. „*UNTERM*“ stellt eine wichtige Sprachressource dar, die jedoch erst vor kurzem entwickelt wurde und jene Sprachlösungen enthält, die im Prozess der Übersetzung entstanden sind. Dennoch ist im Hinblick auf den Einfluss der „Politischen Korrektheit“ und der Komplexität des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs im Kontext der UNO samt der Rolle, die Englisch in dieser Konstellation spielt, diese Sprachressource mit Vorsicht zu benutzen. Die in *UNTERM* enthaltenen englischsprachigen Termini enthalten viele Neologismen, die den diskursiven Anforderungen der Nichtdiskriminierung und der Einbeziehung (*inclusion*) der UNO-Bevölkerungszielgruppen entsprechen sollen. Während sich der englisch-bezogene Teil der Terminologiedatenbank an der Sprachpraxis bzw. am englischsprachigen Markt orientiert und zu ihr bzw. zu diesem überwiegend sekundär ist, können die entsprechenden Einträge in den anderen Sprachen nur einen geringeren Bezug auf die etablierte Praxis in der Zielsprache demonstrieren: sie können wohl im Übersetzungsprozess entstandene Neologismen sein, d.h. sie sind bestimmte übersetzerische Kompromisslösungen, die sich noch etablieren müssen und können dadurch die Zielsprache und die Zielkultur beeinflussen.

3.2. Vergleichsanalyse

3.2.1. Vergleichsanalyse der Paralleltexte

Die für die kontrastive Analyse ausgesuchten Paralleltexte sind das von der Weltgesundheitsorganisation (weiter WHO) in mehreren Sprachen veröffentlichte Dokument „*Health 2020. A European policy framework and strategy for the 21st century*“. Die Publikationen tragen keinen Vermerk, ob sie Originale oder Übersetzungen sind. Jedoch ausgehend von der Tatsache, dass Englisch die Verkehrssprache innerhalb der WHO ist und dass die Schlagwörter in den deutschen und russischen Varianten des Textes auf Englisch eingetragen sind, kann zweifelsfrei subsumiert werden, dass es sich beim englischen Text um das Original handelt, während die deutsche und russische Version Übersetzungen darstellen.

Diese Paralleltexte wurden aus drei Gründen für die Analyse ausgewählt: Erstens, wie bereits zuvor erwähnt, werden nicht alle UNO-Dokumente in die anderen offiziellen und Arbeitssprachen der Organisation übersetzt. Die Auswahlkriterien, ob ein Dokument übersetzt wird oder nicht, richten sich nach der Relevanz der Dokumente für die bestimmten Sprachräume, und auch nach den damit verbundenen Kosten. Eine zusätzliche Schwierigkeit besteht auch im unentschiedenen Status des Deutschen in Bezug auf die offiziellen und

Arbeitssprachen der UNO. Das ausgewählte Dokument ist aber ein Rahmenkonzept und eine Strategie für die Gesundheit im gesamten europäischen Raum und ist dadurch für mehrere Sprachräume aktuell. Zweitens, aufgrund des thematischen Umfangs des WHO-Programms und der Überlappungen des WHO-Mandats und der Zielgruppen mit denjenigen anderer UNO-Teilorganisationen, kann der sprachbezogene Teil des Dokuments gleichzeitig anhand mehrerer Kategorien des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs im Kontext der UNO untersucht werden. Drittens ist die WHO eine jener UNO-Teilorganisationen, die eigene Richtlinien zur Verfassung von Texten und Anweisungen zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch auf der Grundlage des *APA Styles* ausgearbeitet hat, was eine zusätzliche Ressource für die Textanalyse darstellt.

Aufgrund des erheblichen Umfangs des Dokuments wird nur der zweite Teil des eigentlichen Rahmenkonzepts und der Strategie für Gesundheit, „*Health 2020: applying evidence-based strategies that work and the key stakeholders*“, der Vergleichsanalyse unterzogen.

Im zweiten Teil des Dokuments geht es um eine Reihe von Zielvorgaben der WHO für die gesamte europäische Region, deren Umsetzung durch entsprechende Strategien unterstützt werden kann. Die letzteren richten sich nach zwei strategischen Hauptzielen des Rahmenkonzeptes – erstens, Verbesserung der Gesundheit und Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheiten und zweitens, Verbesserung der Führung und partizipatorischen Steuerung für die Gesundheit, und nach vier gemeinsamen Handlungsfeldern – Investitionen in Gesundheit; Bekämpfung der großen gesundheitlichen Herausforderungen; Stärkung bürgernaher Gesundheitssysteme; sowie Schaffung widerstandsfähiger Gemeinschaften und stützender Umfelder.

Es wird auch vorausgesetzt, dass der englische Text des Dokuments nach den Richtlinien der UNO bzw. der WHO konzipiert und, aufgrund seines Wertes sowohl für die WHO, als auch für die Mitgliedstaaten und entsprechenden Ministerien, aber auch für die nichtstaatlichen Organisationen und anderen Beteiligten, die an seiner Umsetzung arbeiten müssen, entsprechend lektoriert wurde. Für den Zweck der Analyse der vorliegenden Arbeit wird der englische Text als Ausgangstext betrachtet und der deutsche und russische Text als seine Übersetzungen bzw. Zieltex te. Außerdem richtet sich die Vergleichsanalyse des Ausgangs- und der Zieltex te nicht auf die Qualität der Übersetzungen, sondern ausschließlich auf die Einhaltung des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs in Bezug auf erstens, gendergerechte Sprache/symmetrische Darstellung (von Frauen und Männern); zweitens, Alter; drittens, ethnische Zugehörigkeit; viertens, Migrationshintergrund; fünftens, Behinderungen/Erkrankungen; sechstens, sozialen Status; und siebtens, Vulnerabilität. Die Lexeme, die potentiell im Text als diskriminierend auftreten können und die Grundlage der vorliegenden Analyse bilden, sind in einer Tabelle im Anhang dargestellt.

In Bezug auf den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch weist der Ausgangstext eine ganze Reihe markanter Eigenschaften auf:

(1) Gendergerechte Sprache/symmetrische Darstellung:

- gender-neutrale Lexeme wurden bevorzugt, wie z.B. „*human-made disasters*“;
- Frauen und Männer wurden symmetrisch dargestellt, unter Berücksichtigung des Wechsels der Reihenfolge, z.B. „*men and women*“ und „*women und men*“, und des Alters, z.B. „*boys and girls*“ und „*men and women*“;
- die gender-neutrale Wirkung des Ausgangstextes ist auch dadurch verstärkt, dass andere im Text verwendete Lexeme keinen Genus im Englischen aufweisen, wie z.B. „*patient*“, „*patients*“.

(2) Alter:

- altersgerechte Lexeme wurden im Text konsequent verwendet, im Hinblick darauf, dass sich sprachliche, aber auch gesellschaftliche Stigmatisierung meistens auf jüngere und ältere Menschen bezieht, wie z.B. „*young people*“, „*older people*“;
- diese Lexeme folgen der Regel, Adjektive in ihrer Kernfunktion zu verwenden, nämlich als Attribute zum Substantiv.

(3) Ethnische Zugehörigkeit:

- die Benennungen der ethnischen Minderheiten folgen dem Prinzip, sie so zu nennen, wie sie es selbst bevorzugen, z.B. „*Roma*“.

(4) Migrationshintergrund:

- bei der Benennung der verschiedenen Kategorien der Migranten wurde der Gebrauch des Terminus „*irregular migrants*“ bevorzugt, der sich auf Menschen bezieht, die sich ohne Rechtstitel in einem Land aufhalten und/oder arbeiten, während der Terminus „*illegal migration/migrants*“ für die Fälle des Menschenschmuggels und des Menschenhandels eingesetzt wird (vgl. IOM 2015b).

(5) Behinderungen/Erkrankungen:

- Menschen mit Behinderungen und Erkrankungen wurden konsequent nach der Regel „*person first*“ dargestellt, wie z.B. „*people with chronic conditions*“, „*people with dementia*“, „*people with disabilities*“, „*people with TB*“, „*people living with HIV*“;
- da sich der thematische und diskursive Rahmen des Textes auf eine aktive Rolle der PatientInnen im gesellschaftlichen Leben bezieht, wurden im Text jene Lexeme bevorzugt, die keinen Eindruck der Krankheit als Todesurteil übermitteln sollen, wie z.B. „*disorders*“, „*conditions*“, „*living with*“.

(6) Sozialer Status:

- genauso vorsichtig wurde im Text mit dem sozialen Status als Grund für Marginalisierung, Stigmatisierung und daher ungleichen Zugang zu Gesundheitsdiensten umgegangen, anhand euphemisierter Lexeme und Beschreibungen, wie z.B. „*disadvantaged home and family circumstances*“, „*people with lower-status occupation*“, jedoch mit einigen Ausnahmen („*poverty*“, „*poor living conditions*“).

(7) Vulnerabilität:

- bei der Vulnerabilität wurden allgemein Redewendungen wie „*risk group*“ vermieden und durch „*vulnerable people*“ oder „*people at risk*“ ersetzt. Dabei ist die letztere Redewendung in dem Sinne problematisch, dass „*risk*“ nicht weiter spezifiziert wird.

Bemerkenswert ist die Verwendung des Begriffs „*people*“ im Text: ungeachtet einiger Ausnahmen, bei denen mehr das unpersönliche „*person*“, „*individual*“ oder „*populations*“ verwendet wurde, ist es das am meisten produktive Lexem, wie z.B. „*people with TB and HIV*“, „*people with low income*“, „*people at risk*“. Allgemein wirkt der englische Text sehr inklusive und spricht aufgrund der „gerechten“ Sprache ausnahmslos alle seine Zielgruppen an.

Der deutsche Zieltext scheint dem Ausgangstext sehr nah zu sein, zeigt aber bestimmte Unstimmigkeiten gegenüber dem allgemein inklusiven englischen Text, was den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch betrifft:

(1) Gendergerechte Sprache/symmetrische Darstellung:

- die symmetrischen und altersgerechten Darstellungen von Frauen und Männern wurden im Zieltext zwar beibehalten und die der Genderpolitik angehörenden Termini korrekt wiedergegeben, im deutschen Text wurde aber das generische Maskulinum konsequent im Plural eingesetzt, wie z.B. „*Senioren*“, „*Migranten*“, „*Patienten*“.

(2) Alter:

- altersspezifische Lexeme orientieren sich zumeist am Ausgangstext, zeigen aber interessante Merkmale bzw. Unterschiede: bei den Benennungen jüngerer und älterer Menschen wurden Synonyme eingesetzt, die auch die symmetrische Darstellung der angesprochenen sozialen Gruppen stören, wie z.B. „*Kinder und Jugendliche*“ – „*Kinder und junge Menschen*“; „*ältere Menschen*“ – „*Senioren*“. Dabei wurde die im englischen Text beachtete Regel des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs, Adjektive nur als Attribute zu verwenden, nicht eingehalten.

(3) Ethnische Zugehörigkeit:

- die Benennung von Roma wurde im deutschen Text eingehalten.

(4) Migrationshintergrund:

- die terminologische Unterscheidung von irregulärer und illegaler Migration wurde im Zieltext eingehalten: „*reguläre und irreguläre Migranten*“.

(5) Behinderungen/Erkrankungen:

- bei der Bezeichnung der Menschen mit Behinderungen/Erkrankungen weist der Zieltext eine ganze Reihe an Problemstellen auf, da die „*person first*“ Regel nur teilweise eingehalten wurde, wie z.B. „*individuals with chronic conditions/diseases*“ – „*Personen mit chronischen Erkrankungen*“, „*chronisch Kranke*“; „*people acquiring HIV infection*“ – „*HIV-Neuinfektionen*“; „*people newly infected with HIV*“ – „*Neuinfektionen bei HIV*“, „*HIV-Neuinfektionen*“; „*people with cancer*“ – „*Krebskranke*“, „*Krebspatienten*“; „*people with chronic diseases*“ – „*chronisch Kranke*“; „*people with dementia*“ – „*Demenzkranke*“; „*people with diseases*“ – „*chronisch Kranke*“; „*people with multidrug-resistant TB*“ – „*multiresistente Tuberkulosefälle*“, „*Personen mit multiresistenter Tuberkulose*“; „*people with TB*“ – „*Tuberkulosepatienten*“;
- das englische „*disability*“, ein dem nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch angehörender und seit längerem etablierter Euphemismus, wird ins Deutsche sowohl mit „*Behinderung*“ als auch mit „*Invalidität*“ übersetzt.

(6) Sozialer Status:

- bei der Benennung der Menschen mit niedrigem sozialen Status wurde der Rahmen des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs nicht konsequent eingehalten: z.B. „*people with low/lowest income*“ - „*einkommensschwache Menschen*“, „*unterste Einkommensgruppe*“, „*Personen mit niedrigem Einkommen*“; „*children living in disadvantaged circumstances*“ - „*Kinder, die unter benachteiligten Lebensbedingungen leben*“; „*disadvantaged home and family circumstances*“ - „*benachteiligte häusliche und familiäre Verhältnisse*“ u.s.w.

(7) Vulnerabilität:

- bei der Benennung gefährdeter Menschen/Menschen mit erhöhtem Risiko herrscht im deutschen Text terminologische Unstimmigkeit, wie etwa „*populations at higher risk*“ - „*Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Risiko*“, „*Risikogruppen*“; „*vulnerable people*“ - „*Schutzbedürftige*“; „*vulnerable populations*“ - „*gefährdete Bevölkerungsgruppen*“ u.s.w.

Aufgrund der Abweichungen des deutschen Textes bei der Benennung junger und älterer Menschen, der Gleichsetzung eines Menschen mit einer Krankheit oder sogar die Reduzierung eines Menschen zu einem „Fall“ und Diskrepanzen bei der Benennung gefährdeter Menschengruppen wirkt der deutsche Zieltext im Vergleich zum Ausgangstext weniger inklusiv. Offen bleibt auch die Frage, ob die Verwendung des generischen Maskulinums im Plural im deutschen Text eine strategische oder eher eine unbewusste

Entscheidung der ÜbersetzerInnen war, da es keine Hinweise zur Einbeziehung der beiden Geschlechter im Text gibt.

So wie der deutsche, wurde auch der russische Zieltext ziemlich nah zum Ausgangstext übersetzt, sowohl inhaltlich, als auch diskursiv. Er zeigt aber einige interessante Merkmale bezüglich des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs:

(1) Gendergerechte Sprache/symmetrische Darstellung:

- die gender-gerechte Sprache im russischen Text in Bezug auf die parallele und altersgerechte Darstellung von Frauen und Männern und die Anwendung gender-neutraler Lexeme entspricht dem Ausgangstext, wie z.B. „*mal’čiki i devočki*“ [Buben und Mädchen], „*ženščiny i mužčiny*“ [Frauen und Männer];
- gender-neutrale Lexeme wurden durch das generische Maskulinum im Plural nach den Konventionen des Russischen wiedergegeben, z.B. „*pacyenty*“ [Patienten].

(2) Alter:

- die Bezeichnung junger und älterer Menschen ist im russischen Text problematisch, da für „*minors*“ ein substantiviertes Adjektiv „*nesoveršennoletnie*“ [Minderjährige], und für „*older people*“ neben „*požylye ljudi*“ [ältere Menschen] auch die Redewendung „*ljudi staršego vozrasta*“ [ältere Menschen] und ein substantiviertes Adjektiv „*požylye*“ [die Alten] verwendet wurden. Während das Lexem „*ljudi požylogo vozrasta*“ durch die Attribuierung anhand des Genetivs stilistisch neutraler und genauer als „*požylye ljudi*“ ist, sind die substantivierten Adjektive „*nesoveršennoletnie*“ und „*požylye*“ insofern fragwürdig, als sie nur ein Merkmal aus einem Bündel von Charakteristiken eines Menschen herausholen und dadurch fixieren;
- noch bedenklicher ist die Anwendung des russischen „*doma prestarelych*“ [Pflegeheim] für das englische stark euphemisierte Lexem „*nursing homes*“: im Russischen ist der Begriff des Pflegeheims für ältere Menschen derart stark negativ konnotiert und stigmatisiert, dass die Verwendung dieses Lexems in einem Text, der von der Gleichstellung im Gesundheitswesen in ganz Europa handelt, vermieden werden muss; in russischen Originaltexten wird das Wort immer öfter durch einen eigenen Euphemismus „*pansionat*“ [Ferienheim] ersetzt;
- das gleiche gilt für die russische Übersetzung des englischen „*older dependants*“ durch „*iždivency požylogo vozrasta*“ [ältere Almosenempfänger]. Diese Übersetzung stellt eine fast unmögliche Kombination eines zwar dem offiziellen Stil bzw. Sprachgebrauch angehörenden, aber gleichzeitig sehr negativ konnotierten Lexems für materiell abhängige Familienangehörige „*iždivenec*“ mit dem durch Attribuierung anhand des Genetivs stilistisch neutralen Lexem für die Bezeichnung des Alters „*požylogo vozrasta*“ dar. Dadurch entsteht im Text ein sowohl stilistischer, als auch diskursiver Bruch.

(3) Ethnische Zugehörigkeit:

- nicht weniger ambivalent ist im russischen Text auch die Benennung der ethnischen Minderheit der Roma: dies wurde im Russischen als „*narodnost' roma*“ [Ethnie Roma] und „*narodnost' roma (cygane)*“ [Ethnie Roma (Zigeuner)] wiedergegeben⁴⁴, wodurch die von der ethnischen Minderheit bevorzugte Benennung durch das übliche russische Lexem spezifiziert wurde.

(4) Migrationshintergrund:

- der russische Text weist keine Differenzierung zwischen irregulärer und illegaler Migration auf, indem „*regular and irregular migrants*“ als „*legal'nye i nelegal'nye migranty*“ [legale und illegale Migranten] wiedergegeben wurden, was den begrifflichen Definitionen der im englischen Text verwendeten Lexeme nicht entspricht.

(5) Behinderungen/Erkrankungen:

- bei der Übersetzung der Lexeme zur Benennung der Menschen mit Behinderungen und den dazugehörigen Termini weist der russische Text, trotz der eingehaltenen Nähe zum Ausgangstext, einige unstimmige Stellen auf: so wird „*disability*“ als „*invalidnost*“ [Invalidität] oder „*slučai invalidnosti*“ [Invaliditätsfälle] wiedergegeben⁴⁵, während für „*people with disabilities*“ die Lehnübersetzung „*ljudi s ograničennymi vozmožnostjami*“ [Menschen mit beschränkten Möglichkeiten] konsequent eingesetzt wurde;
- die Begriffe „*people with chronic diseases*“, „*people with diabetes*“ und „*people with mental disorders*“ wurden anhand der partizipialen Konstruktion mit dem Verb „*stradat*“ [leiden] als „*ljudi/litsa, stradajuščie chroničeskimi zabojevanijami, diabetom, psichičeskimi rasstrojstvami*“ [Menschen/Personen, die an chronischen Erkrankungen, Diabetes, psychischen Störungen leiden] übersetzt. Demgegenüber wurden für „*people with dementia*“ und „*people with mental health problems*“ alternative Konstruktionen wie „*ljudi s demencyej*“ [Menschen mit Demenz] und „*ljudi s narušenijami psichičeskogo zdorovja*“ [Menschen mit psychischen Gesundheitsstörungen] eingesetzt, was eine Lehnübersetzung darstellt und als Übernahme der englischsprachigen „*person first*“ Regel betrachtet werden kann;
- die Übernahme scheint jedoch nicht immer reibungslos zu funktionieren. Der russische Text weist genügend Beispiele der Entpersonalisierung auf, indem die Lexeme zur Benennung der Menschen mit Erkrankungen durch Umschreibungen

⁴⁴ Die Verwendung der Benennung „Roma“ wird oft mit dem Argument abgelehnt, dass das Lexem „*cygane*“ im Russischen stilistisch neutral ist. Oft wird die Benennung „Roma“ mit allen möglichen Erklärungen in Klammern erweitert, was darauf hinweist, dass dieses Lexem im Russischen noch immer nicht akzeptiert ist (vgl. Pshenitsyn 2011).

⁴⁵ Ausgehend von der russischsprachigen Definition der Behinderung durch die WHO scheint „*invalidnost*“ als die einzige mögliche Variante (vgl. WHO 2016).

weggelassen wurden oder das Denotat „people“ durch „slučai“ [Fälle] oder „bol’noj“ [Kranke] ersetzt wurde: „people acquiring HIV infection“, „people newly infected with HIV“ – „novyje slučai zaraženija VIČ-infekcyej“ [neue Fälle der HIV-Infizierung]; „people with cancer“ – „onkologičeskie bol’nye“ [Krebskranke], „slučai raka“ [Krebsfälle]; „people with multidrug-resistant TB“ – „tuberkuloz/slučai tuberkuloza s množestvennoj lekarstvennoj ustojčivostju“ [Tuberkulose/Fälle der multiresistenten Tuberkulose]; „people with TB“ – „bol’nye TB“ [Tuberkulosekranke].

(6) Sozialer Status:

- der englische Euphemismus „disadvantaged“ hat keine Analogie im Russischen und wird immer kontextabhängig übersetzt. Aus dieser Sicht zeigt der russische Text eine ganze Reihe an möglichen Varianten, indem ein russischer euphemistischer Wortschatz zum Einsatz kommt: „children living in disadvantaged circumstances“ – „deti, žyvuščie v neblagoprijatnych uslovijach“ [Kinder, die in ungünstigen Verhältnissen wohnen]; „disadvantageous social position“ – „neblagoprijatnoe socyal’noe položenie“ [ungünstige soziale Lage]; „people with low/lowest income“ – „lica/grazhdane s nizkim urovnem dochodov“ [Personen/Bürger mit niedrigem Einkommensniveau], „ljudi s nizkimi dochodami“ [Menschen mit niedrigem Einkommen], „maloobespečennye semji“ [minderbetuchte Familien].

(7) Vulnerabilität:

- der russische Text weist keine terminologische Stimmigkeit bei der Wiedergabe von „people/polutaions at risk“ auf. Dies zeigt sich in den Übersetzungsvarianten, die von der Lehnübersetzung – „ljudi, podveržennye risku“ [risikoanfällige Menschen] – bis zur Entpersonalifizierung – „gruppy/kontingenty povyšennogo riska“ [Gruppen/Klassen mit erhöhtem Risiko] – reichen.

Trotz aller terminologischen Diskrepanzen bleibt der russische Zieltext dennoch ziemlich nah am Ausgangstext, weil durch den Gebrauch von Lehnübersetzungen oder Umschreibungen der diskursive Rahmen des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs überwiegend eingehalten wurde. Die diskursiven Brüche entstehen im Text dort, wo die stilistische Einheitlichkeit des Textes (z.B. Attribuierung des Substantivs durch ein Adjektiv oder durch den Genetiv) nicht befolgt wurde. Die im Russischen nicht existierende Regel „person first“ wurde unerwarteter Weise befolgt. Dies ist aber andererseits ein zusätzlicher Grund für die stilistische Holprigkeit des Zieltextes, da die übernommenen diskursiven Konventionen des englischen Ausgangstextes immer wieder auf entpersonalisierte diskursive Konventionen der russischen Sprache stoßen (z.B. „onkologičeskie bol’nye“ [Krebskranke], „slučai tuberkuloza“ [Tuberkulosefälle], „lica“ [Personen], „grazhdane“ [Bürger], „kontingenty“ [Klassen]) und dadurch die gewünschte, im Ausgangstext erhaltene Funktion, inklusiv zu wirken, nur teilweise erfüllen.

Im Vergleich zum englischsprachigen Ausgangstext weisen der deutsche und russische Zieltext mehrere Problemstellen auf, wie etwa die gendergerechte Sprache, und die Diskrepanzen in der thematischen Kategorie des Alters im deutschen Text und die unstimmmigen Benennungen in den thematischen Kategorien des Alters, der ethnischen Zugehörigkeit, des Migrationshintergrunds und der Vulnerabilität im russischen Text. In beiden Texten werden aber die Benennungen der Menschen mit Behinderungen/Erkrankungen in bedenklicher Weise eingesetzt. Dabei wäre zu erwarten, dass der deutsche Text den Leitfaden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch im Deutschen, der sich sehr stark an den englischsprachigen Beispielen orientiert, entsprechen würde. Demgegenüber befolgt der russische Text zum Großteil den nichtdiskriminierenden sprachlichen Rahmen des Englischen, der im Russischen niemals sowohl diskursiv, als auch linguistisch in Form irgendeines Leitfadens ausgearbeitet wurde.

Es kann natürlich argumentiert werden, dass es den beiden Zieltexten einfach an der einheitlichen Einsetzung der richtigen Terminologie mangelt, die durch „*UNTERM*“ verifiziert werden könnte. Diese Apologie gehört aber dem Bereich der Übersetzungskritik an und würde die Fragestellung dieser Arbeit verfehlen und erweitern, denn „*UNTERM*“ muss ebenfalls kritisch beleuchtet werden, da die UNO-Terminologiedatenbank selbst oft keine stimmigen terminologischen Lösungen für hoch-euphemisierte nichtdiskriminierende englische Neologismen anbietet.⁴⁶

Es kann auch vorgebracht werden, dass die synonym verwendeten Lexeme der Vermeidung von Wiederholungen in den Texten dienen, da sowohl Deutsch, als auch Russisch eine wesentlich niedrigere Toleranz gegenüber Wiederholungen aufweisen, als das Englische. Bei der Übersetzung handelt es sich aber um einen Fachtext, der als Ergebnis des kollektiven Schreibens entstanden ist und dessen Einhaltung der UNO-Standards betreffend den Einsatz eines nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs mehrmals überprüft wurde. Darüber hinaus lassen die Konventionen des Ausgangstextes kaum einen Freiraum für stilistische Feinheiten bei der Übersetzung. In die linguistisch-diskursive Analyse wurden weitere themenverwandte Originaltexte und Übersetzungen miteinbezogen, um zu überprüfen, ob die Benennungen der Menschen mit Behinderungen/Erkrankungen tatsächlich ein Problem im Deutschen und im Russischen darstellen.

3.2.2. Vergleichsanalyse themenverwandter Texte

Die themenverwandten deutschen Texte stammen überwiegend aus der deutschsprachigen Webseite des UNICEF und informieren über die UNICEF-Programme nach thematischen Kategorien überwiegend mit dem Ziel, Spenden zu sammeln. Bei den allgemeinen

⁴⁶ Eine solche Analogie würde eine eigenständige wissenschaftliche Auseinandersetzung erfordern.

Informationen über Kinder mit Behinderungen (UNICEF 2012b) treten die folgenden Lexeme auf: „*behinderte Kinder*“, „*nichtbehinderte Kinder*“, „*Behinderte*“, „*behinderte Menschen*“, „*behinderte Mädchen und Frauen*“, „*Menschen mit Behinderungen*“. Ein ähnliches Bild entsteht auch bei den enthaltenen Informationen über HIV/AIDS (UNICEF 2012a): „*Kranke*“, „*infizierte Eltern*“, „*kranke Verwandte/Angehörige/Freunde*“, „*HIV-Infizierte*“. Aber auch die deutsche Übersetzung der Erklärung des UNO-Generalsekretärs zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung auf der Seite von UNIS Vienna (UNIS 2016) weist eine wechselseitige Verwendung der Lexeme „*Menschen mit Behinderung*“ und „*Behinderte*“ auf:

Die UN-Kinderrechtskonvention sagt: **Behinderte Kinder** haben das Recht auf ein erfülltes und menschenwürdiges Leben. [...] Anders als bei uns bekommen **Behinderte** in Entwicklungsländern kaum Hilfe. Nur ein bis zwei Prozent der **behinderten Menschen** werden fachgerecht betreut und gefördert. [...]

Viele **Menschen mit Behinderungen** führen ein elendes und demütigendes Leben. **Behinderte Kinder** dürfen nicht zur Schule gehen. Behinderte werden für „wertlos“ gehalten. Sie wachsen ohne Perspektive auf. Aus diesem Grund werden in Entwicklungsländern manchmal die Zahlen der **Behinderten** viel niedriger angegeben als sie in Wirklichkeit sind. (UNICEF 2012b)

Wer sich mit dem HI-Virus infiziert hat, ist noch nicht sofort Aids-krank.[...] Die **Kranken** sterben schließlich, weil das Immunsystem zu schwach geworden ist. [...] Kinder mit **infizierten Eltern** oder **kranken Verwandten** und **Freunden** sind oft ganz auf sich allein gestellt.[...] Mehr als 60 Prozent der **HIV-Infizierten** leben in den Ländern südlich der Sahara. (UNICEF 2012a)

Zu den Versprechen, die von den Staats- und Regierungschefs beim Millenniumsgipfel im September gemacht wurden, zählt die Verpflichtung, das Leben von **Behinderten** zu verbessern. [...]

Menschen mit Behinderung machen etwa zwanzig Prozent der in Armut lebenden Menschen in den Entwicklungsländern aus. [...] **Behinderte** führen ein Leben in Isolation, getrennt von der Gesellschaft. (UNIS 2016) (Hervorhebung durch die Verfasserin)

Einerseits geht es in den Texten um gleiche Rechte für alle Menschen, mehr Hilfe für die Menschen mit Behinderungen/Erkrankungen und die Bekämpfung von Stigmatisierung und Ausschließung der Menschen aufgrund ihrer Behinderungen/Erkrankungen. Andererseits tritt durch die Nichteinhaltung der Anforderungen des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs aufgrund der Wortwahl ein diskursiver Konflikt auf. Das Geschriebene trifft das Angekündigte nicht vollständig. Aufgrund der Tatsache, dass die UNO-Texte immer in die Muttersprache der ÜbersetzerInnen übersetzt werden und dass die ÜbersetzerInnen selbst, sowohl angestellte, als auch freiberufliche, einer strengen Qualifikationsauswahl und Qualitätskontrolle unterliegen, ist es kaum vorstellbar, dass die erwähnten Übersetzungen durch die SprachvermittlerInnen angefertigt wurden, die mit den UNO-Anforderungen der Anwendung eines nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs und den entsprechenden deutschsprachigen Leitfäden nicht vertraut gemacht wurden. Darüber hinaus lässt sich die Aussage treffen, dass die Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch zwar die

gewünschten Bezeichnungen für Menschen mit Behinderung spezifizieren (vgl. Sozialministerium 2010:23), aber trotzdem noch nicht vollständig eingehalten und umgesetzt werden. Die soziale Stigmatisierung der Menschen mit Behinderung und/oder Erkrankung (wie z.B. Menschen mit HIV/AIDS oder Tuberkulose) bleibt noch immer hoch und manifestiert sich in der in den Texten gewählten Wortwahl.

Ein interessantes Bild ergibt sich auch bei der Analyse der russischen themenverwandten Texte, die aus einer UNO-Webseite in Russland stammen. Die Texte stellen Informationen über die UNO-thematischen Gruppen, die UNAIDS-Nachrichten und die Mitteilungen des UNO-Generalsekretärs dar. In den thematisch auf Behinderung/Erkrankung bezogenen Texten werden die folgenden Lexeme eingesetzt: „*invalidy*“ [Invaliden, Behinderte], „*ljudi s ograničennymi vozmožnostjami*“ [Menschen mit beschränkten Möglichkeiten] (OON v Rossijskoj Federacyi 2011e); „*lico s invalidnostju*“ [Person mit Invalidität], „*bol'nye*“ [Kranke] (OON v Rossijskoj Federacyi 2011a); „*litsa, stradajuščie autizmom*“ [an Autismus leidende Personen], „*ljudi s autizmom*“ [Menschen mit Autismus], „*ljudi s ograničennymi vozmožnostjami*“ [Menschen mit beschränkten Möglichkeiten] (OON v Rossijskoj Federacyi 2011b); „*ljudi s sindromom Dauna*“ [Menschen mit Down-Syndrom], „*deti-invalidy*“ [Kinder-Invaliden bzw. behinderte Kinder], „*vzroslye ljudi, imejuščie invalidnost*“ [erwachsene Menschen, die Invalidität haben], „*invalidy*“ [Invaliden, Behinderte] (OON v Rossijskoj Federacyi 2011c); „*ljudi s invalidnostju*“ [Menschen mit Invalidität], „*ljudi s ograničennymi vozmožnostjami*“ [Menschen mit beschränkten Möglichkeiten], „*lica s ograničennymi vozmožnostjami*“ [Personen mit beschränkten Möglichkeiten] (OON v Rossijskoj Federacyi 2011d). Obwohl das Wort „*invalid*“ im Russischen als stilistisch neutral betrachtet wird, richten sich die russischen Übersetzungen, wenn auch ein wenig zurückhaltend, immer mehr nach dem englischsprachigen nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch. Dies zeigt sich am parallelen Einsatz der Lexeme „*invalidy*“ und „*ljudi s ograničennymi vozmožnostjami*“ oder „*lica s invalidnostju*“, offensichtlich als ein übersetzerischer Kompromiss zwischen den Konventionen der Zielsprache und dem diskursiven Rahmen des Ausgangstextes:

Рабочая группа по вопросам прав **инвалидов**

Неформальная рабочая группа была создана по инициативе Информационного Центра ООН в Москве после принятия Генеральной Ассамблеей ООН в декабре 2006 г. Конвенции ООН о правах **инвалидов**. Группа объединяет представителей государственных структур, неправительственных организаций, в частности занимающихся проблемами **людей с ограниченными возможностями** и заинтересованных структур ООН. (OON v Rossijskoj Federatsyi 2011e) (Hervorhebung durch die Verfasserin)

[Arbeitsgruppe für **Behinderte**

Eine informelle Arbeitsgruppe entstand auf Initiative des UNO-Informationsbüros in Moskau, nachdem die UNO-Generalversammlung im Dezember 2006 die UNO-**Behinderten**rechtskonvention verabschiedet hatte. Die Gruppe vernetzt Vertreter der staatlichen Behörden, der nichtstaatlichen

Organisationen, insbesondere der Organisationen, die sich mit Problemen der **Menschen mit beschränkten Möglichkeiten** befassen, und den entsprechenden UNO-Teilorganisationen.] (Übersetzung durch die Verfasserin)

Die Situation bei Erkrankungen, die kaum konnotationsfreie Denotate im Russischen haben, stellt sich komplexer dar. Die Rede ist von Menschen mit Autismus und Down-Syndrom. So werden sie im Russischen als „*autisty*“ [Autisten] oder „*dauny*“ (die Benennung der überwiegend erwachsenen Menschen mit Down-Syndrom, wobei die Menschen mit dem Syndrom gleichgesetzt werden), „*daunjata*“ (die herabwürdigende Bezeichnung für Kinder mit Down-Syndrom) titelt. Die soziale Stigmatisierung der Menschen mit diesen Diagnosen ist so hoch, dass sogar die seit einigen Jahren unternommenen Versuche, zumindest die Bezeichnung „*daunjata*“ im Russischen positiv zu besetzen, kaum als wirkungsvoll angesehen werden kann. Die Lehnübersetzungen aus dem Englischen scheinen dabei die einzige Möglichkeit zu sein, eine neue neutrale Bezeichnung im Russischen durchzusetzen, auch wenn die Sprache über keine entsprechenden Leitfäden verfügt:

Я лично видел, насколько динамичными и целеустремленными бывают люди с аутизмом. (OON v Rossijskoj Federatsyi 2011b)

[Ich habe persönlich gesehen, wie dynamisch und zielstrebig **die Menschen mit Autismus** sein können.] (Übersetzung durch die Verfasserin)

Именно в этой связи я вспоминаю слова Пабло Пинеда, **актера и писателя с синдромом Дауна**. Он призвал всех **людей с синдромом Дауна** осознавать свои огромные возможности [...]. (OON v Rossijskoj Federatsyi 2011c) (Hervorhebung durch die Verfasserin)

[Diesbezüglich erinnere ich an die Worte von Pablo Pineda, **ein Schauspieler und Schriftsteller mit Down-Syndrom**. Er appellierte an alle **Menschen mit Down-Syndrom**, ihre hervorragenden Fähigkeiten wahrzunehmen.] (Übersetzung durch die Verfasserin)

Dabei werden diese Neologismen teilweise medial übernommen (vgl. Minzdrav RF 2016; Pervyj kanal 2016), obwohl die konnotierten Lexeme viel häufiger auftreten. Sie haben aber im Vergleich zur Variante „*lica, stradajuščie autizmom*“ [an Autismus leidende Menschen] den Vorteil, dass sie nicht zur leidenden Darstellung der Menschen mit Behinderung/Erkrankung beitragen.

Somit kann der Schluss gezogen werden, dass sich die russischen Übersetzungen sehr stark an den englischen Ausgangstexten orientieren, was den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch betrifft. Da letzterer im Russischen nicht ausgearbeitet wurde, sind die Texte Zeugnisse der übersetzerischen Lösungen, bei denen Neologismen anhand von Lehnübersetzungen kreiert und durch ihre Verwendung als Synonyme für existierende Lexeme eingeführt werden, um die Spannung zwischen dem diskursiven Rahmen des Ausgangstextes und den Konventionen der Zielsprache zu lösen. Die parallele Verwendung beider Bezeichnungsarten bezeugt auch, dass ein diskursiver Umbruch im Russischen stattfindet, indem nach anderen Ausdrucksformen gesucht wird. Ob bewusst oder nicht, diese

Lücke wird teilweise durch die ÜbersetzerInnen geschlossen. Aufgrund mehrerer in den Texten vorhandenen terminologischen und stilistischen Unstimmigkeiten kann zurecht subsumiert werden, dass sich dieser Prozess auf weitere thematische Kategorien erweitern wird, wie z.B. auf Bezeichnungen für ältere Menschen und ethnische Minderheiten.

3.3. Schlussfolgerungen zum Kapitel 3.

Obwohl „Politische Korrektheit“ im Kontext der UNO kaum erwähnt wird, verleiht die Organisation dem Diskurs eine internationale Dimension und tritt damit als ein legitimer Sprecher auf. Dies ist mit einem komplexen Netzwerk an linguistischen, sozialen und politischen Faktoren verbunden. Die entscheidende Rolle in diesem Bündnis kommt dem Englischen als Verkehrssprache innerhalb der UNO zu, dessen Stellenwert auch durch die geographische Örtlichkeit des UNO-Hauptquartiers in New York, die Rolle der USA als Hauptgeldgeber der UNO und die Zahl der MitarbeiterInnen mit US-amerikanischer Staatsbürgerschaft gestützt wird. Zwar wurden in der UNO bereits 1962 Fragen nach der Gleichstellung und Gleichbehandlung von Männern und Frauen gestellt und 1979 und 1992 in entsprechenden, an alle MitarbeiterInnen adressierten internen Anweisungen formuliert, dennoch wurde die Notwendigkeit des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs in der internen und externen Kommunikation erst durch das Rundschreiben aus 1998 artikuliert. Dieses Rundschreiben wies die UNO-MitarbeiterInnen zur Verwendung der am Markt vorhandenen Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch an.

Da in der UNO bis dato keine umfassenden organisationsweiten Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch erlassen wurden, arbeiteten die einzelnen UNO-Teilorganisationen eigene Richtlinien aus. Während sich viele von ihnen im Ausmaß der Ausarbeitung des gewünschten nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs unterscheiden, weisen sie dennoch einige gemeinsame Merkmale auf, wie etwa die gender-gerechte Verwendung der Sprache und das Streben, alle Mitglieder der Gesellschaft miteinzubeziehen (*inclusive language*); beides nimmt eine wichtige Rolle ein. Bei der Ausarbeitung eigener Richtlinien wurden die von US-amerikanischen, kanadischen und britischen Universitäten, Verlagshäusern und öffentlichen Organisationen entwickelten Leitfäden verwendet, insbesondere jener der *American Psychological Association*. Darüber hinaus besteht ein direkter Bezug zwischen dem in den USA entstandenen „politisch korrekten“ Diskurs und dem in seinem Rahmen modifizierten Sprachgebrauch und dem nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch der UNO.

Während sich alle vorhandenen UNO-Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch im Zusammenhang mit der Gleichstellung von Männern und Frauen bildeten, richten sie sich auch auf die Vermeidung möglicher Diskriminierung aufgrund der

ethnischen Zugehörigkeit, der Behinderung, der Erkrankung (insbesondere der gesellschaftlich stigmatisierten Erkrankungen), des Alters und der sexuellen Orientierung. Im Gegensatz zum „beratenden“ Charakter des *APA Style* (wobei „beratend“ dabei aufgrund der Sprachmarktforderungen nur als bedingt zu verstehen ist), sind alle UNO-Richtlinien für die UNO-MitarbeiterInnen verbindlich. Vor der Zulassung zur Veröffentlichung wird die pflichtgemäße Einhaltung dieser Richtlinien mehrmals durch verschiedene Instanzen innerhalb der Organisation geprüft, mit der Hauptverantwortung bei der ausstellenden Abteilung. Das heißt, bei der Produktion von Texten in der UNO wird sowohl auf Selbstzensur, als auch auf Zensur zurückgegriffen.

Die in der UNO vorhandenen Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch richten sich nach dem jeweiligen englischsprachigen Sprachgebrauch und sind, mit Ausnahme des Französischen und teilweise des Arabischen, nur fürs Englische ausgearbeitet worden. Die Forderung nach nichtdiskriminierendem Sprachgebrauch geht aber im Kontext der UNO über die Grenzen des Englischen hinaus und erweitert sich auf die anderen offiziellen und Arbeitssprachen, einschließlich Deutsch. Da in der UNO Dokumente unter Berücksichtigung der Sprachanforderungen bzw. Sprachpolitik der Organisation in die anderen Sprachen übersetzt werden müssen, wird bei der Übersetzung nach den entsprechenden Sprachkonventionen der Zielsprachen gehandelt. Während im Deutschen entsprechende Leitfäden ausgearbeitet und amtlich durchgesetzt werden, fehlen im Russischen jegliche Leitfäden. Die Terminologiedatenbank *UNTERM* kann dabei nur beschränkt zum Einsatz kommen. Darüber hinaus sind die Übersetzungen aus der Sicht des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs überwiegend Kompromisslösungen zwischen den Forderungen der UNO und der jeweiligen Zielkultur, was auch die steigende Spannung zwischen mehreren Sprachmärkten und mehreren Sprachhabitus bedeutet.

Zur Feststellung der Einhaltung der UNO-Anforderungen nach nichtdiskriminierendem Sprachgebrauch bei der Übersetzung ins Deutsche und Russische wurde eine Vergleichsanalyse nach dem Modell von A. Chesterman durchgeführt, indem sowohl parallele, als auch themenverwandte Originaltexte und Übersetzungen ins Deutsche und Russische miteinbezogen wurden. Dabei kam bei der Vergleichsanalyse der Paralleltex te im Englischen, Deutschen und Russischen heraus, dass die Übersetzungen in beide Sprachen im Vergleich zum englischen Originaltext eine Anzahl an Problemstellen aufweisen, insbesondere in der thematischen Kategorie der Behinderungen/Krankheiten. Dies wurde insbesondere an der Nichteinhaltung der englischsprachigen Regel „*person first*“ in den Zielsprachen festgestellt und der Forderung nach genauer Sprache, um eine Depersonalisierung von Menschen zu vermeiden. Für die deutsche Sprache, die über die entsprechenden, überwiegend aus dem Englischen übernommenen Leitfäden verfügt, kommen solche Unstimmigkeiten unerwartet vor. Demgegenüber demonstriert der russische Text durch die synonyme Verwendung der für die russische Sprache typischen Lexeme und

Redewendungen und die Lehnübersetzungen aus dem Englischen eine erstaunliche Anwendung der „*person first*“ Regel in der Zielkultur, die jeglichen Leitfaden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch vermissen lässt.

Diese Ergebnisse wurden in weiterer Folge durch die Analyse themenverwandter Texte im Deutschen und Russischen verifiziert. Dabei stellte sich heraus, dass ähnliche, aus UNO-Webseiten stammende deutschsprachige Texte keine Stimmigkeit bei der Verwendung der Termini aus der thematischen Kategorie „Behinderungen/Krankheiten“ aufwiesen. Dadurch lässt sich die Aussage treffen, dass, trotz der Übernahme und Etablierung des „politisch korrekten“ Diskurses und des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs, die Umsetzung des letzteren noch immer ambivalent bleibt.

Die russischen Texte zeigen aber auf, dass immer mehr Konventionen der englischen Sprache befolgt werden, obwohl die Texte noch immer über viele typische, als stilistisch neutral empfundene Lexeme zur Bezeichnung von Menschen mit Behinderung/Krankheit verfügen. Darüber hinaus kann die synonyme Verwendung der „alten“ und „neuen“ Termini als diskursiver Umbruch betrachtet werden, wobei den ÜbersetzerInnen und Lehnübersetzungen die tragende Rolle bei der Erweiterung des eigenen „politisch korrekten“ lexikalischen Bestands zufällt.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Ausgehend von den theoretischen Ansätzen M. Foucaults und P. Bourdieus zum diskursiven Charakter der Sprache untersuchte die vorliegende Arbeit den „politisch korrekten“ Diskurs und den in diesem Rahmen entstandenen nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch. Aufgrund der Tatsache, dass „Politische Korrektheit“ oft dem nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch gleichgestellt wurde, wurde das Wesen des Diskurses näher betrachtet, um zu ermitteln, ob eine solche Gleichstellung berechtigt ist. Dabei wurde festgestellt, dass der in den 1980er Jahren in den USA entstandene „politisch korrekte“ Diskurs ein viel komplexeres Phänomen darstellt, als ausschließliche Forderungen zum modifizierten Sprachgebrauch.

Der „politisch korrekte“ Diskurs, dessen Entstehung einerseits an die in den USA betriebene Identitätspolitik und andererseits an die studentischen Protestbewegungen am US-amerikanischen Universitätscampus gebunden ist, ist nicht nur aufgrund seiner Benennung, sondern in seinem Wesen tatsächlich politisch. Der Diskurs bildete seine Gegenstände rund um den Begriff der „Unterdrückung“ aus. Dabei setzte er die passenden Bestandteile der anderen etablierten Diskurse zusammen und wandelte diese in ein eigenes Programm um. Letzteres bestand aus den Forderungen nach Revidierung des Universitätscurriculums und nach Beseitigung der Voreingenommenheit aus dem englischen Vokabular. Die Befreiung des Englischen von den als diskriminierend empfundenen Lexemen und Redewendungen verläuft überwiegend entlang der Grenzen der künstlichen Euphemisierung.

Aufgrund der extremen und kontroversen Durchsetzungsmethoden des neuen Diskurses wurde er selbst zum Gegenstand einer weitgehenden öffentlichen Diskussion sowohl in den USA, als auch in den anderen englischsprachigen Ländern, die bis dato unentschieden bleibt. Dies verhinderte aber nicht die weitere Verbreitung und Durchsetzung des „politisch korrekten“ Diskurses.

Im Vergleich zu anderen ähnlichen Diskursen ist der „politisch korrekte“ Diskurs eigentümlich. Er verfügt über keine einheitliche Ideologie, keinen Leader und keinen „Standort“, der einer Disziplin oder politischen oder sozialen Bewegung zugeordnet werden kann. Sein Bestand an Gegenständen bleibt einer potenziellen Erweiterung immer offen. In seiner Auswahl der letzteren ist er genauso kontrovers, als in seinen Durchsetzungsmethoden, was oft der Grund dafür ist, dass der „politisch korrekte“ Diskurs als solcher mit doppelten Standards empfunden wird und starken Widerstand hervorruft.

Der Widerstand gegenüber dem „politisch korrekten“ Diskurs beruht nicht nur auf den nominell offenbaren Kontroversen, sondern ebenso auf der Tatsache, dass im Kern des Diskurses die in der Identitätspolitik verwurzelte Suche nach neuen sozialen Identitäten liegt. Der Aufstieg der neuen Identitäten ist jedenfalls mit der Bedrohung der etablierten sozialen

Ordnung und ihrer Umwandlung verbunden. Daher kann der Diskurs als Machtkampf der sozialen Identitäten betrachtet werden, in dem die Sprache den sichtbarsten und leichtesten zu erfassenden Teil dieses Kampfes darstellt. Beim Kampf um die Sprache bzw. den Sprachgebrauch geht es darum, wer für wen die Regeln (vor-)schreiben darf. Dies wird auch dadurch verstärkt, dass der „politisch korrekte“ Diskurs aufgrund des veränderten Sprachgebrauchs darauf abzielt, die Denkstrukturen und das Verhalten der Menschen zu ändern. Der Diskurs beansprucht, die konventionelle Konstellation von „wahr“ und „falsch“ und somit die etablierten Werte und die Ordnung der Dinge zu ändern.

Der Diskurs ist in den USA jedoch längst dauerhaft konstituiert. Seiner Erhaltung dienen die zahlreichen Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch der Universitäten und Verlagshäuser, die aufgrund der komplexen gegenseitigen Quellenverweise als ein einziges Ganzes auftreten. In den USA wird auch der beratende Charakter solcher Leitfäden betont, um den gesetzlichen Rahmen der Redefreiheit nicht zu verletzen. Letzteres verstärkt aber nur die Spannung zwischen individuellem Sprachhabitus und dem Sprachmarkt, da die freiwillige Wortwahl durch die Verlagspolitik eingeschränkt wird. Indem Universitäten und Verlagshäuser die Forderungen des „politisch korrekten“ Diskurses nach einem gerechten sprachlichen Umgang mit den sozial marginalisierten Gruppen in den entsprechenden Leitfäden berücksichtigen, wird der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch auch institutionalisiert.

Aufgrund den seit der Nachkriegszeit bestehenden US-amerikanischen Einflüssen in Deutschland verfestigte sich der „politisch korrekte“ Diskurs auch im deutschsprachigen Raum. Dabei wurde der Diskurs als Ganzes übernommen: die diskursive Suche nach einer neuen Identität und dem damit verbundenen modifizierten Sprachgebrauch, aber auch die Kontroversen und die polarisierende Wirkung. Auf deutschem Boden produzierte der Diskurs auch einzigartige, im US-amerikanischen Kontext nicht vorhandene Phänomene: „Gutmensch“ und „Historische Korrektheit“. Im Gegensatz zu den USA gründete sich der nichtdiskriminierende Sprachgebrauch im deutschsprachigen Raum auch auf seiner Verankerung in entsprechenden nationalen Gesetzen und EU-weiten Regelungen zur Bekämpfung der Diskriminierung und auf der amtlichen Ausarbeitung und Veröffentlichung von Leitfäden zu solchem Sprachgebrauch. Damit wurden auf dem Sprachmarkt die Anforderungen an die einzelnen SprecherInnen geschaffen, ihren Sprachhabitus zu ändern.

Demgegenüber wurde der „politisch korrekte“ Diskurs in Russland aufgrund der sowohl historischen, als auch sozio-kulturellen und linguistischen Unterschiede sehr differenziert aufgenommen. Der Diskurs wurde sowohl im öffentlichen, als auch im akademischen Raum nicht nur verweigert, sondern es wurden auch zu keiner Zeit irgendwelche Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch ausgearbeitet. Der Diskurs wird überwiegend unreflektiert wahrgenommen, indem nur sein sprachlicher Teil diskutiert und als sprachliche, als dem Englischen inhärente Höflichkeit gegenüber sozial

marginalisierten Gruppen verstanden wird. Dabei wird zumeist die Tatsache ignoriert, dass Russisch über einen eigenen Bestand an „neuen“ Euphemismen verfügt, die auch durch Lehnübersetzungen aus dem englischsprachigen nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch ständig erweitert werden. Somit ergibt sich eine Konstellation, in der weder der Sprachmarkt, noch die einzelnen SprecherInnen das Bedürfnis nach einem veränderten Sprachhabitus zeigen, jedoch finden diese Veränderungen statt.

Aufgrund eines ganzen Bündels an Faktoren, wie die geographische Lage der Hauptquartiere, die Rolle des Englischen als Verkehrssprache, die Zahl der US-amerikanischen MitarbeiterInnen, insbesondere jene in leitenden Positionen, aber vor allem die internationale, auf dem Schutz der Menschenrechte beruhende Agenda, entspricht die UNO dem Profil eines legitimen Sprechers des Diskurses. In der Tat können die Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen und die Forderungen nach einem entsprechend veränderten Sprachgebrauch auf das Jahr 1962 zurückgeführt werden. Die nachfolgenden internen UNO-Dokumente bestätigten den steigenden externen und internen Druck nach sprachlicher Gleichbehandlung, bis im Jahr 1998 ein Rundschreiben der UNO die MitarbeiterInnen ausdrücklich anwies, die am Sprachmarkt vorhandenen Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch zu verwenden.

Bis dato verfügt die UNO über keinen organisationsweiten, einheitlichen Leitfaden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch. Stattdessen arbeiteten einzelne UNO-Teilorganisationen eigene Richtlinien aus, die sich zum Großteil an den verschiedenen US-amerikanischen Leitfäden orientierten und in denen der *American Psychological Association* eine markante Stellung zukommt. Damit wird der Bezug zum „politisch korrekten“ Diskurs und den in seinem Rahmen entwickelten nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch bestätigt. Im Gegensatz zum empfehlungsartigen *APA Style* ist die Einhaltung aller UNO-Richtlinien für die UNO-MitarbeiterInnen allerdings verpflichtend und wird auf den verschiedenen Vorbereitungsstufen eines Dokuments bis zu seiner Veröffentlichung kontrolliert.

Die von den verschiedenen UNO-Teilorganisationen ausgearbeiteten Richtlinien zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch decken zum Großteil Englisch und nur teilweise Französisch und noch weniger Arabisch ab. Die anderen offiziellen und Arbeitssprachen und Deutsch scheinen sich, analog dem Englischen, an den am Sprachmarkt vorhandenen Leitfäden zu orientieren. Während derartige Leitfäden im Deutschen aufgrund der diskursiven Übernahme existieren, weist die russische Sprache aufgrund der Verweigerung des Diskurses eine Lücke auf. In einer multilingualen Organisation, deren Existenz durch Übersetzungen und Kommunikation bestimmt wird, müssen aber interne Richtlinien befolgt werden. Die Einhaltung der UNO-Anforderungen nach nichtdiskriminierendem Sprachgebrauch bei der Übersetzung ins Deutsche und Russische wurde anhand der Vergleichsanalyse nach dem Modell von A. Chesterman durchgeführt, indem die UNO-Texte

als ein spannungsgeladenes Feld zwischen mehreren Sprachmärkten und Sprachhabitus beurteilt wurde.

Die Vergleichsanalyse der Paralleltexte im Englischen, Deutschen und Russischen im Bereich des Gesundheitswesens, die durch die WHO veröffentlicht wurden, stellte eine ganze Reihe an Problemstellen in den Übersetzungen ins Deutsche und Russische fest, vor allem was den nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch in der thematischen Kategorie der Behinderungen/Erkrankungen angeht. Diese Ergebnisse wurden in weiterer Folge durch eine Vergleichsanalyse themenverwandter Originaltexte und ihre Übersetzungen ins Deutsche und Russische verifiziert. Dabei stellte sich heraus, dass trotz Übernahme des Diskurses aus dem Englischen und der Ausarbeitung eigener Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch die Prinzipien der inklusiven Sprache im Deutschen nicht konsequent eingehalten wurden. Die Verletzung sowohl der Sprachkonventionen der UNO, in deren Rahmen die Texte entstanden, als auch der Anforderungen der Zielsprache nach nichtdiskriminierendem Sprachgebrauch bestätigen daher, dass die Durchsetzung des „politisch korrekten“ Diskurses im deutschsprachigen Raum noch immer nicht vollendet ist und auf Hindernisse in Form des individuellen Sprachhabitus stößt.

Die russischen themenverwandten Texte zeigten in diesem Sinne eine gegenläufige Tendenz. Ausgehend von einer allgemeinen Verweigerung des „politisch korrekten“ Diskurses und der Nichtexistenz von Leitfäden zum nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch, kommt die Einhaltung der englischsprachigen Prinzipien nach einer inklusiven Sprache durch die Anwendung von Lehnübersetzungen sogar in russischen Originaltexten unerwarteter Weise vor. Darüber hinaus kann dies als ein diskursiver Wandel betrachtet werden, da trotz der Differenzierung des „politisch korrekten“ Diskurses im Russischen eine Tendenz zur de facto Etablierung des nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs besteht. Im Hinblick auf die insbesondere sehr oberflächliche Wahrnehmung der auf der Bildung neuer sozialer Identitäten beruhenden diskursiven Agenda ist es ungewiss, ob es zu einer Festigung des Diskurses als solcher kommen wird. Es kann aber wohl erwartet werden, dass der eigene Bestand an Euphemismen im Russischen durch weitere Lehnübersetzungen erweitert wird.

Schlussendlich bestätigt die Analyse, dass die Etablierung oder Differenzierung des „politisch korrekten“ Diskurses in anderen kulturellen und sprachlichen Räumen durch historische, soziale und politische Faktoren bedingt ist und immer im Kontext betrachtet werden muss. Die UNO als eine der einflussreichsten internationalen Organisationen verleiht dem Diskurs durch ihr nichtdiskriminierendes Vokabular einen institutionellen Rahmen und trägt aufgrund der Übersetzungen zu seiner Verbreitung in anderen Sprachräumen bei. Die Übersetzungen stoßen dabei in den Zielkulturen jedoch auf interkulturelle, interlinguale und diskursive Hindernisse in Form des sowohl individuellen Sprachhabitus, als auch des Sprachmarkts, und zeigen dabei auch die Grenzen der diskursiven Wirkung auf.

5. BIBLIOGRAPHIE

Primärliteratur

- Minzdrav RF. 2016. 21 marta otmečajetsa Meždunarodnyj den' čeloveka s sindromom Dauna. In: <https://www.rosminzdrav.ru/news/2016/03/21/2857-21-marta-otmechaetsya-mezhdunarodnyy-den-cheloveka-s-sindromom-dauna>, Stand: 10.09.2016.
- OON v Rossijskoj Federacyi. 2011a. Otdat' dolžnoje individual'nosti i zajavit' o sebe v Den' "Nol' diskriminacyi". In: <http://www.unrussia.ru/ru/un-in-russia/news/2016-03-01>, Stand: 10.09.2016.
- OON v Rossijskoj Federacyi. 2011b. Poslanie General'nogo sekretarja OON po slučajju Vsemirnogo dnja rasprostraneniya informacyi o probleme autizma (2 aprilja 2016 g.). In: <http://www.unrussia.ru/ru/un-in-russia/news/2016-04-04>, Stand: 10.09.2016.
- OON v Rossijskoj Federacyi. 2011c. Poslanie General'nogo sekretarja OON po slučajju Vsemirnogo dnja ljudej s sindromom Dauna (21 marta 2016 g.). In: <http://www.unrussia.ru/ru/un-in-russia/news/2016-03-21-2>, Stand: 10.09.2016.
- OON v Rossijskoj Federatsyi. 2011d. Poslanie General'nogo sekretarja OON po sluchaju Meždunarodnogo dnja ljudej s invalidnostju (2 dekabnja 2015 g.). In: <http://www.unrussia.ru/ru/un-in-russia/news/2015-12-03>, Stand: 10.09.2016.
- OON v Rossijskoj Federatsyi. 2011e. Rabočaja gruppa po voprosam prav invalidov. In: <http://www.unrussia.ru/ru/groups/disability-rights-0>, Stand: 10.09.2016.
- Pervyj kanal. 2016. 21 marta – Vsemirnyj den' ljudej s sindromom Dauna. In: https://www.1tv.ru/news/2015/03/21/21700-21_marta_vsemirnyy_den_lyudey_s_sindromom_dauna, Stand: 10.09.2016.
- UNICEF 2012a. AIDS-Infos. In: <http://www.younicef.de/aidsinfos.html>, Stand: 10.09.2016.
- UNICEF 2012b. Kinder mit Behinderung – Infos. In: <http://www.younicef.de/kinder-mit-behinderung.html>, Stand: 10.09.2016.
- UNIS 2016. "Das Versprechen halten: Das Thema Behinderung in die Millenniums-Entwicklungsziele einbeziehen": Erklärung zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, 3. Dezember 2010. In: <http://www.unis.unvienna.org/unis/de/pressrels/2010/unissgsm237.html>, Stand: 10.09.2016.
- WHO. 2013a. *Health 2020. A European policy framework and strategy for the 21st century*. In: <http://www.euro.who.int/en/publications/policy-documents/health-2020.-a-european-policy-framework-and-strategy-for-the-21st-century-2013>, Stand: 23.08.2016.

WHO. 2013b. *Gesundheit 2020. Rahmenkonzept und Strategie der Europäischen Region für das 21. Jahrhundert*. In: <http://www.euro.who.int/en/publications/policy-documents/health-2020.-a-european-policy-framework-and-strategy-for-the-21st-century-2013>, Stand: 23.08.2016.

WHO. 2013c. *Zdorovje-2020: osnovy evropejskoj politiki i strategija dlja XXI veka*. In: <http://www.euro.who.int/en/publications/policy-documents/health-2020.-a-european-policy-framework-and-strategy-for-the-21st-century-2013>, Stand: 23.08.2016.

Sekundärliteratur

APA - American Psychological Association. 2010. *Publication Manual of the American Psychological Association*. Washington: American Psychological Association.

Auer, Katrin. 2002. "Political Correctness" – Ideologischer Code, Feinbild und Stigmawort der Rechten. In: *Austrian Journal of Political Science*, 31 (2002) 3, 291-303.

Bernstein, Richard. 1990. Ideas & Trends; The Rising Hegemony of the Politically Correct. In: *The New York Times*, October 28, 1990.

Bielefeld University. 2016. Geschichte der Frauenbewegung im bundesdeutschen Kontext. In: https://www.uni-bielefeld.de/gendertexte/geschichte_der_frauenbewegung.html, Stand: 9.09.2016.

Bourdieu, Pierre. 1990. *Was heisst Sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches*. Wien: Braumüller.

Bublitz, Hannelore. 2008. Pierre Bourdieu. In: Kammler, Clemens, Parr, Rolf & Schneider, Ulrich Johannes (Hrsg.) *Foucault – Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart-Weimar: Verlag J. B. Metzler, 210-213.

BMB - Bundesministerium für Bildung. 2016. *Sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern*. In: https://www.bmb.gv.at/frauen/gleichbehandlung/sg/sprachliche_gleichbehandlung.html, Stand: 9.09.2016.

BMWA - Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. 2008. *Leitfaden für einen nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch*. Wien: Remaprint.

Cameron, Deborah. 1996. Style policy and style politics: a neglected aspect of the language of the news. In: *Media, Culture & Society*. SAGE, London, Thousand Oaks and New Delhi, Vol. 18, 315-333.

Cameron, Deborah. 2012. *Verbal Hygiene*. New York: Routledge.

Chesterman, Andrew. 2000. A causal Model for Translation Studies. In: Olohan, Maeve (ed.). *Intercultural Faultlines. Research Models in Translation Studies I. Textual and Cognitive Aspects*. Manchester: St. Jerome Publishing, 15-28.

Columbia University. 2015. *Columbia University Employee Policy and Procedures on Discrimination, Harassment, Sexual Assault, Domestic Violence, Dating Violence, and Stalking*. In:

http://eoaa.columbia.edu/files/eoaa/content/EOAAPolicyOctober2015.final__0.pdf, Stand: 6.08.2016.

Das Bundesarchiv. 2013. Das Fräulein im Amt - 40 Jahre Runderlass des BMI "Führung der Bezeichnung 'Frau'". In:

https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/02886/index-24.html.de, Stand: 6.09.2016.

Department of Education. 2011. *Guidelines for Inclusive Language*. In:

<https://www.education.tas.gov.au/documentcentre/Documents/Guidelines-for-Inclusive-Language.pdf>, Stand: 6.09.2016.

Department for Work and Pensions. 2016. *Inclusive language: words to use and avoid when writing about disability*. In: <https://www.gov.uk/government/publications/inclusive-communication/inclusive-language-words-to-use-and-avoid-when-writing-about-disability>, Stand: 6.09.2016.

Duden. 2016a. Gutmensch. In: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Gutmensch>, Stand: 6.09.2016.

Duden. 2016b. Politische Korrektheit. In:

<http://www.duden.de/suchen/dudenonline/politische%20Korrektheit>, Stand: 6.09.2016.

ESCWA. 2013. *Gender-sensitive language. Summary of the awareness-raising session*. In: <https://unswap.unwomen.org/UNEntity/ViewDocument?FileName=Annex16...pdf>, Stand: 18.08.2016.

Fairclough, Norman. 2003. 'Political correctness': the politics of culture and language. In: *Discourse & Society*. SAGE, London, Thousand Oaks and New Dehli, Vol. 14(1), 17-28.

FIRE. 2016a. About FIRE. In: <https://www.thefire.org/about-us/mission/>, Stand: 11.08.2016.

FIRE. 2016b. *Spotlight on Speech Codes 2016. The State of Free Speech on Our Nation's Campuses*. In: <https://www.thefire.org/spotlight-on-speech-codes-2016/>, Stand: 11.08.2016.

FIRE. 2016c. *State of the Law: Speech Codes*. In: <https://www.thefire.org/in-court/state-of-the-law-speech-codes/>, Stand: 11.08.2016.

Foucault, Michel. [1969] 2010. *The Archeology of Knowledge and The Discourse on Language*. New York: Vintage Books.

Frumkin, Konstantin. 2010. Politkorrektnost' – èto sud'ba. In: *Družba narodov*, 2010, # 3. In: <http://magazines.russ.ru/druzhba/2010/3/fr13.html>, Stand: 6.09.2016.

Galeckyj, Vladislav. 2006. Skromnoje obajaniye politkorrektnosti. In: *Družba narodov*, 2006, # 9, In: <http://magazines.russ.ru/druzhba/2006/9/ga11.html>, Stand: 6.09.2016.

Gerasimenko, D. V. 2011. Političeskaja korrektnost' i strategija vežlivosti. In: *Jazyk, soznanije, kommunikacyja: Sb. statej / Otv. Red. V. V. Krasnych, A. I. Izotov. M.: MAKSPress*, 2011. # 42. 49-55.

Greil, Tanja. 1998. *Political Correctness und die englische Sprache*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač.

Gumanova, Julija. 1999. *Političeskaja korrektnost' kak socyokul'turnyj process: na primere SŠA*. In: <http://www.dissercat.com/content/politicheskaya-korrektnost-kak-sotsiokulturnyi-protsess-na-primere-ssha#ixzz4JSXOPeRs>, Stand: 6.09.2016.

Harvard University. 2015. *Sexual and Gender-Based Harassment Policy*. In: http://titleix.harvard.edu/files/title-ix/files/harvard_sexual_harassment_policy.pdf?m=1461104544, Stand: 6.08.2016.

Hellinger, Marlis & Bierbach, Christine. 1993. *Eine Sprache für beide Geschlechter. Richtlinien für einen nicht-sexistischen Sprachgebrauch*. In: https://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/eine_sprache.pdf, Stand: 6.09.2016.

Heyes, Cressida. 2016. Identity Politics. In: *Stanford Encyclopedia of Philosophy*. In: <http://plato.stanford.edu/entries/identity-politics/>, Stand: 20.07.2016.

Hofstede, Geert & Hofstede, Gert Jan. 2005. *Cultures and Organisations. Software of the Mind*. New York: McGraw-Hill.

Hölscher, Lucian. 2008. Einleitung. In: *Political Correctness. Der sprachpolitischer Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen*. Hrg. L. Hölscher. Göttingen: Wallstein Verlag, 7-17.

Hughes, Geoffrey. 2010. *Political Correctness. A History of Semantics & Culture*. Malden-Oxford: Wiley-Blackwell.

IOM. 2015a. *Gender and Communications Toolkit*. In: <https://www.iom.int/sites/default/files/about-iom/gender/IOM-Gender-and-Communications-Toolkit-2015.pdf>, Stand: 19.08.2016.

IOM. 2015b. *Key Migration Terms*. In: <https://www.iom.int/key-migration-terms>, Stand: 8.09.2016.

- Ivanova, Olimpiada. 2015. Politkorrektnost' v Rossii. In: *Vestnik Evrazii*. In: <http://eavest.ru/biblioteka/stati-i-knigi/obshchenie/17-olimpiada-ivanova-politkorrektnost-v-rossii>, Stand: 6.09.2016.
- Jaworski, Adam. 2001. Discourse, accumulation of symbolic capital and power: The case of American Vision. In: Coupland, Nikolas, Sarangi, Srikant&Candin, Christopher N. (eds.) *Sociolinguistics and Social Theory*. Harlow: Pearson Education, 127-151.
- Kelly, Mark. 2009. Michel Foucault's Political Philosophy. In: *E-International Relations*. In: <http://www.e-ir.info/2009/03/31/michel-foucault%E2%80%99s-political-philosophy/>, Stand: 21.06.2016.
- Koordinierungsstelle zur Förderung der Chancengleichheit an sächsischen Universitäten und Hochschulen. 2016. *Leitfäden zu diversity-sensible Sprachgebrauch (Auswahl)*. In: <http://www.chancengleichheit-in-sachsen.de/wissensspeicher/gendergerechte-sprache.html>, Stand: 12.10.2016.
- Language Portal of Canada. 2016. In: <https://www.noslangues-ourlanguages.gc.ca/prps-bt-eng.html>, Stand: 6.09.2016.
- Markina, V. M. 2013. Politika reprezentacyi ljudej s sindromom Dauna v sovremennoj publičnoj sfere. In: *Publičnaja sfera: teorija, metodologija, case study*. / Nauč. Red.: E. R. Jarskaja-Smirnova, P. V. Romanov. M. : «Variant», CSPGI, 2013. 187-206.
- Martin, Nil. 2013. Pro politkorrektnost' v Rossii. In: *BBC. Russkaja služba*. In: <http://www.bbc.co.uk/blogs/russian/foreignersinrussia/2013/03/post-108.html>, Stand: 6.09.2016.
- McFadden, Robert. 1991. Political Correctness: New Bias Test? In: *The New York Times*, May 5, 1991.
- Michigan State University. 2009. *Bias-Free Communication. Guidelines for Communicating in a Diverse Community*. In: http://od.msue.msu.edu/uploads/files/Civil_Rights/Bias-Free_Communication_2009.pdf, Stand: 16.08.2016.
- Moosmüller, Alois. 2009. Kulturelle Differenz: Diskurse und Kontexte. In: Alois Moosmüller, Hrsg. *Konzepte kultureller Differenz*. Münster: Waxmann, 13-45.
- New York Magazine*. 2016. About Us. In: <http://nymag.com/newyork/aboutus/>, Stand: 16.08.2016.
- Ostrouch, Andrej. 1998. "Političeskaja korrektnost'" v SŠA: Kul'turologičeskij aspekt problemy. In: <http://www.dissercat.com/content/politicheskaya-korrektnost-v-ssha-kulturol-aspekt-problemy>, Stand: 6.09.2016.
- Oxford Dictionary of English*. 2010. Oxford: Oxford University Press.

- Parr, Rolf. 2008. Diskurs. In: Clemens Kammler / Rolf Parr / Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.): *Foucault-Handbuch. Leben - Werk - Wirkung*. Stuttgart und Weimar: Verlag J. B. Metzler.
- Princeton University. 2016. *University-wide Regulation*. In: <http://www.princeton.edu/pub/rrr/part1/index.xml#comp12>, Stand: 6.08.2016.
- Pshenitsyn, Sergei L. 2011. Political Correctness in Translation: Cultural and Linguistic Problems. In: O'Charoen, Thanomnuan & Poonlarp, Tongtip (eds.) *Translation and Interpretation in a Multilingual Context*. Chulalongkorn University Printing House, 242-255.
- Queensland Government. 2016. *Writing and Style Guide*. 2016. In: <http://services.dip.qld.gov.au/opendata/digit/styleguide/index.shtml>, Stand: 6.09.2016.
- RAN - Rossijskaja Akademija Nauk. 2004. *Sovremennyj tolkovyj slovar' russkogo jazyka*. M: Readers Digest.
- Sandkühler, Gunnar. Historische und politische Grundlagen der Political Correctness in der frühen Bundesrepublik. In: *Political Correctness. Der sprachpolitischer Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen*. Hrg. L. Hölscher. Göttingen: Wallstein Verlag, 18-59.
- Sarangi, Srikant. 2001. A comparative perspective on social theoretical accounts of the language-action interrelationship. In: Coupland, Nikolas, Sarangi, Srikant & Candin, Christopher N. (eds.) *Sociolinguistics and Social Theory*. Harlow: Pearson Education, 29-60.
- Schäffner, Christina. 2004. Political Discourse Analyses from the point of view of Translation Studies. In: *Journal of Language and Politics* 3:1 (2004), 117-150.
- Schäffner, Christina. 2013. Discourse analysis. In: Gambier, Y. /van Doorslaer, L. (eds.) *Handbook of Translation Studies*. Volume 4. Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins Publishing Company, 47-69.
- Sczesny, Sabine, Formanowicz, Magda & Moser, Franziska. 2016. Can Gender-Fair Language Reduce Gender Stereotyping and Discrimination? In: *Frontiers in Psychology*. In: <http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC4735429/>, Stand: 19.08.2016.
- Šljachtina, Elena. 2009. *Jazykovej aspekt politkorrektnosti v anglojazyčnej i ruskoj kul'turach*. In: <http://www.dissercat.com/content/yazykovoi-aspekt-politkorrektnosti-v-angloyazychnoi-i-russkoi-kulturakh>, Stand: 6.09.2016.
- Sozialministerium - Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. 2010. *Leitfaden für diskriminierungsfreie Sprache, Handlungen, Bild Darstellungen*. Wien: Remaprint.
- Spiegel Online*. 2016. "Gutmensch" ist Unwort des Jahres. In: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/gutmensch-ist-unwort-des-jahres-2015-a-1071545.html>, Stand: 9.09.2016.

- Stanford Encyclopedia of Philosophy*. 2015. In:
<http://plato.stanford.edu/entries/foucault/#4.2>, Stand: 10.07.2016.
- Stanford University. 2016. *Stanford Bulletin 2016-17*. In: <http://exploreddegrees.stanford.edu/>,
 Stand: 6.08.2016.
- Taylor, John. 1991. Are you politically correct? In: *New York Magazine*, 21.01.1991, 32-40.
- Tonkin, Humphrey. 2011. Language and the United Nations: A Preliminary Review. In:
<http://esperanto-un.org/images/languages-un-tonkin-draft-dec2011.pdf>, Stand: 16.08.2016.
- Tonkin, Humphrey & Reagan, Timothy. 2006. Alternative communication strategies in international organisations. In:
<http://uhaweb.hartford.edu/TONKIN/pdfs/Alternative%20Communication%20Strategies.pdf>,
 Stand: 16.08.2016.
- The New York Times*. 2016. Who We Are. In: <http://www.nytc.com/who-we-are/>, Stand:
 17.08.2016.
- UN. 1962. *Draft principles on freedom and non-discrimination in the matter of political rights*. In: http://repository.un.org/bitstream/handle/11176/276244/E_CN.4_837-EN.pdf?sequence=1&isAllowed=y, Stand: 17.08.2016.
- UN. 1989. Administrative Instruction ST/AI/189/Add.26 of 25 September 1989. In:
http://dd.dgacm.org/editorialmanual/ed-guidelines/policy_questions/st_ai_189_add26.pdf,
 Stand: 19.08.2016.
- UN. 1992. *Guidelines for promoting equal treatment of men and women in the secretariat*. In: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N92/664/82/img/N9266482.pdf?OpenElement>, Stand:
 17.08.2016.
- UN. 1996. Administrative Instruction ST/AI/189/Add.28 of 14 August 1996. In:
http://dd.dgacm.org/editorialmanual/ed-guidelines/policy_questions/st_ai_189_add28.pdf,
 Stand: 19.08.2016.
- UN. 1998. Editorial directive. Use of gender-sensitive language. In:
http://dd.dgacm.org/editorialmanual/ed-guidelines/policy_questions/st_cs_ser-a_41.pdf,
 Stand: 17.08.2016.
- UN. 2001. *Repertory of Practice of United Nations Organs. Supplement No. 6. Volume I. Articles 1-8 of the Charter. Covering the period 1 January 1979 to 31 December 1984*. United Nations, New York.
- UN. 2002. Gender Mainstreaming. An Overview. In:
<http://www.un.org/womenwatch/osagi/pdf/e65237.pdf>, Stand: 21.08.2016.

UN. 2010. Department for General Assembly and Conference Services. Editorial Services. In: <http://www.un.org/depts/DGACM/editorialservice.shtml>, Stand: 21.08.2016.

UN. 2014. *Assessment of Member States' contributions to the United Nations regular budget for the year 2015*. In: http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=ST/ADM/SER.B/910, Stand: 16.08.2016.

UN. 2015. *Composition of the Secretariat: staff demographics. Report of the Secretary-General*. In: http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=a/70/605, Stand: 16.08.2016.

UN. 2016a. *Charter of the United Nations*. In: <http://www.un.org/en/charter-united-nations/>, Stand: 16.08.2016.

UN. 2016b. Official Languages. In: <http://www.un.org/en/sections/about-un/official-languages/>, Stand: 16.08.2016.

UN. 2016c. *Universal Declaration of Human Rights*. In: <http://www.un.org/en/aboutun/copyright/index.html>, Stand: 16.08.2016.

UN. 2016d. *United Nations Editorial Manual Online*. In: <http://dd.dgacm.org/editorialmanual/index.htm>, Stand: 19.08.2016.

UN. 2016e. UN Carriers. In: <https://careers.un.org/lbw/home.aspx?viewtype=LCEFD&FId=1>, Stand : 21.08.2016.

UNAIDS. 2015. *UNAIDS Terminology Guidelines*. In: http://www.unaids.org/sites/default/files/media_asset/2015_terminology_guidelines_en.pdf, Stand: 19.08.2016.

UNDP. 2014. *UNDP Editorial Style Manual*. In: <http://www.kz.undp.org/content/dam/kazakhstan/UNDP%20Editorial%20Style%20Manual.pdf>, Stand: 19.08.2016.

UNESCO. 1999. *Guidelines on Gender-Neutral Language*. In: <http://unesdoc.unesco.org/images/0011/001149/114950mo.pdf>, Stand: 18.08.2016.

UNESCO. 2011. *Priority Gender Equality Guidelines*. In: http://www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/BSP/GENDER/GE%20Guidelines%20December%202_FINAL.pdf, Stand: 18.08.2016.

UNHCR. 2012. *UNHCR Style Companion*. In: <http://www.refworld.org/docid/4fe30f9a2.html>, Stand: 19.08.2016.

UNHR. 2016. *Sub-Commission on the Promotion and Protection of Human Rights*. In: <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/SC/Pages/SubCommission.aspx>, Stand: 17.08.2016.

- University of Leicester. 2016. *Inclusive writing*. In: <http://www2.le.ac.uk/offices/ld/resources/writing/writing-resources/inclusive>, Stand: 6.09.2016, Stand: 16.08.2016.
- University of New Hampshire. 2015. *Bias-Free Language Guide*. <https://www.girardatlarge.com/wp-content/uploads/2015/07/Bias-Free-Language-Guide-Inclusive-Excellence-073015.pdf>, Stand: 16.08.2016.
- University of Wisconsin Madison. 1991. *A Guide to Bias-Free Communications. A Reference for Preparing Official University Publications*. http://academicaffairs.ucsd.edu/_files/aps/adeo/Article_Guide_to_Bias-Free_Communications.pdf, Stand: 16.08.2016.
- UN Women. 2016a. About UN Women. In: <http://www.unwomen.org/en/about-us/about-un-women>, Stand: 18.08.2016.
- UN Women. 2016b. *Commission on the Status of Women*. In: <http://www.unwomen.org/en/csw>, Stand: 17.08.2016.
- U.S. News & World Report. 2016. National Universities Rankings. In: <http://colleges.usnews.rankingsandreviews.com/best-colleges/rankings/national-universities/data>, Stand: 6.08.2016.
- van Dijk, Teun. 1997. What is Political Discourse Analyses? In: Jan Blommaert&Chris Bulcaen (Eds.), *Political Linguistics*. Amsterdam:Benjamins, 11-52.
- van Dijk, Teun A. 2001. Critical Discourse Analyses. In: Tannen D., Schiffrin D. & Hamilton H. (Eds.), *Handbook of Discourse Analysis*. (pp. 352-371). Oxford: Blackwell, 352-371.
- van Dijk, Teun. 2007. Editor's Introduction: The Study of Discourse: An Introduction. The Emergence of a New Cross-Discipline. In: Teun A. van Dijk (Ed.), *Discourse Studies*. 5 vols. Sage Benchmarks in Discourse Studies. London:Sage, XIX-XLII.
- WHO. 1993. *WHO Editorial Style Manual*. In: http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/36842/1/WHO_PUB_TPS_93.1.pdf, Stand: 19.08.2016.
- WHO. 2004. *WHO Style Guide*. In: http://www.ianphi.org/documents/pdfs/toolkit/who_style-guide.pdf, Stand: 19.08.2016.
- WHO 2016. Invalidnost'. In: <http://www.who.int/topics/disabilities/ru/>, Stand: 9.09.2016.
- Wierlemann, Sabine. 2002. *Political Correctness in den USA und in Deutschland*. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Wierzbicka, Anna. 2014. *Imprisoned in English. The Hazards of English as a Default Language*. New York: Oxford University Press.

Wodak, Ruth & Meyer, Michael. 2009. Critical Discourse Analysis: History, Agenda, Theory and Methodology. In: Ruth Wodak, Michael Meyer (Eds.), *Methods of Critical Discourse Analysis*. Second Edition. London: Sage, 1-33.

Yale University. 2015. *Yale College Undergraduate Regulations 2015-2016*. In: [http://yalecollege.yale.edu/sites/default/files/files/URs%202015-2016\(1\).pdf](http://yalecollege.yale.edu/sites/default/files/files/URs%202015-2016(1).pdf), Stand: 6.08.2016.

ANHANG. Vergleichstabelle der analysierten Lexeme

(zum Text „Health 2020. A European policy framework and strategy for the 21st century“)

<i>Eng.</i>	<i>Deu.</i>	<i>Rus.</i>
(1) Gendergerechte Sprache / symmetrische Darstellung der Geschlechter		
boys and girls	Jungen und Mädchen	мальчики и девочки
girls and boys	Mädchen wie Jungen	девочки и мальчики
human-made (technological) disasters	durch menschliches Handeln ausgelöste (technologische) Katastrophen	техногенные катастрофы; техногенные бедствия
men and women	Männer und Frauen	мужчины и женщины
sex (biological) and gender (socially constructed)	biologisches Geschlecht und gesellschaftlich bedingte Geschlechternormen	пол (биологический признак) и гендерные факторы (социально обусловленные)
women and men	Frauen und Männer	женщины и мужчины
(2) Alter		
adolescents	Heranwachsende	подростки
adolescents and young people	Heranwachsende und junge Menschen	подростки и молодежь
adults	Erwachsene	взрослые
age-friendly	seniorenfreundlich	благоприятный для пожилых людей; соответствующий возрастным потребностям пожилых людей
ageing workforce	älter werdende Erwerbsbevölkerung	стареющая рабочая сила
care for older people	Pflege älterer Menschen	уход за пожилыми
child abuse	Kindermisbrauch	насилие над детьми
children and adolescents	Kinder und Jugendliche; Kinder und junge Menschen	дети и подростки
minors	Minderjährige	несовершеннолетние
nursing homes	Pflegeheime	дома престарелых
older adults	ältere Erwachsene	пожилые люди
older dependants	ältere Familienangehörige	иждивенцы пожилого возраста

older people	ältere Menschen; Senioren	пожилые люди; пожилые; люди старшего возраста
older people with care needs	pflegebedürftige ältere Menschen	пожилые люди, нуждающиеся в уходе и помощи
older people with disabilities	ältere Menschen, die mit Behinderungen leben	пожилые люди с ограниченными возможностями
preventing elder maltreatment	Prävention der Misshandlung älterer Menschen	предупреждение жестокого обращения с людьми пожилого возраста
young adults	junge Erwachsene	молодые взрослые люди
young men	junge Männer	молодые люди
young people	junge Menschen	молодежь
younger people	-	молодые люди

(3) Ethnische Zugehörigkeit

Roma	Roma	народность рома
Roma populations	Roma-Gruppen	народность ромы (цыгане)

(4) Migrationshintergrund

asylum seekers	Asylbewerber	лица, ищущие убежища
displaced people	Vertriebene	перемещенные лица
refugees	Flüchtlinge	беженцы
regular and irregular migrants	reguläre und irreguläre Migranten	легальные и нелегальные мигранты
returnees	Rückkehrer	лица, возвращающиеся на родину
victims of human trafficking	Opfer des Menschenhandels	жертвы торговли людьми

(5) Behinderungen / Erkrankungen

alcohol and drug abuse/misuse	Alkohol- und Substanzmissbrauch	злоупотребление алкоголем и наркотиками
cognitive impairment	kognitive Entwicklungsstörungen	когнитивные нарушения
depressive disorders	depressive Störungen	депрессивные расстройства
decline of functional capacity	Verringerung der Funktionsfähigkeit	снижение функциональных способностей
difficulties in hearing	Hörschwierigkeiten	проблемы со слухом
disability	Behinderung; Invalidität	инвалидность
drug-use disorders	Substanzmissbrauchsstörungen	расстройства, обусловленные

		употреблением наркотиков
drug users	Drogenkonsumenten	потребители наркотиков
functional decline	Funktionsabbau	снижение функциональности
health conditions	Gesundheitsprobleme	нарушения здоровья
health inequities	Benachteiligungen im Gesundheitsbereich	социальная несправедливость в отношении здоровья
individuals with chronic conditions	Personen mit chronischen Erkrankungen	-
individuals with chronic diseases	chronisch Kranke	люди с хроническими заболеваниями
mental disorders	psychische Störungen	психические расстройства; психические заболевания
mental ill health	psychische Störungen	расстройство психического здоровья
mental institutions	psychiatrische Einrichtungen	специализированные психиатрические учреждения стационарного типа
misusing drugs and alcohol	Drogen- und Alkoholmissbrauch	злоупотребление психоактивными веществами и алкоголем
motor dysfunction following stroke	motorische Störungen nach einem Schlaganfall	моторная дисфункция после инсульта
multiple morbidity	Mehrfacherkrankungen	многочисленные проблемы со здоровьем
nursing homes	Pflegeheim	дома престарелых
patients	Patienten	пациенты
patient-centred	patientenzentriert	ориентированный на пациента
patient empowerment	Befähigung von Patienten	расширение прав и возможностей пациентов
patient involvement	Beteiligung von Patienten	вовлечение пациентов
people acquiring HIV infection	HIV-Neuinfektionen	новые случаи заражения ВИЧ-инфекцией
people living with HIV	mit HIV lebende Menschen; Menschen, die mit HIV leben; Personen mit HIV; HIV-Patienten	люди, живущие с ВИЧ
people newly infected with HIV	Neuinfektionen bei HIV; HIV-Neuinfektionen	новые случаи заражения ВИЧ-инфекцией
people receiving mental health care/who use mental health services	Personen, die eine psychosoziale Versorgung in Anspruch nehmen	люди, получающие психиатрическую помощь/люди, пользующиеся услугами по охране

		психического здоровья
people with cancer	Krebskranke; Krebspatienten	онкологические больные; случаи рака
people with chronic conditions	Personen mit chronischen Erkrankungen; chronisch Kranke	люди с хроническими состояниями; хронические состояния
people with chronic diseases	chronisch Kranke	люди с хроническими заболеваниями
people with chronic diseases and disabilities	Personen mit chronischen Krankheiten und Personen mit Behinderungen	люди, страдающие хроническими заболеваниями, и с ограниченными возможностями
people with chronic physical disorders	Menschen mit chronischen körperlichen Gesundheitsproblemen	люди с хроническими соматическими нарушениями
people with dementia	Demenzkranke	люди с деменцией
people with diabetes	Personen mit Diabetes	люди, страдающие диабетом
people with disabilities	Menschen mit Behinderungen; Personen mit Behinderungen	люди с ограниченными возможностями
people with diseases	chronisch Kranke	-
people with mental disorders	Personen mit psychischen Störungen	лица, страдающие психическими расстройствами
people with mental health problems	Personen mit schweren Störungen	люди с нарушениями психического здоровья
people with multidrug-resistant TB	multiresistente Tuberkulosefälle; Personen mit multiresistenter Tuberkulose	туберкулез с множественной лекарственной устойчивостью; случаи туберкулеза с множественной лекарственной устойчивостью
people with TB	Tuberkulosepatienten	больные ТБ
people with TB and HIV	Personen mit Tuberkulose-HIV-Koinfektion	лица с коинфекцией ТБ и ВИЧ
people with wider range of diseases	Menschen mit einem breiteren Spektrum von Erkrankungen	люди с более широким спектром заболеваний
prevent disability	Verhinderung von Invalidität	предупредить инвалидность; предотвращать случаи инвалидности
problems reading daily newspapers	fällt schwer, die Tageszeitung zu lesen	затруднения, связанные с ежедневным чтением газет
psychiatric services	psychiatrische Dienste	психиатрические службы
restriction of mobility	Mobilitätseinschränkungen	ограничение мобильности

sensory impairment	sensorische Beeinträchtigung	ослабление органов чувств
shift conditions from being disabling to manageable	Störungen beherrschbar machen, sodass sie nicht mehr zu Invalidität führen	инвалидизирующие состояния могут превратиться в поддающиеся лечению
substance abuse	Substanzmissbrauch	токсикомания

(6) Sozialer Status

benefit poor people	zugunsten einkommensschwacher Menschen	снижение бедности
children living in disadvantaged circumstances	Kinder, die unter benachteiligten Lebensbedingungen leben	дети, живущие в неблагоприятных условиях
disadvantaged home and family circumstances	бенефициарные домашние и семейные Verhältnisse	неблагоприятные бытовые и семейные условия
disadvantageous social position	бенефициарная gesellschaftliche Stellung	неблагоприятное социальное положение
multiple disadvantages	vielfältige Benachteiligungen	множество неблагоприятных факторов
people with low/lowest income	die einkommensschwache/unterste Einkommensgruppe; Personen mit niedrigem Einkommen	лица с низким уровнем доходов; граждане с низким уровнем доходов; люди с низкими доходами; малообеспеченные семьи
people with lower-status occupation	Menschen, die mit geringerem Ansehen verbundene Tätigkeiten ausüben	люди, род занятий которых имеет более низкий статус
poor living conditions	ungünstige Lebensbedingungen	неудовлетворительные условия жизни
poverty	Armut	материальная необеспеченность; бедность
social disadvantage	soziale Benachteiligung	неблагоприятные социальные условия
women with a low educational level	Frauen mit einem niedrigen Bildungsniveau	женщины с низким уровнем образования

(7) Vulnerabilität

populations at higher risk	Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Risiko; Risikogruppen	группы повышенного риска; контингенты повышенного риска
vulnerable people	Schutzbedürftige	уязвимые люди
vulnerable populations	gefährdete Bevölkerungsgruppen	уязвимые группы
young people at risk	gefährdete junge Menschen	молодые люди, подверженные риску

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Masterarbeit erörtert das Phänomen des „politisch korrekten“ Diskurses und des in seinem Rahmen entwickelten nichtdiskriminierenden Sprachgebrauchs anhand einer diskursiv-linguistischen Analyse aus dem Blickwinkel der Translationswissenschaft und im Kontext der Publikationen der Vereinten Nationen (UNO). Dabei wurde der Frage nach der Entstehung, Erhaltung und Institutionalisation des Diskurses im Englischen und seiner Etablierung und Differenzierung im Deutschen und im Russischen, den Zusammenhängen zwischen der in den USA entstandenen „Politischen Korrektheit“ und dem nichtdiskriminierenden Sprachgebrauch der UNO und der Gewährleistung seines diskursiven Rahmens bei den Übersetzungen von UNO-Dokumenten in andere Sprachen nachgegangen. Bei der Analyse wurden die von der kritischen Diskursanalyse übernommenen Konzepte Foucaults und Bourdieus und das kausale Modell Andrew Chermans herangezogen. Das Ergebnis der Untersuchung des Gegenstandes verifiziert einerseits die These, dass die Etablierung oder Differenzierung des „politisch korrekten“ Diskurses in anderen kulturellen und sprachlichen Räumen durch historische, soziale und politische Faktoren bedingt ist. Andererseits konnte diese Arbeit nachweisen, dass die UNO als multilinguale internationale Organisation dem Diskurs einen institutionellen Rahmen verleiht und aufgrund der Übersetzungen zu seiner Verbreitung in anderen Sprachräumen beiträgt. Dabei stoßen die Translationen auf interkulturelle, interlinguale und diskursive, durch den Sprachhabitus und den Sprachmarkt bedingte Hindernisse in den Zielkulturen und zeigen ebenso die Grenzen der diskursiven Wirkung auf.

Schlagwörter: „Politische Korrektheit“, nichtdiskriminierender Sprachgebrauch, Diskurs, Sprachhabitus, Sprachmarkt

ABSTRACT

This thesis presents a linguistic discourse analysis of “politically correct” discourse and derived from it non-discriminatory language from the perspective of Translation Studies in the context of United Nations (UN) texts. It examines the emergence, maintenance and institutionalisation of such discourse in English and its subsequent establishment and differentiation in German and Russian. It further examines the correlation between “politically correct” discourse of US origin and the usage of non-discriminatory language by the UN, as well as the upholding its discursive framework in UN translations. The methods of analysis build on concepts developed by Foucault and Bourdieu as part of critical discourse analysis and the Causal Model for Translation Studies developed by Andrew Chesterman. The outcome of the analysis supports the thesis that the establishment and differentiation of “politically correct” discourse in other cultural and language areas are determined by historical, social and political factors. It further demonstrates that the UN, as a multilingual international organisation, provides an institutional framework for this discourse and contributes to its incorporation in other languages by means of translation. However, in the target cultures translations face intercultural, linguistic and discursive barriers in terms of linguistic habitus and the marketplace that demonstrate the limits of the discursive impact.

Key words: “political correctness”, non-discriminatory language usage, discourse, linguistic habitus, language marketplace